

Amtsblatt der Europäischen Union

L 52



Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

60. Jahrgang
28. Februar 2017

Inhalt

I *Gesetzgebungsakte*

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2017/303 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016	1
Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2017/304 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016	116
Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2017/305 des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016	181

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

Die Beträge in diesem Haushaltsdokument sind in Euro ausgedrückt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Etwaige Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 2 und 3 der Haushaltsordnung, die bei den Titeln 5 und 6 des Einnahmenplans verbucht werden, können als zusätzliche Mittel bei der Linie eingesetzt werden, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Die Ziffern für die Ausführung beziehen sich auf sämtliche bewilligten Mittel, inklusive der Haushaltsmittel, zusätzlichen Mittel und zweckgebundenen Einnahmen.

Erläuterungen zum Haushaltsplan sind nur ausführbar, soweit der Geltungsbereich einer bestehenden Rechtsgrundlage nicht geändert oder erweitert und die Verwaltungsautonomie der Organe nicht beeinträchtigt wird und soweit sie durch verfügbare Mittel gedeckt werden können (siehe Anlage des Durchführbarkeitschreibens vom 28. Oktober 2015).

I

(Gesetzgebungsakte)

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2017/303**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf den Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽³⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016, der am 25. November 2015 endgültig erlassen wurde ⁽⁵⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 30. September 2016 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2016, der vom Rat am 8. November 2016 festgelegt und dem Europäischen Parlament am gleichen Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 1. Dezember 2016,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einziges Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Brüssel am 1. Dezember 2016.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105.

⁽²⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽⁴⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 48 vom 24.2.2016.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 4 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2017

INHALT

Seite

GESAMTEINNAHMEN

A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	3
B. Einnahmen nach Haushaltslinien	15
— Titel 1: Eigene Mittel	16
— Titel 3: Überschüsse, Salden und Anpassungen	26

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan III: Kommission	32
— Ausgaben	33
— Titel 01: Wirtschaft und Finanzen	35
— Titel 04: Beschäftigung, Soziales und Integration	38
— Titel 05: Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums	45
— Titel 08: Forschung und Innovation	49
— Titel 11: Maritime Angelegenheiten und Fischerei	57
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	72
— Titel 17: Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	85
— Titel 18: Migration und Inneres	94
— Titel 32: Energie	107
— Titel 40: Reserven	111
— Personal	114

A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2016, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	59 290 697 648	66 853 308 910	- 11,31
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	54 972 403 654	55 978 784 039	- 1,80
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	3 022 387 739	1 926 965 795	+ 56,85
4. Europa in der Welt	10 155 590 403	7 478 225 907	+ 35,80
5. Verwaltung	8 950 916 040	8 658 632 705	+ 3,38
6. Ausgleichszahlungen	p.m.	p.m.	—
Besondere Instrumente	219 000 000	384 505 583	- 43,04
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	136 610 995 484	141 280 422 939	- 3,31
<p>⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (ABl. L 48 vom 24.2.2016.) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 4/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (ABl. L 69 vom 13.3.2015), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	1 616 701 373	3 045 497 557	- 46,92
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	1 349 116 814	1 434 557 708	- 5,96
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	p.m.	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	7 133 244 000	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	2 965 818 187	11 613 299 265	- 74,46
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	18 982 100 000	18 759 400 000	+ 1,19
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	18 949 564 800	18 023 353 946	+ 5,14
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	95 713 512 497	92 884 369 728	+ 3,05
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelsätze ⁽³⁾	133 645 177 297	129 667 123 674	+ 3,07
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	136 610 995 484	141 280 422 939	- 3,31
<p>⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (ABl. L 48 vom 24.2.2016) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 4/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (ABl. L 69 vom 13.3.2015, S. 1), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Eigenmittel für den Haushaltsplan 2016 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 166. Sitzung am 18. Mai 2016 angenommen hat.</p> <p>⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 721 991 000	4 129 447 000	50	2 064 723 500	1 721 991 000	
Bulgarien	207 858 000	432 502 000	50	216 251 000	207 858 000	
Tschechische Republik	680 378 000	1 524 065 000	50	762 032 500	680 378 000	
Dänemark	1 022 373 000	2 724 118 000	50	1 362 059 000	1 022 373 000	
Deutschland	12 984 422 000	31 112 706 000	50	15 556 353 000	12 984 422 000	
Estland	102 808 000	204 553 000	50	102 276 500	102 276 500	Estland
Irland	809 088 000	1 744 614 000	50	872 307 000	809 088 000	
Griechenland	759 264 000	1 734 821 000	50	867 410 500	759 264 000	
Spanien	4 723 052 000	10 997 285 000	50	5 498 642 500	4 723 052 000	
Frankreich	9 712 577 000	22 235 442 000	50	11 117 721 000	9 712 577 000	
Kroatien	256 144 000	435 508 000	50	217 754 000	217 754 000	Kroatien
Italien	6 088 296 000	16 405 910 000	50	8 202 955 000	6 088 296 000	
Zypern	116 299 000	173 869 000	50	86 934 500	86 934 500	Zypern
Lettland	98 291 000	252 115 000	50	126 057 500	98 291 000	
Litauen	151 049 000	377 324 000	50	188 662 000	151 049 000	
Luxemburg	275 478 000	348 750 000	50	174 375 000	174 375 000	Luxemburg
Ungarn	433 908 000	1 052 847 000	50	526 423 500	433 908 000	
Malta	63 326 000	90 780 000	50	45 390 000	45 390 000	Malta
Niederlande	2 787 039 000	6 890 276 000	50	3 445 138 000	2 787 039 000	
Österreich	1 556 782 000	3 291 174 000	50	1 645 587 000	1 556 782 000	
Polen	1 833 156 000	4 186 084 000	50	2 093 042 000	1 833 156 000	
Portugal	871 109 000	1 778 729 000	50	889 364 500	871 109 000	
Rumänien	550 855 000	1 616 422 000	50	808 211 000	550 855 000	
Slowenien	178 550 000	383 307 000	50	191 653 500	178 550 000	
Slowakei	266 343 000	761 013 000	50	380 506 500	266 343 000	
Finnland	915 357 000	2 028 318 000	50	1 014 159 000	915 357 000	
Schweden	2 034 845 000	4 689 977 000	50	2 344 988 500	2 034 845 000	
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	25 327 327 000	50	12 663 663 500	12 151 903 000	
Insgesamt	63 352 541 000	146 929 283 000		73 464 641 500	63 165 216 000	

(¹) Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom
(Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Eigenmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 721 991 000	0,300	516 597 300
Bulgarien	207 858 000	0,300	62 357 400
Tschechische Republik	680 378 000	0,300	204 113 400
Dänemark	1 022 373 000	0,300	306 711 900
Deutschland	12 984 422 000	0,300	3 895 326 600
Estland	102 276 500	0,300	30 682 950
Irland	809 088 000	0,300	242 726 400
Griechenland	759 264 000	0,300	227 779 200
Spanien	4 723 052 000	0,300	1 416 915 600
Frankreich	9 712 577 000	0,300	2 913 773 100
Kroatien	217 754 000	0,300	65 326 200
Italien	6 088 296 000	0,300	1 826 488 800
Zypern	86 934 500	0,300	26 080 350
Lettland	98 291 000	0,300	29 487 300
Litauen	151 049 000	0,300	45 314 700
Luxemburg	174 375 000	0,300	52 312 500
Ungarn	433 908 000	0,300	130 172 400
Malta	45 390 000	0,300	13 617 000
Niederlande	2 787 039 000	0,300	836 111 700
Österreich	1 556 782 000	0,300	467 034 600
Polen	1 833 156 000	0,300	549 946 800
Portugal	871 109 000	0,300	261 332 700
Rumänien	550 855 000	0,300	165 256 500
Slowenien	178 550 000	0,300	53 565 000
Slowakei	266 343 000	0,300	79 902 900
Finnland	915 357 000	0,300	274 607 100
Schweden	2 034 845 000	0,300	610 453 500
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	0,300	3 645 570 900
Insgesamt	63 165 216 000		18 949 564 800

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom
(Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonationaleinkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	4 129 447 000		2 690 027 944
Bulgarien	432 502 000		281 742 922
Tschechische Republik	1 524 065 000		992 815 125
Dänemark	2 724 118 000		1 774 560 502
Deutschland	31 112 706 000		20 267 616 595
Estland	204 553 000		133 251 083
Irland	1 744 614 000		1 136 486 414
Griechenland	1 734 821 000		1 130 107 002
Spanien	10 997 285 000		7 163 914 189
Frankreich	22 235 442 000		14 484 738 592
Kroatien	435 508 000		283 701 108
Italien	16 405 910 000		10 687 231 570
Zypern	173 869 000		113 262 737
Lettland	252 115 000	0,6 514 257 (!)	164 234 193
Litauen	377 324 000		245 798 555
Luxemburg	348 750 000		227 184 716
Ungarn	1 052 847 000		685 851 604
Malta	90 780 000		59 136 426
Niederlande	6 890 276 000		4 488 502 935
Österreich	3 291 174 000		2 143 955 360
Polen	4 186 084 000		2 726 922 742
Portugal	1 778 729 000		1 158 709 802
Rumänien	1 616 422 000		1 052 978 849
Slowenien	383 307 000		249 696 035
Slowakei	761 013 000		495 743 434
Finnland	2 028 318 000		1 321 298 493
Schweden	4 689 977 000		3 055 171 597
Vereinigtes Königreich	25 327 327 000		16 498 871 973
Insgesamt	146 929 283 000		95 713 512 497

(!) Berechnung des Satzes: (95 713 512 497) / (146 929 283 000) = 0,651425709992745.

TABELLE 4.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2015) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	19,2145	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,5910	
3. (1) – (2)	11,6235	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		129 194 773 448
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 733 179 803
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		97 461 593 645
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		7 476 753 663
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 912 680 343
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 564 073 321
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 79 812 056
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		5 643 885 377
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).		

TABELLE 4.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2014 gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	17,4319	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,4180	
3. (1) – (2)	10,0139	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		128 669 838 650
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		33 342 488 843
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 327 349 807
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 300 352 079
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 531 441 424
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		4 768 910 655
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 26 651 399
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		4 795 562 054

(¹) Gerundet.
(²) Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden.
(³) Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.
(⁴) Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).
(⁵) Hinweis: Der Differenzbetrag (– 251 403 157 EUR) zwischen dem vorläufigen VK-Korrekturbetrag für 2014 (4 795 562 054 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 6/2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2014 (4 544 158 897 EUR) wird mit dem BH Nr. 4/2016 bei Kapitel 36 eingestellt.

TABELLE 4.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2012 gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage	16,1200	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,2358	
3. (1) – (2)	8,8842	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		126 017 496 941
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		30 151 594 002
5a. Heranführungsausgaben		3 084 519 964
5b. Ausgaben im Zusammenhang mit Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		27 067 074 038
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 865 902 938
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		5 621 164 211
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		331 907 397
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 289 256 814
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		12 810 520
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		5 276 446 294
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht Folgendem: (i) den an die zehn neuen (der EU am 1.5.2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2011 angepasst wurden, sowie den an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2011 angepasst wurden (5a); und (ii) dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001). ⁽⁵⁾ Hinweis: Die Differenz von -1 32 837 911 EUR zwischen dem endgültigen VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 276 446 294 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 6/2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 143 608 383 EUR) wird mit dem BH Nr. 4/2016 bei Kapitel 35 eingestellt.		

TABELLE 5.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 5 643 885 377 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,81	3,40	5,46		1,55	4,94	279 071 850
Bulgarien	0,29	0,36	0,57		0,16	0,52	29 228 885
Tschechische Republik	1,04	1,25	2,02		0,57	1,82	102 997 723
Dänemark	1,85	2,24	3,60		1,02	3,26	184 098 416
Deutschland	21,18	25,59	0,00	– 19,19	0,00	6,40	361 006 829
Estland	0,14	0,17	0,27		0,08	0,24	13 823 881
Irland	1,19	1,43	2,31		0,65	2,09	117 902 629
Griechenland	1,18	1,43	2,29		0,65	2,08	117 240 809
Spanien	7,48	9,04	14,54		4,12	13,17	743 206 698
Frankreich	15,13	18,29	29,41		8,34	26,63	1 502 691 749
Kroatien	0,30	0,36	0,58		0,16	0,52	29 432 034
Italien	11,17	13,49	21,70		6,15	19,64	1 108 726 582
Zypern	0,12	0,14	0,23		0,07	0,21	11 750 228
Lettland	0,17	0,21	0,33		0,09	0,30	17 038 165
Litauen	0,26	0,31	0,50		0,14	0,45	25 499 905
Luxemburg	0,24	0,29	0,46		0,13	0,42	23 568 848
Ungarn	0,72	0,87	1,39		0,39	1,26	71 152 375
Malta	0,06	0,07	0,12		0,03	0,11	6 134 996
Niederlande	4,69	5,67	0,00	– 4,25	0,00	1,42	79 949 224
Österreich	2,24	2,71	0,00	– 2,03	0,00	0,68	38 188 137
Polen	2,85	3,44	5,54		1,57	5,01	282 899 431
Portugal	1,21	1,46	2,35		0,67	2,13	120 208 152
Rumänien	1,10	1,33	2,14		0,61	1,94	109 239 295
Slowenien	0,26	0,32	0,51		0,14	0,46	25 904 242
Slowakei	0,52	0,63	1,01		0,29	0,91	51 429 963
Finnland	1,38	1,67	2,68		0,76	2,43	137 075 608
Schweden	3,19	3,86	0,00	– 2,89	0,00	0,96	54 418 723
Vereinigtes Königreich	17,24	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	– 28,36	28,36	100,00	5 643 885 377

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 5.2

Aktualisierung der Finanzierung der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2014 (Kapitel 36)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	9 808 723
Bulgarien	1 857 845
Tschechische Republik	5 618 512
Dänemark	5 183 926
Deutschland	15 098 382
Estland	615 754
Irland	6 055 723
Griechenland	3 882 091
Spanien	23 452 091
Frankreich	62 183 471
Kroatien	2 392 016
Italien	60 923 232
Zypern	1 058 836
Lettland	517 980
Litauen	493 224
Luxemburg	3 153 754
Ungarn	2 775 751
Malta	557 582
Niederlande	3 797 278
Österreich	1 572 870
Polen	16 987 381
Portugal	5 315 559
Rumänien	6 012 749
Slowenien	1 449 464
Slowakei	2 207 088
Finnland	5 796 891
Schweden	2 634 984
Vereinigtes Königreich	– 251 403 157
Insgesamt	0

TABELLE 5.3

Finanzierung des endgültigen Betrags der Korrektur zugunsten des Vereinigten Königreichs für 2012 (Kapitel 35)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	12 108 628
Bulgarien	1 275 199
Tschechische Republik	3 342 634
Dänemark	4 686 427
Deutschland	7 934 870
Estland	568 776
Irland	5 094 409
Griechenland	1 773 357
Spanien	7 537 051
Frankreich	38 002 662
Kroatien	382 317
Italien	19 830 215
Zypern	241 390
Lettland	102 976
Litauen	646 364
Luxemburg	1 741 166
Ungarn	2 179 154
Malta	101 561
Niederlande	4 101 900
Österreich	1 068 284
Polen	7 063 680
Portugal	3 441 569
Rumänien	2 351 280
Slowenien	554 253
Slowakei	1 502 129
Finnland	4 198 567
Schweden	1 007 093
Vereinigtes Königreich	– 132 837 911
Insgesamt	0

TABELLE 6

Überblick über die Finanzierung ⁽¹⁾ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen					Gesamtbeitrag der Eigenmittel ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungskosten (25 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten (in %)	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8) =(5)+(6)+(7)	(9)	(10) = (3) + (8)
Belgien	6 600 000	1 860 800 000	1 867 400 000	622 466 667	516 597 300	2 690 027 944	300 989 201	3 507 614 445	3,06	5 375 014 445
Bulgarien	400 000	61 000 000	61 400 000	20 466 667	62 357 400	281 742 922	32 361 929	376 462 251	0,33	437 862 251
Tschechische Republik	3 400 000	235 000 000	238 400 000	79 466 667	204 113 400	992 815 125	111 958 869	1 308 887 394	1,14	1 547 287 394
Dänemark	3 400 000	357 400 000	360 800 000	120 266 667	306 711 900	1 774 560 502	193 968 769	2 275 241 171	1,98	2 636 041 171
Deutschland	26 300 000	3 867 100 000	3 893 400 000	1 297 799 998	3 895 326 600	20 267 616 595	384 040 081	24 546 983 276	21,41	28 440 383 276
Estland	0	26 100 000	26 100 000	8 700 000	30 682 950	133 251 083	15 008 411	178 942 444	0,16	205 042 444
Irland	0	295 000 000	295 000 000	98 333 333	242 726 400	1 136 486 414	129 052 761	1 508 265 575	1,32	1 803 265 575
Griechenland	1 400 000	141 600 000	143 000 000	47 666 667	227 779 200	1 130 107 002	122 896 257	1 480 782 459	1,29	1 623 782 459
Spanien	4 700 000	1 340 500 000	1 345 200 000	448 400 000	1 416 915 600	7 163 914 189	774 195 840	9 355 025 629	8,16	10 700 225 629
Frankreich	30 900 000	1 572 000 000	1 602 900 000	534 300 000	2 913 773 100	14 484 738 592	1 602 877 882	19 001 389 574	16,57	20 604 289 574
Kroatien	1 700 000	41 200 000	42 900 000	14 300 000	65 326 200	283 701 108	32 206 367	381 233 675	0,33	424 133 675
Italien	4 700 000	1 715 100 000	1 719 800 000	573 266 667	1 826 488 800	10 687 231 570	1 189 480 029	13 703 200 399	11,95	15 423 000 399
Zypern	0	18 300 000	18 300 000	6 100 000	26 080 350	113 262 737	13 050 454	152 393 541	0,13	170 693 541
Lettland	0	30 400 000	30 400 000	10 133 333	29 487 300	164 234 193	17 659 121	211 380 614	0,18	241 780 614
Litauen	800 000	75 200 000	76 000 000	25 333 334	45 314 700	245 798 555	26 639 493	317 752 748	0,28	393 752 748
Luxemburg	0	17 100 000	17 100 000	5 700 000	52 312 500	227 184 716	28 463 768	307 960 984	0,27	325 060 984
Ungarn	2 100 000	132 700 000	134 800 000	44 933 333	130 172 400	685 851 604	76 107 280	892 131 284	0,78	1 026 931 284
Malta	0	11 800 000	11 800 000	3 933 333	13 617 000	59 136 426	6 794 139	79 547 565	0,07	91 347 565
Niederlande	7 200 000	2 260 300 000	2 267 500 000	755 833 333	836 111 700	4 488 502 935	87 848 402	5 412 463 037	4,72	7 679 963 037
Österreich	3 200 000	201 100 000	204 300 000	68 100 000	467 034 600	2 143 955 360	40 829 291	2 651 819 251	2,31	2 856 119 251
Polen	12 800 000	516 000 000	528 800 000	176 266 667	549 946 800	2 726 922 742	306 950 492	3 583 820 034	3,13	4 112 620 034
Portugal	100 000	128 300 000	128 400 000	42 800 000	261 332 700	1 158 709 802	128 965 280	1 549 007 782	1,35	1 677 407 782
Rumänien	900 000	128 900 000	129 800 000	43 266 667	165 256 500	1 052 978 849	117 603 324	1 335 838 673	1,17	1 465 638 673
Slowenien	0	65 100 000	65 100 000	21 700 000	53 565 000	249 696 035	27 907 959	331 168 994	0,29	396 268 994
Slowakei	1 300 000	90 900 000	92 200 000	30 733 333	79 902 900	495 743 434	55 139 180	630 785 514	0,55	722 985 514
Finnland	700 000	118 400 000	119 100 000	39 700 000	274 607 100	1 321 298 493	147 071 066	1 742 976 659	1,52	1 862 076 659
Schweden	2 600 000	515 000 000	517 600 000	172 533 334	610 453 500	3 055 171 597	58 060 800	3 723 685 897	3,25	4 241 285 897
Vereinigtes Königreich	9 500 000	3 035 100 000	3 044 600 000	1 014 866 667	3 645 570 900	16 498 871 973	- 6 028 126 445	14 116 316 428	12,31	17 160 916 428
Insgesamt	124 700 000	18 857 400 000	18 982 100 000	6 327 366 667	18 949 564 800	95 713 512 497	0	114 663 077 297	100,00	133 645 177 297

⁽¹⁾ p.m. (Eigenmittel + übrige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (133 645 177 297 + 2 965 818 187 = 136 610 995 484 = 136 610 995 484).

⁽²⁾ Eigenmittel insgesamt als Prozentsatz des BNE: (133 645 177 297) / (14 692 928 300 000) = 0,91 %; Eigenmittelobergrenze als Prozentsatz des BNE: 1,23 %.

B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
1	EIGENE MITTEL	140 919 477 297	- 7 274 300 000	133 645 177 297
3	ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN	1 349 116 814	0,—	1 349 116 814
4	EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION	1 348 027 707		1 348 027 707
5	EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE	55 455 129		55 455 129
6	BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION	60 000 000		60 000 000
7	VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN	123 000 000		123 000 000
8	ANLEIHEN UND DARLEHEN	5 217 537		5 217 537
9	SONSTIGE EINNAHMEN	25 001 000		25 001 000
	GESAMTBETRAG	143 885 295 484	- 7 274 300 000	136 610 995 484

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	<i>Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren</i>	p.m.		p.m.
1 1 1	<i>Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker</i>	p.m.		p.m.
1 1 3	<i>Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge</i>	p.m.		p.m.
1 1 7	<i>Produktionsabgabe</i>	124 700 000		124 700 000
1 1 8	<i>Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote</i>	p.m.		p.m.
1 1 9	<i>Überschussbetrag</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	124 700 000		124 700 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	<i>ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM</i>	18 465 300 000	392 100 000	18 857 400 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	18 465 300 000	392 100 000	18 857 400 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	<i>Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	18 812 783 576	136 781 224	18 949 564 800
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	18 812 783 576	136 781 224	18 949 564 800
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	103 516 693 721	- 7 803 181 224	95 713 512 497
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	103 516 693 721	- 7 803 181 224	95 713 512 497

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE**KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
1 5 0	KAPITEL 1 5 <i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6 <i>Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.		p.m.
Titel 1 — Total		140 919 477 297	- 7 274 300 000	133 645 177 297

TITEL 1
EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

1 2 0 ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
18 465 300 000	392 100 000	18 857 400 000

Erläuterungen

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM (Fortsetzung)

1 2 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	1 769 700 000	91 100 000	1 860 800 000
Bulgarien	58 200 000	2 800 000	61 000 000
Tschechische Republik	216 200 000	18 800 000	235 000 000
Dänemark	340 900 000	16 500 000	357 400 000
Deutschland	3 655 500 000	211 600 000	3 867 100 000
Estland	24 900 000	1 200 000	26 100 000
Irland	250 700 000	44 300 000	295 000 000
Griechenland	130 300 000	11 300 000	141 600 000
Spanien	1 261 400 000	79 100 000	1 340 500 000
Frankreich	1 571 200 000	800 000	1 572 000 000
Kroatien	44 000 000	- 2 800 000	41 200 000
Italien	1 596 900 000	118 200 000	1 715 100 000
Zypern	17 800 000	500 000	18 300 000
Lettland	28 200 000	2 200 000	30 400 000
Litauen	69 600 000	5 600 000	75 200 000
Luxemburg	15 100 000	2 000 000	17 100 000
Ungarn	109 300 000	23 400 000	132 700 000
Malta	11 200 000	600 000	11 800 000
Niederlande	2 230 500 000	29 800 000	2 260 300 000
Österreich	208 100 000	- 7 000 000	201 100 000
Polen	489 200 000	26 800 000	516 000 000
Portugal	131 200 000	- 2 900 000	128 300 000
Rumänien	123 500 000	5 400 000	128 900 000
Slowenien	64 200 000	900 000	65 100 000
Slowakei	96 400 000	- 5 500 000	90 900 000
Finnland	113 700 000	4 700 000	118 400 000
Schweden	514 300 000	700 000	515 000 000
Vereinigtes Königreich	3 323 100 000	- 288 000 000	3 035 100 000
<i>Artikel 1 2 0 insgesamt</i>	18 465 300 000	392 100 000	18 857 400 000

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**1 3 0 *Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom***

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
18 812 783 576	136 781 224	18 949 564 800

Erläuterungen

Für alle Mitgliedstaaten wurde ein einheitlicher Satz von 0,30 % auf die nach Maßgabe der Vorschriften der Union ermittelten einheitlichen MwSt.-Bemessungsgrundlagen festgelegt. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des BNE eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4.

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM (Fortsetzung)
1 3 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	523 409 700	- 6 812 400	516 597 300
Bulgarien	63 202 436	- 845 036	62 357 400
Tschechische Republik	200 818 634	3 294 766	204 113 400
Dänemark	311 819 810	- 5 107 910	306 711 900
Deutschland	3 912 398 326	- 17 071 726	3 895 326 600
Estland	30 202 119	480 831	30 682 950
Irland	219 088 800	23 637 600	242 726 400
Griechenland	221 387 850	6 391 350	227 779 200
Spanien	1 375 304 700	41 610 900	1 416 915 600
Frankreich	2 952 872 217	- 39 099 117	2 913 773 100
Kroatien	64 085 770	1 240 430	65 326 200
Italien	1 741 842 900	84 645 900	1 826 488 800
Zypern	24 682 350	1 398 000	26 080 350
Lettland	28 305 295	1 182 005	29 487 300
Litauen	45 043 722	270 978	45 314 700
Luxemburg	47 922 750	4 389 750	52 312 500
Ungarn	133 968 470	- 3 796 070	130 172 400
Malta	12 561 825	1 055 175	13 617 000
Niederlande	819 396 150	16 715 550	836 111 700
Österreich	462 261 900	4 772 700	467 034 600
Polen	555 928 977	- 5 982 177	549 946 800
Portugal	242 598 450	18 734 250	261 332 700
Rumänien	173 796 047	- 8 539 547	165 256 500
Slowenien	56 158 800	- 2 593 800	53 565 000
Slowakei	79 892 400	10 500	79 902 900
Finnland	279 661 350	- 5 054 250	274 607 100
Schweden	587 407 923	23 045 577	610 453 500
Vereinigtes Königreich	3 646 763 905	- 1 193 005	3 645 570 900
<i>Artikel 1 3 0 insgesamt</i>	18 812 783 576	136 781 224	18 949 564 800

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM**1 4 0 *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom***

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
103 516 693 721	- 7 803 181 224	95 713 512 497

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,6514 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM (Fortsetzung)

1 4 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	2 919 612 001	- 229 584 057	2 690 027 944
Bulgarien	296 743 452	- 15 000 530	281 742 922
Tschechische Republik	1 059 677 884	- 66 862 759	992 815 125
Dänemark	1 961 259 436	- 186 698 934	1 774 560 502
Deutschland	21 895 426 525	- 1 627 809 930	20 267 616 595
Estland	145 753 755	- 12 502 672	133 251 083
Irland	1 184 462 169	- 47 975 755	1 136 486 414
Griechenland	1 285 548 718	- 155 441 716	1 130 107 002
Spanien	7 825 924 994	- 662 010 805	7 163 914 189
Frankreich	15 667 221 716	- 1 182 483 124	14 484 738 592
Kroatien	300 890 812	- 17 189 704	283 701 108
Italien	11 424 036 809	- 736 805 239	10 687 231 570
Zypern	115 886 762	- 2 624 025	113 262 737
Lettland	181 842 612	- 17 608 419	164 234 193
Litauen	270 514 323	- 24 715 768	245 798 555
Luxemburg	225 003 387	2 181 329	227 184 716
Ungarn	787 966 764	- 102 115 160	685 851 604
Malta	58 979 361	157 065	59 136 426
Niederlande	4 786 194 982	- 297 692 047	4 488 502 935
Österreich	2 323 918 730	- 179 963 370	2 143 955 360
Polen	3 110 515 894	- 383 593 152	2 726 922 742
Portugal	1 243 776 057	- 85 066 255	1 158 709 802
Rumänien	1 139 418 748	- 86 439 899	1 052 978 849
Slowenien	265 083 337	- 15 387 302	249 696 035
Slowakei	544 470 025	- 48 726 591	495 743 434
Finnland	1 440 488 254	- 119 189 761	1 321 298 493
Schweden	3 181 849 691	- 126 678 094	3 055 171 597
Vereinigtes Königreich	17 874 226 523	- 1 375 354 550	16 498 871 973
<i>Artikel 1 4 0 insgesamt</i>	103 516 693 721	- 7 803 181 224	95 713 512 497

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

1 5 0 *Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
0,—		0,—

Erläuterungen

Der Mechanismus zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) wurde vom Europäischen Rat in Fontainebleau (Juni 1984) beschlossen und mit dem anschließenden Eigenmittelbeschluss von 1985 eingeführt. Ziel dieses Mechanismus war es, das Haushaltsungleichgewicht des Vereinigten Königreichs mithilfe einer Reduzierung seiner Zahlungen an die EU zu verringern.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE (Fortsetzung)

1 5 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	261 447 948	17 623 902	279 071 850
Bulgarien	26 573 040	2 655 845	29 228 885
Tschechische Republik	94 892 954	8 104 769	102 997 723
Dänemark	175 628 561	8 469 855	184 098 416
Deutschland	337 679 947	23 326 882	361 006 829
Estland	13 052 084	771 797	13 823 881
Irland	106 067 246	11 835 383	117 902 629
Griechenland	115 119 431	2 121 378	117 240 809
Spanien	700 802 719	42 403 979	743 206 698
Frankreich	1 402 981 958	99 709 791	1 502 691 749
Kroatien	26 944 431	2 487 603	29 432 034
Italien	1 023 009 556	85 717 026	1 108 726 582
Zypern	10 377 528	1 372 700	11 750 228
Lettland	16 283 800	754 365	17 038 165
Litauen	24 224 251	1 275 654	25 499 905
Luxemburg	20 148 798	3 420 050	23 568 848
Ungarn	70 561 531	590 844	71 152 375
Malta	5 281 535	853 461	6 134 996
Niederlande	73 814 596	6 134 628	79 949 224
Österreich	35 840 396	2 347 741	38 188 137
Polen	278 543 175	4 356 256	282 899 431
Portugal	111 378 737	8 829 415	120 208 152
Rumänien	102 033 658	7 205 637	109 239 295
Slowenien	23 737 913	2 166 329	25 904 242
Slowakei	48 756 674	2 673 289	51 429 963
Finnland	128 994 091	8 081 517	137 075 608
Schweden	49 071 747	5 346 976	54 418 723
Vereinigtes Königreich	- 5 283 248 305	- 360 637 072	- 5 643 885 377
<i>Artikel 1 5 0 insgesamt</i>	0	0	0

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 0			
3 0 0	<i>Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr</i>	1 349 116 814		1 349 116 814
3 0 2	<i>Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 0 — TOTAL	1 349 116 814		1 349 116 814
	KAPITEL 3 1			
3 1 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 1 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 1 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 1 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	<i>Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 2 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 2 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4			
3 4 0	<i>Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4 — TOTAL	p.m.		p.m.

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS
KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 5			
3 5 0	<i>Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs</i>			
3 5 0 4	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	0,—	0,—
	<i>Artikel 3 5 0 — Total</i>	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 3 5 — TOTAL	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 3 6			
3 6 0	<i>Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs</i>			
3 6 0 4	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	0,—	0,—
	<i>Artikel 3 6 0 — Total</i>	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 3 6 — TOTAL	p.m.	0,—	0,—
	Titel 3 — Total	1 349 116 814	0,—	1 349 116 814

TITEL 3
ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

3 5 0 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

3 5 0 4 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
p.m.	0,—	0,—

Erläuterungen

Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2012.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS (Fortsetzung)

3 5 0 (Fortsetzung)

3 5 0 4 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	12 108 628	12 108 628
Bulgarien	p.m.	1 275 199	1 275 199
Tschechische Republik	p.m.	3 342 634	3 342 634
Dänemark	p.m.	4 686 427	4 686 427
Deutschland	p.m.	7 934 870	7 934 870
Estland	p.m.	568 776	568 776
Irland	p.m.	5 094 409	5 094 409
Griechenland	p.m.	1 773 357	1 773 357
Spanien	p.m.	7 537 051	7 537 051
Frankreich	p.m.	38 002 662	38 002 662
Kroatien	p.m.	382 317	382 317
Italien	p.m.	19 830 215	19 830 215
Zypern	p.m.	241 390	241 390
Lettland	p.m.	102 976	102 976
Litauen	p.m.	646 364	646 364
Luxemburg	p.m.	1 741 166	1 741 166
Ungarn	p.m.	2 179 154	2 179 154
Malta	p.m.	101 561	101 561
Niederlande	p.m.	4 101 900	4 101 900
Österreich	p.m.	1 068 284	1 068 284
Polen	p.m.	7 063 680	7 063 680
Portugal	p.m.	3 441 569	3 441 569
Rumänien	p.m.	2 351 280	2 351 280
Slowenien	p.m.	554 253	554 253
Slowakei	p.m.	1 502 129	1 502 129
Finnland	p.m.	4 198 567	4 198 567
Schweden	p.m.	1 007 093	1 007 093
Vereinigtes Königreich	p.m.	- 132 837 911	- 132 837 911
Posten 3 5 0 4 insgesamt	p.m.	0	0

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**3 6 0 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs**

3 6 0 4 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
p.m.	0,—	0,—

Erläuterungen

Dieser Posten dient der Verbuchung des Differenzbetrags zwischen der vorläufigen Schätzung und der zuletzt vorgenommenen Aktualisierung des VK-Korrekturbetrags, bevor der endgültige Betrag berechnet wird.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der vorläufigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2014.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS (Fortsetzung)

3 6 0 (Fortsetzung)

3 6 0 4 (Fortsetzung)

Mitgliedstaat	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	9 808 723	9 808 723
Bulgarien	p.m.	1 857 845	1 857 845
Tschechische Republik	p.m.	5 618 512	5 618 512
Dänemark	p.m.	5 183 926	5 183 926
Deutschland	p.m.	15 098 382	15 098 382
Estland	p.m.	615 754	615 754
Irland	p.m.	6 055 723	6 055 723
Griechenland	p.m.	3 882 091	3 882 091
Spanien	p.m.	23 452 091	23 452 091
Frankreich	p.m.	62 183 471	62 183 471
Kroatien	p.m.	2 392 016	2 392 016
Italien	p.m.	60 923 232	60 923 232
Zypern	p.m.	1 058 836	1 058 836
Lettland	p.m.	517 980	517 980
Litauen	p.m.	493 224	493 224
Luxemburg	p.m.	3 153 754	3 153 754
Ungarn	p.m.	2 775 751	2 775 751
Malta	p.m.	557 582	557 582
Niederlande	p.m.	3 797 278	3 797 278
Österreich	p.m.	1 572 870	1 572 870
Polen	p.m.	16 987 381	16 987 381
Portugal	p.m.	5 315 559	5 315 559
Rumänien	p.m.	6 012 749	6 012 749
Slowenien	p.m.	1 449 464	1 449 464
Slowakei	p.m.	2 207 088	2 207 088
Finnland	p.m.	5 796 891	5 796 891
Schweden	p.m.	2 634 984	2 634 984
Vereinigtes Königreich	p.m.	- 251 403 157	- 251 403 157
Posten 3 6 0 4 insgesamt	p.m.	0	0

EINZELPLAN III
KOMMISSION

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	2 532 673 157	1 097 025 157	73 908 000		2 606 581 157	1 097 025 157
02	BINNENMARKT, INDUSTRIE, UNTERNEHMERTUM UND KMU	2 285 812 989	1 894 487 636			2 285 812 989	1 894 487 636
03	WETTBEWERB	102 698 620	102 698 620			102 698 620	102 698 620
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	12 924 259 299	13 030 720 525		- 1 845 000 000	12 924 259 299	11 185 720 525
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	61 382 084 429	54 625 119 708	- 1 250 000		61 380 834 429	54 625 119 708
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	4 219 477 187	2 295 863 330			4 219 477 187	2 295 863 330
07	UMWELT	448 266 445	397 061 087			448 266 445	397 061 087
08	FORSCHUNG UND INNOVATION	5 854 638 306	5 402 950 507	- 1 400 000		5 853 238 306	5 402 950 507
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN	1 803 314 364	2 373 056 657			1 803 314 364	2 373 056 657
10	DIREKTE FORSCHUNG	396 834 657	402 688 960			396 834 657	402 688 960
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	999 860 215	675 121 774	- 5 370 000	- 138 795 000	994 490 215	536 326 774
	Reserven (40 02 41)	83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
		1 083 205 965	758 467 524	- 9 200 000	- 145 530 000	1 074 005 965	612 937 524
12	FINANZSTABILITÄT, FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMARKTUNION	84 986 304	85 662 304			84 986 304	85 662 304
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	35 988 630 661	36 386 098 987		- 5 111 000 000	35 988 630 661	31 275 098 987
14	STEUERN UND ZOLLUNION	166 447 251	159 265 251			166 447 251	159 265 251
15	BILDUNG UND KULTUR	2 889 262 253	3 030 752 053			2 889 262 253	3 030 752 053
16	KOMMUNIKATION	203 694 896	196 759 396			203 694 896	196 759 396
17	GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT	570 625 060	571 327 060	- 12 770 000	- 12 770 000	557 855 060	558 557 060
18	MIGRATION UND INNERES	3 225 091 730	2 323 443 097	250 000 000	10 000 000	3 475 091 730	2 333 443 097

KOMMISSION

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE	782 603 058	677 343 652			782 603 058	677 343 652
20	HANDEL	107 216 392	105 566 392			107 216 392	105 566 392
21	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG	3 161 973 792	3 345 883 780			3 161 973 792	3 345 883 780
22	NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND ERWEITERUNGSVERHANDLUNGEN	3 835 177 683	3 565 517 946			3 835 177 683	3 565 517 946
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ	1 202 303 141	1 560 487 834			1 202 303 141	1 560 487 834
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	80 226 300	85 655 000			80 226 300	85 655 000
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION	206 099 587	205 749 587			206 099 587	205 749 587
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 021 829 325	1 021 284 705			1 021 829 325	1 021 284 705
	Reserven (40 01 40)	3 426 739	3 426 739			3 426 739	3 426 739
		1 025 256 064	1 024 711 444			1 025 256 064	1 024 711 444
27	HAUSHALT	72 184 538	72 184 538			72 184 538	72 184 538
28	AUDIT	18 774 034	18 774 034			18 774 034	18 774 034
29	STATISTIK	139 150 570	127 507 570			139 150 570	127 507 570
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 647 355 000	1 647 355 000			1 647 355 000	1 647 355 000
31	SPRACHENDIENSTE	398 824 459	398 824 459			398 824 459	398 824 459
32	ENERGIE	1 531 675 330	1 507 745 646	- 73 908 000		1 457 767 330	1 507 745 646
33	JUSTIZ UND VERBRAUCHER	258 626 977	239 160 105			258 626 977	239 160 105
34	KLIMASCHUTZ	137 514 278	81 944 278			137 514 278	81 944 278
40	RESERVEN	561 384 489	395 772 489	- 3 830 000	- 176 735 000	557 554 489	219 037 489
	Total	151 241 576 776	140 106 859 124	225 380 000	- 7 274 300 000	151 466 956 776	132 832 559 124
	Davon Reserven (40 01 40, 40 02 41)	86 772 489	86 772 489	- 3 830 000	- 6 735 000	82 942 489	80 037 489

TITEL 01
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „WIRTSCHAFT UND FINANZEN“	82 891 865	82 891 865			82 891 865	82 891 865
01 02	WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	15 990 500	14 692 500			15 990 500	14 692 500
01 03	INTERNATIONALE WIRTS- CHAFTS- UND FINANZFRAGEN	336 790 792	336 790 792			336 790 792	336 790 792
01 04	FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE	2 097 000 000	662 650 000	73 908 000		2 170 908 000	662 650 000
	Titel 01 — Total	2 532 673 157	1 097 025 157	73 908 000		2 606 581 157	1 097 025 157

KOMMISSION

TITEL 01
WIRTSCHAFT UND FINANZEN

KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01 04	FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE							
01 04 01	Europäischer Investi- tionsfonds							
01 04 01 01	Europäischer Investi- tionsfonds — Bereitstellung der eingezahlten Anteile am gezeichneten Kapital	1,1	41 000 000	41 000 000			41 000 000	41 000 000
01 04 01 02	Europäischer Investi- tionsfonds — Abrufbarer Teil des gezeichneten Kapitals	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 01 04 01 — Subtotal</i>		41 000 000	41 000 000			41 000 000	41 000 000
01 04 02	Nukleare Sicherheit — Zusammenarbeit mit der Europäischen Investi- tionsbank	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 04 03	Garantie für Euratom- Anleihen	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 04 04	Garantie für den Euro- päischen Fonds für strate- gische Investitionen (EFSI)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
01 04 05	Dotierung des EFSI-Garanti- efonds	1,1	2 030 000 000	500 000 000	73 908 000		2 103 908 000	500 000 000
01 04 06	Artikel 01 04 06 — Euro- päische Plattform für Investi- tionsberatung (EIAH) und Europäisches Investitionspro- jektportal (EIPP)	1,1	20 000 000	20 000 000			20 000 000	20 000 000
01 04 07	An den Europäischen Investi- tionsfonds zu zahlende Entgelte für eine verstärkte Unterstützung im Rahmen des Europäischen Fonds für strategische Investitionen	1,1	5 000 000	5 000 000			5 000 000	5 000 000
01 04 51	Abschluss früherer Programme im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	96 000 000			p.m.	96 000 000

KAPITEL 01 04 — FINANZOPERATIONEN UND -INSTRUMENTE (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01 04 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
01 04 77 01	Pilotprojekt — Stärkung von Zusammenarbeit und Synergien zwischen nationalen Förderbanken zur Unterstützung der langfristigen Finanzierung der Realwirtschaft	1,1	p.m.	250 000			p.m.	250 000
01 04 77 02	Pilotprojekt — Verwaltung von Staatsvermögen	1,1	1 000 000	400 000			1 000 000	400 000
	Artikel 01 04 77 — Subtotal		1 000 000	650 000			1 000 000	650 000
	Kapitel 01 04 — Total		2 097 000 000	662 650 000	73 908 000		2 170 908 000	662 650 000

01 04 05 **Dotierung des EFSI-Garantiefonds**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
2 030 000 000	500 000 000	73 908 000		2 103 908 000	500 000 000

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Finanzierung der Einzahlungen in den EFSI-Garantiefonds entsprechend der Verordnung (EU) 2015/1017 und den darin festgelegten Verfahren. Mit dieser Dotierung soll insbesondere sichergestellt werden, dass der Haushaltsplan ordnungsgemäß ausgeführt werden kann, falls die EFSI-Garantie in Anspruch genommen wird.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und (EU) Nr. 1316/2013 - der Europäische Fonds für strategische Investitionen (ABl. L 169 vom 1.7.2015, S. 1).

Verweise

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank vom 26. November 2014 — Eine Investitionsoffensive für Europa (COM(2014)0903).

KOMMISSION

TITEL 04
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 01	VERWALTUNG- SAUSGABEN DES POLI- TIKBEREICHS „BESCHÄF- TIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION“	102 287 606	102 287 606			102 287 606	102 287 606
04 02	EUROPÄISCHER SOZIALFONDS	12 033 016 235	12 164 352 919		- 1 845 000 000	12 033 016 235	10 319 352 919
04 03	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTE- GRATION	253 802 800	208 080 000			253 802 800	208 080 000
04 04	EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG	p.m.	30 000 000			p.m.	30 000 000
04 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNG- SHILFE — BESCHÄF- TIGUNG, SOZIALPOLITIK UND ENTWICKLUNG DES HUMANKAPITALS	p.m.	65 000 000			p.m.	65 000 000
04 06	EUROPÄISCHER HILFSFONDS FÜR DIE AM STÄRKSTEN VON ARMUT BETROFFENEN PERSONEN	535 152 658	461 000 000			535 152 658	461 000 000
	Titel 04 — Total	12 924 259 299	13 030 720 525		- 1 845 000 000	12 924 259 299	11 185 720 525

TITEL 04
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 02	EUROPÄISCHER SOZIALFONDS							
04 02 01	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 02	Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 03	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 04	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 05	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 06	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 07	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Ziel 3 (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 08	Abschluss von EQUAL (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 09	Abschluss früherer Gemeinschaftsinitiativen (aus der Zeit vor 2000)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 10	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (2000 bis 2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
04 02 11	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Innovative Maßnahmen und technische Unterstützung (aus der Zeit vor 2000)	1,2	—	—			—	—
04 02 17	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Konvergenz (2007-2013)	1,2	p.m.	3 470 000 000		- 645 000 000	p.m.	2 825 000 000
04 02 18	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — PEACE (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
04 02 19	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (2007-2013)	1,2	p.m.	1 109 595 811			p.m.	1 109 595 811
04 02 20	Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Operative technische Unterstützung (2007-2013)	1,2	p.m.	1 500 000			p.m.	1 500 000
04 02 60	Europäischer Sozialfonds — Weniger entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	6 904 001 096	3 420 000 000		- 528 000 000	6 904 001 096	2 892 000 000
04 02 61	Europäischer Sozialfonds — Übergangsregionen — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	1 631 895 346	927 965 850		- 192 000 000	1 631 895 346	735 965 850
04 02 62	Europäischer Sozialfonds — entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung	1,2	3 479 119 793	2 178 091 258		- 480 000 000	3 479 119 793	1 698 091 258
04 02 63	Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe							
04 02 63 01	Europäischer Sozialfonds — Operative technische Hilfe	1,2	18 000 000	7 200 000			18 000 000	7 200 000
04 02 63 02	Europäischer Sozialfonds — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 04 02 63 — Subtotal		18 000 000	7 200 000			18 000 000	7 200 000
04 02 64	Beschäftigungsinitiative für Jugendliche	1,2	—	1 050 000 000			—	1 050 000 000
	Kapitel 04 02 — Total		12 033 016 235	12 164 352 919		- 1 845 000 000	12 033 016 235	10 319 352 919

Erläuterungen

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die in Artikel 174 niedergelegten Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch die Politik unterstützt, die die Union mithilfe der Strukturfonds, u. a. des Europäischen Sozialfonds (ESF), führt. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 AEUV festgelegt.

Artikel 80 der Haushaltsordnung sieht Finanzkorrekturen bei Ausgaben vor, die nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

In Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 zu den Finanzkorrekturen der Kommission sind besondere Regelungen für Finanzkorrekturen beim ESF festgelegt.

Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Artikel 6 5 1, 6 5 2, 6 5 3 oder 6 5 4 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

In Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sind besondere Bestimmungen für die Erstattung von Vorschusszahlungen beim ESF festgelegt.

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)

Erstattete Vorfinanzierungsbeträge gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in den Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 eingesetzt.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 5.).

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 16. und 17. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

04 02 17**Abschluss des Europäischen Sozialfonds — Konvergenz (2007-2013)**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	3 470 000 000		- 645 000 000	p.m.	2 825 000 000

KOMMISSION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)**04 02 17** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Diese Mittel dienen zur Abwicklung von Verpflichtungen für Programme im Zusammenhang mit dem Konvergenzziel des ESF im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel stellt darauf ab, die Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen durch die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zu beschleunigen.

Diese Mittel dienen der Verringerung von wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten, die sich insbesondere in den Mitgliedstaaten und Regionen mit Entwicklungsrückstand aus der Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierung sowie aus der Alterung der Bevölkerung ergeben.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 in der durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union geänderten Fassung (ABl. L 112 vom 24.4.2012) werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 12).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

04 02 60 *Europäischer Sozialfonds — Weniger entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
6 904 001 096	3 420 000 000		- 528 000 000	6 904 001 096	2 892 000 000

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in weniger entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Die Rückstände in diesen wirtschaftlich und sozial benachteiligten Regionen müssen langfristig und nachhaltig angegangen werden. Dies gilt für jene Regionen, deren BIP pro Kopf unter 75 % des durchschnittlichen BIP der EU-27 liegt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)**04 02 60** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c.

04 02 61 **Europäischer Sozialfonds — Übergangsregionen — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 631 895 346	927 965 850		- 192 000 000	1 631 895 346	735 965 850

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 in einer neuen Kategorie von Regionen — den Übergangsregionen — finanziert werden, mit der das Phasing-In- und Phasing-Out-System des Zeitraums 2007-2013 ersetzt wird. Unter diese Kategorie fallen alle Regionen mit einem BIP pro Kopf von zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b.

04 02 62 **Europäischer Sozialfonds — entwickelte Gebiete — Ziel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 479 119 793	2 178 091 258		- 480 000 000	3 479 119 793	1 698 091 258

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die Unterstützung aus dem ESF im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in stärker entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Auch wenn der Schwerpunkt der Kohäsionspolitik weiterhin auf Interventionen in den weniger entwickelten Regionen liegt, so soll mit diesen Mitteln bestimmten großen Herausforderungen begegnet werden, von denen alle Mitgliedstaaten betroffen sind. Hierzu gehören der globale Wettbewerb in der wissensbasierten Wirtschaft, der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft und die durch das derzeitige Wirtschaftsklima zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Unter diese Kategorie fallen die Regionen mit einem BIP pro Kopf von über 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27.

KOMMISSION

KAPITEL 04 02 — EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (Fortsetzung)**04 02 62** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 470), insbesondere Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a.

TITEL 05

LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 01	VERWALTUNGSAUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“	134 218 823	134 218 823			134 218 823	134 218 823
05 02	VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES AGRARSEKTORS DURCH AGRARMARKT-INTERVENTIONEN	2 703 000 000	2 691 337 221			2 703 000 000	2 691 337 221
05 03	DIREKTZAHLUNGEN ALS BEITRAG ZUM EINKOMMEN DER LANDWIRTE, ZUR BEGRENZUNG VON EINKOMMENSCHWANKUNGEN UND ZUR VERWIRKLICHUNG VON UMWELT- UND KLIMAZIELEN	39 445 708 157	39 445 708 157			39 445 708 157	39 445 708 157
05 04	ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	18 671 922 495	11 742 025 443			18 671 922 495	11 742 025 443
05 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE (IPA) — ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	112 000 000	425 400 000			112 000 000	425 400 000
05 06	INTERNATIONALE ASPEKTE DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“	6 966 518	6 966 518			6 966 518	6 966 518
05 07	AUDIT DER AUS DEM EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) FINANZIERTEN AGRARAUSGABEN	58 630 000	58 630 000			58 630 000	58 630 000
05 08	ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“	35 433 167	41 555 618	- 1 250 000		34 183 167	41 555 618
05 09	HORIZONT 2020 — FORSCHUNG UND INNOVATION IM AGRARSEKTOR	214 205 269	79 277 928			214 205 269	79 277 928
	Titel 05 — Total	61 382 084 429	54 625 119 708	- 1 250 000		61 380 834 429	54 625 119 708

KOMMISSION

TITEL 05

LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 08	ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“							
05 08 01	Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen	2	15 119 325	17 487 116			15 119 325	17 487 116
05 08 02	Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	2	250 000	1 500 000			250 000	1 500 000
05 08 03	Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen	2	5 681 842	5 437 303	- 1 250 000		4 431 842	5 437 303
05 08 06	Maßnahmen zur Information über die Gemeinsame Agrarpolitik	2	8 000 000	8 000 000			8 000 000	8 000 000
05 08 09	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) — Operative technische Unterstützung	2	4 382 000	4 382 000			4 382 000	4 382 000
05 08 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
05 08 77 01	Pilotprojekt — Bewertung der dem Endverbraucher durch die Einhaltung der Rechtsvorschriften der Union in den Bereichen Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelsicherheit entstehenden Kosten	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
05 08 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Beobachtungsstelle für Preise und Gewinnspannen im Agrarsektor	2	p.m.	670 000			p.m.	670 000
05 08 77 08	Pilotprojekt — Austauschprogramm für Junglandwirte	2	p.m.	299 969			p.m.	299 969
05 08 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Pflanzen- und tiergenetische Ressourcen in der Union	2	p.m.	1 144 230			p.m.	1 144 230
05 08 77 10	Pilotprojekt — Agropol: Schaffung einer europäischen länderübergreifenden Modellregion für Agroindustrie	2	p.m.	480 000			p.m.	480 000
05 08 77 11	Pilotprojekt — Agrarforstwirtschaft	2	p.m.	500 000			p.m.	500 000
05 08 77 12	Pilotprojekt — Ökosoziales Dorf	2	400 000	200 000			400 000	200 000
05 08 77 13	Pilotprojekt — Bessere Kriterien und Strategien für Krisenprävention und Krisenmanagement in der Landwirtschaft	2	300 000	150 000			300 000	150 000

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
05 08 77	(Fortsetzung)							
05 08 77 14	Pilotprojekt — Restrukturierung der Honigherstellungskette und Programm „Zucht und Selektion varroaresistenter Arten“	2	700 000	350 000			700 000	350 000
05 08 77 15	Pilotprojekt – Analyse der besten Formen des Zusammenschlusses von Erzeugerorganisationen (EO) und wie diese ihre Aufgaben wahrnehmen und unterstützt werden können	2	300 000	150 000			300 000	150 000
	<i>Artikel 05 08 77 — Subtotal</i>		1 700 000	3 944 199			1 700 000	3 944 199
05 08 80	Teilnahme der Union an „Feeding the Planet — Energy for Life“ im Rahmen der Weltausstellung 2015 in Mailand	2	300 000	805 000			300 000	805 000
	Kapitel 05 08 — Total		35 433 167	41 555 618	- 1 250 000		34 183 167	41 555 618

Erläuterungen

Gemäß den Artikeln 21 und 174 der Haushaltsordnung können bei Einnahmen unter Artikel 6 7 0 des allgemeinen Einnahmenplans zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gelten die nachstehenden Rechtsgrundlagen für alle Artikel/Posten dieses Kapitels.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2005 und (EG) Nr. 485/2008 des Rates (Abl. L 347 vom 20.12.2013, S. 549).

05 08 03 Neuordnung des Systems landwirtschaftlicher Erhebungen

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
5 681 842	5 437 303	- 1 250 000		4 431 842	5 437 303

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung folgender Ausgaben:

- Ausgaben für die Verbesserung der Agrarstatistiksysteme in der Union,
- Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen des Erwerbs und der Nutzung von Datenbanken geleistet wurden,

KOMMISSION

KAPITEL 05 08 — ALLGEMEINE OPERATIVE UNTERSTÜTZUNG UND KOORDINIERUNG DES POLITIKBEREICHS „LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS“ (Fortsetzung)**05 08 03** (Fortsetzung)

- Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Erstellung von Modellen für den Agrarsektor sowie kurz- und mittelfristiger Vorausschätzungen der Marktentwicklung und der Agrarstrukturen sowie im Rahmen der Verbreitung der Ergebnisse geleistet wurden,
- Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen zur Anwendung der Fernerkundung, von Gebietsrastererhebungen und agrarmeteorologischen Modellen auf die statistischen Daten über die Landwirtschaft geleistet wurden,
- Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste, die im Rahmen der Durchführung von Wirtschaftsanalysen und der Entwicklung von agrarpolitischen Indikatoren geleistet wurden,
- Zuschüsse, vertraglich bedingte Kosten oder Erstattungen für Dienste im Zusammenhang mit den erforderlichen Maßnahmen für die Analyse, die Verwaltung und die Beobachtung der Agrarressourcen sowie die Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 6 Buchstabe c und Artikel 22 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 und für die Anwendung des gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmens gemäß Artikel 6 Buchstabe a und Artikel 110 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013,
- ausstehende Verpflichtungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 78/2008 des Rates vom 21. Januar 2008.

Rechtsgrundlagen

Aufgaben im Rahmen der der Kommission übertragenen Verwaltungsautonomie gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

Entscheidung 96/411/EG des Rates vom 25. Juni 1996 zur Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft (ABl. L 162 vom 1.7.1996, S. 14).

Beschluss Nr. 1445/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2000 über den Einsatz von Flächenstichprobenerhebungen und Fernerkundung in der Agrarstatistik im Zeitraum 1999-2003 (ABl. L 163 vom 4.7.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 78/2008 des Rates vom 21. Januar 2008 über die Maßnahmen der Kommission zum Einsatz der Fernerkundung in der Gemeinsamen Agrarpolitik im Zeitraum 2008-2013 (ABl. L 25 vom 30.1.2008, S. 1).

TITEL 08
FORSCHUNG UND INNOVATION

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 01	VERWALTUNGS AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „FOR- SCHUNG UND INNOVATION“	326 792 757	326 792 757			326 792 757	326 792 757
08 02	HORIZONT 2020 — FORSCHUNG	5 336 470 831	4 927 342 012	- 1 400 000		5 335 070 831	4 927 342 012
08 03	PROGRAMM „EURATOM“ — INDIREKTE MASSNAHMEN	191 374 718	148 815 738			191 374 718	148 815 738
08 05	FORSCHUNGSPROGRAMM DES FORSCHUNGSFONDS FÜR KOHLE UND STAHL	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 08 — Total	5 854 638 306	5 402 950 507	- 1 400 000		5 853 238 306	5 402 950 507

KOMMISSION

TITEL 08
FORSCHUNG UND INNOVATION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02	HORIZONT 2020 — FORSCHUNG							
08 02 01	Wissenschaftliche Exzellenz							
08 02 01 01	Intensivierung der Pionierfor- schung im Europäischen Forschungsrat	1,1	1 622 722 376	591 884 144			1 622 722 376	591 884 144
08 02 01 02	Intensivierung der Forschung in den „FET“ — künftige und neu entstehende Technologien	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 01 03	Stärkung der europäischen Forschungsinfrastrukturen (einschließlich e-Infrastruk- turen)	1,1	183 905 321	83 564 914			183 905 321	83 564 914
	<i>Artikel 08 02 01 — Subtotal</i>		1 806 627 697	675 449 058			1 806 627 697	675 449 058
08 02 02	Industrielle Führungsrolle							
08 02 02 01	Führungsrolle bei Nanotech- nologie, fortgeschrittenen Werkstoffen, Lasertechnologie, Biotechnologie sowie fort- geschrittener Fertigung und Verarbeitung	1,1	504 175 361	407 929 917			504 175 361	407 929 917
08 02 02 02	Verbesserter Zugang zur Risi- kofinanzierung für Investi- tionen in Forschung und Inno- vation	1,1	329 381 199	337 572 482			329 381 199	337 572 482
08 02 02 03	Steigerung der Innovation in kleinen und mittleren Unter- nehmen (KMU)	1,1	36 120 567	31 169 883			36 120 567	31 169 883
	<i>Artikel 08 02 02 — Subtotal</i>		869 677 127	776 672 282			869 677 127	776 672 282
08 02 03	Gesellschaftliche Herausfor- derungen							
08 02 03 01	Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und des leben- slangen Wohlergehens	1,1	524 745 272	299 890 040			524 745 272	299 890 040
08 02 03 02	Sicherung der Versorgung mit sicheren, gesunden und hoch- wertigen Lebensmitteln und anderen biobasierten Produkten	1,1	142 233 804	89 735 746			142 233 804	89 735 746
08 02 03 03	Förderung des Übergangs zu einer zuverlässigen, nach- haltigen und wettbe- werbsfähigen Energiewirtschaft	1,1	335 369 074	242 548 217			335 369 074	242 548 217

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 03	<i>(Fortsetzung)</i>							
08 02 03 04	Verwirklichung eines ressourceneffizienten, umweltfreundlichen, sicheren und nahtlosen europäischen Verkehrssystems	1,1	331 555 393	174 476 315			331 555 393	174 476 315
08 02 03 05	Verwirklichung einer ressourcenschonenden und gegen den Klimawandel gewappneten Wirtschaft mit nachhaltiger Rohstoffversorgung	1,1	284 530 369	150 855 696			284 530 369	150 855 696
08 02 03 06	Förderung integrativer, innovativer und reflektierender europäischer Gesellschaften	1,1	112 411 389	117 834 666			112 411 389	117 834 666
	<i>Artikel 08 02 03 — Subtotal</i>		1 730 845 301	1 075 340 680			1 730 845 301	1 075 340 680
08 02 04	Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Beteiligung	1,1	105 470 711	47 808 292			105 470 711	47 808 292
08 02 05	Horizontale Tätigkeiten unter Horizont 2020	1,1	109 162 522	79 820 088			109 162 522	79 820 088
08 02 06	Wissenschaft mit der Gesellschaft und für die Gesellschaft	1,1	53 497 266	40 461 390			53 497 266	40 461 390
08 02 07	Gemeinsame Unternehmen							
08 02 07 31	Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2) — Unterstützungsausgaben	1,1	1 200 000	1 200 000			1 200 000	1 200 000
08 02 07 32	Gemeinsames Unternehmen „Initiative Innovative Arzneimittel 2“ (IMI2)	1,1	197 787 000	68 973 824			197 787 000	68 973 824
08 02 07 33	Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI) — Unterstützungsausgaben	1,1	1 946 263	1 946 263			1 946 263	1 946 263
08 02 07 34	Gemeinsames Unternehmen „Biobasierte Industriezweige“ (BBI)	1,1	156 136 237	60 148 775			156 136 237	60 148 775
08 02 07 35	Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“ — Unterstützungsausgaben	1,1	2 625 785	2 625 785			2 625 785	2 625 785
08 02 07 36	Gemeinsames Unternehmen „Clean Sky 2“	1,1	194 773 655	177 301 922			194 773 655	177 301 922

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 07	(Fortsetzung)							
08 02 07 37	Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2) — Unterstützungsausgaben	1,1	454 948	454 948			454 948	454 948
08 02 07 38	Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“ (FCH2)	1,1	102 166 319	47 344 982			102 166 319	47 344 982
	<i>Artikel 08 02 07 — Subtotal</i>		657 090 207	359 996 499			657 090 207	359 996 499
08 02 50	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung							
08 02 50 01	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an Forschung und technologischer Entwicklung (2014-2020)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 50 02	Einnahmen aus der Teilnahme (nicht dem EWR angehörender) Dritter an der Forschung und technologischen Entwicklung (aus der Zeit vor 2014)	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 08 02 50 — Subtotal</i>		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 51	Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — Siebtes Rahmenprogramm — indirekte Maßnahmen (EG) (2007-2013)							
		1,1	p.m.	1 867 645 867			p.m.	1 867 645 867
08 02 52	Abschluss früherer Forschungsrahmenprogramme — indirekte Maßnahmen (aus der Zeit vor 2007)							
		1,1	p.m.	1 272 856			p.m.	1 272 856
08 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
08 02 77 01	Pilotprojekt — Koordinierung der Forschung zur Anwendung der Homöopathie und Phytotherapie in der Nutztierhaltung	2	p.m.	75 000			p.m.	75 000

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
08 02 77	(Fortsetzung)							
08 02 77 02	Pilotprojekt — Rückgewinnung kritischer Rohstoffe durch Recycling: eine Chance für die Europäische Union und die Afrikanische Union	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
08 02 77 03	Pilotprojekt — Forschung und Entwicklung für armutsbedingte und vernachlässigte Krankheiten mit dem Ziel einer universalen Gesundheitsversorgung nach 2015	1,1	p.m.	300 000			p.m.	300 000
08 02 77 04	Vorbereitende Maßnahme — Aufbau eines einheitlichen und innovativen europäischen Verkehrssystems	1,1	1 500 000	1 250 000			1 500 000	1 250 000
08 02 77 05	Pilotprojekt — Immunisierung von Müttern: Schließung von Wissenslücken zur Förderung der Immunisierung von Müttern in einkommensschwachem Umfeld	1,1	600 000	300 000			600 000	300 000
08 02 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Aktive politische Mitbestimmung und mitentscheidende Beteiligung der jüngeren und älteren Generationen in Europa	1,1	600 000	250 000			600 000	250 000
08 02 77 07	Pilotprojekt — Optimierung der nicht invasiven optoakustischen In-situ-Fischortung unter Wasser unter Einsatz eines Vorserienmodells des UFO-Systems zur Förderung der EUA-basierten Bestandsbewertungen und einer besseren Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)	2	200 000	100 000	- 200 000		p.m.	100 000
08 02 77 08	Pilotprojekt — Entwicklung eines automatischen nicht invasiven optoakustischen UFO-Testsystems zur Unterstützung der Überwachung der Artenvielfalt bei Fischen und anderer Meeresstrategie-Rahmenrichtlinien-(MSRL-)Indikatoren in wichtigen Meeresgebieten	2	1 200 000	600 000	- 1 200 000		p.m.	600 000
	Artikel 08 02 77 — Subtotal		4 100 000	2 875 000	- 1 400 000		2 700 000	2 875 000
	Kapitel 08 02 — Total		5 336 470 831	4 927 342 012	- 1 400 000		5 335 070 831	4 927 342 012

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Diese Erläuterungen gelten für alle Haushaltslinien dieses Kapitels.

Diese Mittel werden für das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ eingesetzt, das für den Zeitraum 2014 bis 2020 gilt und sämtliche bestehenden Fördermaßnahmen der Union für Forschung und Innovation bündelt, darunter das Forschungsrahmenprogramm wie auch die innovationsrelevanten Tätigkeiten des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT). Das Programm soll eine wesentliche Rolle spielen bei der Umsetzung der Europa-2020-Leitinitiative „Innovationsunion“ und anderer Leitinitiativen, wie „Digitale Agenda für Europa“, „Ressourcenschonendes Europa“ und „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, sowie für die Entwicklung und das Funktionieren des Europäischen Forschungsraums (EFR). „Horizont 2020“ trägt zum Aufbau einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft bei, indem es in ausreichendem Umfang zusätzliche Fördermittel für Forschung, Entwicklung und Innovation mobilisiert. Die Mittel dienen auch dem Abschluss der vorhergehenden Forschungsprogramme (Siebtes Rahmenprogramm und vorherige Rahmenprogramme).

Die Mittel werden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1290/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Regeln für die Beteiligung am Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ (2014-2020) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1906/2003 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 81) sowie für die Verbreitung der Ergebnisse eingesetzt.

Zu den bei dieser Haushaltslinie eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Aufgrund dieser Beiträge, die den in Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans verbuchten Beiträgen der EFTA-Staaten entsprechen und bei denen es sich um „zweckgebundene Einnahmen“ im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung handelt, können Mittel in entsprechender Höhe bereitgestellt und im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, verwendet werden.

Unter Posten 6 0 3 1 des Einnahmenplans ausgewiesene Beiträge von Kandidatenländern und gegebenenfalls potenziellen Kandidaten des Westbalkans für ihre Teilnahme an Programmen der Union können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

08 02 77 Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen

08 02 77 07 Pilotprojekt — Optimierung der nicht invasiven optoakustischen In-situ-Fischortung unter Wasser unter Einsatz eines Vorserienmodells des UFO-Systems zur Förderung der EUA-basierten Bestandsbewertungen und einer besseren Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL)

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
200 000	100 000	– 200 000		p.m.	100 000

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)**08 02 77** (Fortsetzung)

08 02 77 07 (Fortsetzung)

Erläuterungen

Der Forschungsvorschlag ist insofern vollkommen neu, als damit ein hochauflösendes akustisches (Mittel- bis Fernfeld) mit einem hochauflösenden optischen (Nahfeld) Bildgebungsverfahren (Niedriglicht, hohe Frequenzen) durch einen Misch- und Kalibrierungsmechanismus synchron kombiniert wird, um die Informationen des Nahfelds in das Fernfeld und umgekehrt zu übertragen. Damit werden die Fischpopulation, die Biomasse und die Vielfalt in Schlüsselbereichen und weiteren Bereichen der MSRL-Indikatoren quantifiziert (durch weitere (Umwelt-)Instrumente). Es werden keine Momentaufnahmen (wie in herkömmlichen Studien) erzeugt, sondern „Videos“. Die Bewertungsmethode entspricht internationalen Standards (ICES). Das gesamte System soll autonom, dauerhaft und nicht invasiv funktionieren und dabei ereignisbasiert reagieren, damit Energie gespart werden kann.

Als Forschungsplattform dient eine optoakustische Sonde (Unterwasserfischobservatorium, UFO), die für das Projekt kostenlos vom Forschungsinstitut bereitgestellt wird, damit die Algorithmen zur Erkennung von Mustern und weitere relevante Forschungsbereiche optimiert werden können.

Der veranschlagte Betrag umfasst unter anderem die Kosten für die biometrische Messung von Fisch, die Modellierung der Relation zwischen Fischalter/-länge/-biomasse/-volumen zu den Foto- bzw. Videoaufnahmen, die Quantifizierung des Riffeffekts durch Markierungsexperimente, die Kalibrierung (Integration) biologischer Ergebnisse mit jenen aus Akustik und Optik, die Optimierung der Konzeption der Studie aus biologischer Perspektive, die Migration und Trennung einzelner Fische (Fischortung/Mittel- bis Fernfeld), die ereignisbasierte Kontrolle des gesamten Instrumentariums, die Distanzschätzung (Stereometrie/Nahfeld), die Trennung von Fischen (Stereometrie/Nahfeld) und die Kalibrierung (Integration) optischer Ergebnisse mit jenen aus Akustik und Biologie.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 08 02 — HORIZONT 2020 — FORSCHUNG (Fortsetzung)**08 02 77** (Fortsetzung)

08 02 77 08 Pilotprojekt — Entwicklung eines automatischen nicht invasiven optoakustischen UFO-Testsystems zur Unterstützung der Überwachung der Artenvielfalt bei Fischen und anderer Meeresstrategie-Rahmenrichtlinien-(MSRL-)Indikatoren in wichtigen Meeresgebieten

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 200 000	600 000	- 1 200 000		p.m.	600 000

Erläuterungen

Der Forschungsvorschlag ist insofern vollkommen neu, als damit ein hochauflösendes akustisches (Mittel- bis Fernfeld) mit einem hochauflösenden optischen (Nahfeld) Bildgebungsverfahren (Niedriglicht, hohe Frequenzen) durch einen Misch- und Kalibrierungsmechanismus synchron kombiniert wird, um die Informationen des Nahfelds in das Fernfeld und umgekehrt zu übertragen. Damit werden die Fischpopulation, die Biomasse und die Vielfalt in Schlüsselbereichen und weiteren Bereichen der MSRL-Indikatoren quantifiziert (durch weitere (Umwelt-)Instrumente). Es werden keine Momentaufnahmen (wie in herkömmlichen Studien) erzeugt, sondern „Videos“. Die Bewertungsmethode entspricht internationalen Standards (ICES). Das gesamte System soll autonom, dauerhaft und nicht invasiv funktionieren und dabei ereignisbasiert reagieren, damit Energie gespart werden kann. (Fragestellung: Ist das ein Fisch oder etwas anderes? Handelt es sich um einen Fisch, so schaltet sich das gesamte System zu.) Die beiden Unterwasserfischobservatorien des Testsystems werden dafür gerüstet, miteinander kommunizieren und einschlägige Informationen austauschen zu können (beispielsweise in Bezug auf den Riffeffekt).

Der veranschlagte Betrag umfasst unter anderem die Kosten für die biometrische Messung von Fisch, die Modellierung der Relation zwischen Fischalter/-länge/-biomasse/-volumen zu den Foto- bzw. Videoaufnahmen, die Quantifizierung des Riffeffekts durch Markierungsexperimente, die Kalibrierung (Integration) biologischer Ergebnisse mit jenen aus Akustik und Optik, die Optimierung der Konzeption der Studie aus biologischer Perspektive, die Migration und Trennung einzelner Fische (Fischortung/Mittel- bis Fernfeld), die ereignisbasierte Kontrolle des gesamten Instrumentariums, die Distanzschätzung (Stereometrie/Nahfeld), die Distanzschätzung (Stereometrie/Nahfeld), die Kalibrierung (Integration) optischer Ergebnisse mit jenen aus Akustik und Biologie, die Geräte für das System und technische Sensorverbindungen.

Rechtsgrundlagen

Pilotprojekt im Sinne von Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

TITEL 11
MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“	43 057 571	43 057 571	- 370 000	- 370 000	42 687 571	42 687 571
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREI-ORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI	56 154 250	55 654 250			56 154 250	55 654 250
	<i>Reserven (40 02 41)</i>	83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
		139 500 000	139 000 000	- 3 830 000	- 6 735 000	135 670 000	132 265 000
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)	900 648 394	576 409 953	- 5 000 000	- 138 425 000	895 648 394	437 984 953
	Titel 11 — Total	999 860 215	675 121 774	- 5 370 000	- 138 795 000	994 490 215	536 326 774
	Reserven (40 02 41)	83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
		1 083 205 965	758 467 524	- 9 200 000	- 145 530 000	1 074 005 965	612 937 524

KOMMISSION

TITEL 11

MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
11 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“				
11 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“	5,2	29 715 805		29 715 805
11 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“				
11 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 194 611		2 194 611
11 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 602 903		2 602 903
	<i>Artikel 11 01 02 — Subtotal</i>		4 797 514		4 797 514
11 01 03	Ausgaben für Ausstattung und Dienstleistungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie des Politikbereichs „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“	5,2	1 896 494		1 896 494
11 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“				
11 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Politikbereich „Maritime Angelegenheiten und Fischerei“ — Nichtoperative administrative und technische Unterstützung	2	3 700 000		3 700 000
	<i>Artikel 11 01 04 — Subtotal</i>		3 700 000		3 700 000
11 01 06	Exekutivagenturen				
11 01 06 01	Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)	2	2 947 758	– 370 000	2 577 758
	<i>Artikel 11 01 06 — Subtotal</i>		2 947 758	– 370 000	2 577 758
	Kapitel 11 01 — Total		43 057 571	– 370 000	42 687 571

11 01 06 Exekutivagenturen

11 01 06 01 Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen — Beitrag aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
2 947 758	– 370 000	2 577 758

Erläuterungen

Diese Mittel sind zur Deckung der Personal- und Verwaltungsausgaben der Agentur bestimmt, die im Rahmen ihrer Aufgabe bei der Verwaltung von Maßnahmen anfallen, die Teil des Europäischen Meeres- und Fischereifonds sind.

KAPITEL 11 01 — VERWALTUNGSAusGABEN DES POLITIKBEREICHs „MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI“ (Fortsetzung)**11 01 06** (Fortsetzung)

11 01 06 01 (Fortsetzung)

Der Stellenplan der Exekutivagentur ist in dem Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 58/2003 des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung des Statuts der Exekutivagenturen, die mit bestimmten Aufgaben bei der Verwaltung von Gemeinschaftsprogrammen beauftragt werden (ABl. L 11 vom 16.1.2003, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Beschluss C(2013) 9414 der Kommission vom 23. Dezember 2013 zur Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimapolitik, Wettbewerbsfähigkeit und KMU, Forschung und Innovation, IKT, Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln, geändert durch den Beschluss C(2014) 4636 vom 11. Juli 2014.

Beschluss C(2014) 4636 der Kommission vom 11. Juli 2014 zur Änderung des Beschlusses C(2013) 9414 vom 23. Dezember 2013 hinsichtlich der Übertragung bestimmter Befugnisse auf die Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen zwecks Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen der Union im Bereich der Meerespolitik und Fischerei, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausführung von in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellten Mitteln.

Durchführungsbeschluss 2013/771/EU der Kommission vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung der „Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen“ und zur Aufhebung der Beschlüsse 2004/20/EG und 2007/372/EG (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 73).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03	OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI							
11 03 01	<i>Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen</i>	2	50 654 250	50 654 250			50 654 250	50 654 250
	Reserven (40 02 41)		83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
			134 000 000	134 000 000	- 3 830 000	- 6 735 000	130 170 000	127 265 000
11 03 02	<i>Förderung einer nachhaltigen Fischereiwirtschaft und Meeresbewirtschaftung im Einklang mit den Zielen der GFP (obligatorischer Finanzbeitrag zu internationalen Gremien)</i>	2	5 500 000	5 000 000			5 500 000	5 000 000
	Kapitel 11 03 — Total		56 154 250	55 654 250			56 154 250	55 654 250
	Reserven (40 02 41)		83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
			139 500 000	139 000 000	- 3 830 000	- 6 735 000	135 670 000	132 265 000

11 03 01 Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen

	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 03 01	50 654 250	50 654 250			50 654 250	50 654 250
Reserven (40 02 41)	83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
Total	134 000 000	134 000 000	- 3 830 000	- 6 735 000	130 170 000	127 265 000

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung der Ausgaben infolge der Fischereiabkommen, die die Union mit Drittländern ausgehandelt hat bzw. zu verlängern oder neu auszuhandeln beabsichtigt.

Auch partnerschaftliche Fischereiabkommen, die die Union möglicherweise neu aushandelt, müssten aus diesem Artikel finanziert werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates vom 22. Mai 2006 über finanzielle Maßnahmen der Union zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts (ABl. L 160 vom 14.6.2006, S. 1).

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22), insbesondere Artikel 31.

KAPITEL 11 03 — OBLIGATORISCHE BEITRÄGE ZU REGIONALEN FISCHEREIORGANISATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN SOWIE ZU ABKOMMEN ÜBER NACHHALTIGE FISCHEREI (Fortsetzung)
11 03 01 (Fortsetzung)

Verordnungen und Beschlüsse über den Abschluss von Abkommen und/oder Protokollen im Bereich Fischerei zwischen der Europäischen Gemeinschaft/Union und den Regierungen folgender Länder:

Status (September 2015)	Land	Rechtsgrundlage	Datum	ABL.	Laufzeit
In Kraft	Kap Verde	Beschluss 2014/948/EU	15. Dezember 2014	L 369 vom 24.12.2014	23.12.2014 bis 22.12.2018
	Komoren	Beschluss 2014/369/EU	13. Mai 2014	L 179 vom 19.6.2014	1.1.2014 bis 31.12.2016
	Côte d'Ivoire	Beschluss 2013/303/EU	29. Mai 2013	L 170 vom 22.6.2013	1.7.2013 bis 30.6.2018.
	Gabun	Beschluss 2013/462/EU	22. Juli 2013	L 250 vom 20.9.2013	24.7.2013 bis 23.7.2016
	Guinea-Bissau	Beschluss 2014/782/EU	16. Oktober 2014	L 328 vom 13.11.2014	24.11.2014 bis 23.11.2017
	Madagaskar	Beschluss 2014/929/EU	15. Dezember 2014	L 365 vom 19.12.2014	1.1.2015 bis 31.12.2018
	Mauritius	Beschluss 2014/146/EU	28. Januar 2014	L 79 vom 18.3.2014	28.1.2014 bis 27.1.2017
	Marokko	Beschluss 2013/785/EU	16. Dezember 2013	L 349, 21.12.2013	15.7.2014 bis 14.7.2018
	São Tomé und Príncipe	Beschluss 2014/334/EU	19. Mai 2014	L 168 vom 7.6.2014	23.5.2014 bis 22.5.2018
	Seychellen	Beschluss 2014/5/EU	18. Januar 2014	L 12 vom 17.1.2014	18.1.2014 bis 17.1.2020
	Senegal	Beschluss 2014/733/EU	8. Oktober 2014	L 340 vom 23.10.2014	20.10.2014 bis 19.10.2019
In Verhandlung oder laufendem Rechtssetzungsverfahren	Grönland	Beschluss 2012/653/EU	16. Juli 2012	L 293 vom 23.10.2012	1.1.2013 bis 31.12.2015
	Mauretanien	Beschluss 2013/672/EU	15. November 2013	L 313, 22.11.2013	16.12.2012 bis 15.12.2014
	Mosambik	Beschluss 2012/306/EU	12. Juni 2012	L 153 vom 14.6.2012	1.2.2012 bis 31.1.2015

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06	EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF)							
11 06 01	<i>Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Ziel 1 (2000-2006)</i>	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 02	<i>Abwicklung des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und dem Grenzgebiet Irlands (2000-2006)</i>	2	—	—			—	—
11 06 03	<i>Abschluss früherer Programme — Frühere Ziele 1 und 6 (aus der Zeit vor 2000)</i>	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 04	<i>Abwicklung des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) — Andere als Ziel-1-Gebiete (2000-2006)</i>	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 05	<i>Abschluss früherer Programme — Früheres Ziel 5a (aus der Zeit vor 2000)</i>	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 06	<i>Abschluss früherer Programme — Initiativen (aus der Zeit vor 2000)</i>	2	—	—			—	—
11 06 08	<i>Abschluss früherer Programme — Frühere operative technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)</i>	2	—	—			—	—
11 06 09	<i>Spezifische Aktion zur Förderung der Umstellung der Schiffe und der Fischer, die bis 1999 vom Fischereiabkommen mit Marokko abhängig waren</i>	2	—	—			—	—
11 06 11	<i>Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Operative technische Unterstützung (2007-2013)</i>	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 12	<i>Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Konvergenzziel (2007-2013)</i>	2	p.m.	100 000 000			p.m.	100 000 000

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 13	Abschluss des Europäischen Fischereifonds (EFF) — Außerhalb des Konvergenzziels (2007-2013)	2	p.m.	32 000 000			p.m.	32 000 000
11 06 14	Abschluss der Interventionen bei Fischereierzeugnissen (2007-2013)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 15	Abschluss des Fischereiprogramms zugunsten der Gebiete in äußerster Randlage (2007-2013)	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 60	Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik	2	805 423 852	335 000 000		- 117 681 000	805 423 852	217 319 000
11 06 61	Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union	2	38 426 980	30 491 000		- 5 149 000	38 426 980	25 342 000
11 06 62	Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik							
11 06 62 01	Wissenschaftliche Gutachten und Erkenntnisse	2	8 680 015	14 000 000			8 680 015	14 000 000
11 06 62 02	Kontrolle und Durchsetzung	2	15 510 967	32 700 000	- 5 000 000	- 15 595 000	10 510 967	17 105 000
11 06 62 03	Freiwillige Beiträge zu internationalen Organisationen	2	7 978 580	6 900 000			7 978 580	6 900 000
11 06 62 04	Steuerung und Kommunikation	2	5 078 000	4 509 000			5 078 000	4 509 000
11 06 62 05	Marktinformationen	2	4 900 000	4 100 000			4 900 000	4 100 000
	<i>Artikel 11 06 62 — Subtotal</i>		42 147 562	62 209 000	- 5 000 000	- 15 595 000	37 147 562	46 614 000

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 63	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Technische Unterstützung							
11 06 63 01	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Operative technische Hilfe	2	4 080 000	4 300 000			4 080 000	4 300 000
11 06 63 02	Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 11 06 63 — Subtotal</i>		4 080 000	4 300 000			4 080 000	4 300 000
11 06 64	Europäische Fischereiaufsicht- sagentur	2	9 070 000	9 070 000			9 070 000	9 070 000
11 06 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
11 06 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Beobachtungsstelle für die Preise auf dem Fischereimarkt	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 77 02	Pilotprojekt — Instrumente für einen gemeinsamen Ordnungsrahmen und ein nachhaltiges Fischereimanagement	2	p.m.	359 953			p.m.	359 953
11 06 77 03	Vorbereitende Maßnahmen — Meerespolitik	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
11 06 77 05	Pilotprojekt — Schaffung eines einheitlichen Instruments für die Handelsbezeichnungen für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
11 06 77	(Fortsetzung)							
11 06 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Beschützer der See	2	p.m.	480 000			p.m.	480 000
11 06 77 07	Pilotprojekt — Inbetriebnahme eines Netzes geschützter Meeresgebiete, die im Rahmen von nationalen und internationalen Umwelt- und Fisc- hereivorschriften eingerichtet wurden oder eingerichtet werden sollen, um das Produktionspotenzial der Fischerei der Union im Mittelmeer auf der Grundlage höchstmöglicher Dauererträge und eines ökosystem- orientierten Ansatzes im Fischerei- management zu erhöhen	2	p.m.	400 000			p.m.	400 000
11 06 77 08	Pilotprojekt — Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen Fischerei	2	p.m.	600 000			p.m.	600 000
11 06 77 09	Pilotprojekt — Entwicklung inno- vativer und mit geringen Umweltaus- wirkungen verbundener Offshore- Fischfangmethoden für kleine Fisc- hereifahrzeuge in Regionen in äußerster Randlage, mit Austausch bewährter Verfahren und Versuchs- fischerei	2	p.m.	750 000			p.m.	750 000
11 06 77 10	Pilotprojekt — Bewertung freiwilliger Angaben zu Fischerei- und Aquakul- turerzeugnissen in der EU	2	250 000	125 000			250 000	125 000
11 06 77 11	Pilotprojekt – Modernisierung der Fischereikontrolle und Optimierung der Überwachung der Fischerei- fahrzeuge anhand innovativer euro- päischer Systeme	2	500 000	250 000			500 000	250 000
11 06 77 12	Pilotprojekt — Einrichtung einer Europäischen Küstenwache	2	750 000	375 000			750 000	375 000
	<i>Artikel 11 06 77 — Subtotal</i>		1 500 000	3 339 953			1 500 000	3 339 953
	Kapitel 11 06 — Total		900 648 394	576 409 953	– 5 000 000	– 138 425 000	895 648 394	437 984 953

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung werden für Ausgaben, die nicht gemäß anwendbarem Recht getätigt wurden, Finanzkorrekturen vorgenommen.

Nach Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Artikel 6 5 2 des Einnahmenplans verbucht.

Nach den Artikeln 97, 98 und 99 der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Artikel 6 5 3 des Einnahmenplans verbucht.

Nach den Artikeln 85, 144 und 145 der Verordnung (EG) Nr. 1303/2013 können Finanzkorrekturen vorgenommen werden; etwaige Einnahmen aufgrund dieser Finanzkorrekturen werden in Artikel 6 5 4 des Einnahmenplans verbucht.

Gemäß Artikel 21 der Haushaltsordnung können diese Einnahmen in spezifischen Fällen, in denen sie sich zur Deckung der Risiken einer Annullierung oder Kürzung der zuvor beschlossenen Korrekturen als notwendig erweisen, als zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

In Artikel 177 der Haushaltsordnung sind die Voraussetzungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen festgelegt.

Erstattete Vorauszahlungen gelten gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung als interne zweckgebundene Einnahmen und werden in Posten 6 1 5 0 oder 6 1 5 7 verbucht.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 174, 175 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4, Artikel 80 und Artikel 177.

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

11 06 60***Unterstützung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Fischerei und Aquakultur, einer ausgewogenen und integrativen territorialen Entwicklung der Fischereigebiete und der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik***

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
805 423 852	335 000 000		- 117 681 000	805 423 852	217 319 000

Erläuterungen

Veranschlagt sind Mittel zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit den operationellen Programmen des EMFF zur Ankurbelung der Beschäftigung, zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, zur Förderung einer innovativen, wettbewerbsfähigen und wissensbasierten Fischerei und Aquakultur, zur Förderung der kleinen Fischerei unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten, zur Förderung einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Fischerei und Aquakultur sowie zur Unterstützung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 60** (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (Abl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1). insbesondere Artikel 5 Buchstaben a, c und d.

11 06 61 *Entwicklung und Umsetzung der Integrierten Meerespolitik der Europäischen Union*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
38 426 980	30 491 000		- 5 149 000	38 426 980	25 342 000

Erläuterungen

Diese Mittel sind für die Finanzierung der Ausgaben bestimmt, die sich aus der Durchführung des Unterstützungsprogramms zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik ergeben, das unter anderem Folgendes umfasst:

- das Europäische Meeresbeobachtungs- und Meeresdatennetzwerk,
- Projekte, einschließlich Testvorhaben und Kooperationsprojekte,
- die Umsetzung des Fahrplans für die Schaffung des gemeinsamen Informationsraums,
- Pilotstudien zur grenzübergreifenden maritimen Raumplanung,
- IT-Anwendungen wie das maritime Forum und der europäische Meeresatlas,
- Veranstaltungen und Konferenzen,
- Entwicklung und Follow-up von Strategien für Meeresbecken,
- Initiativen zur Kofinanzierung, zum Erwerb und zur Unterhaltung von Meeresbeobachtungssystemen und technischer Instrumente für die Konzipierung, die Errichtung und den Betrieb eines operationellen europäischen Meeresbeobachtungs- und Meeresdatennetzes mit dem Ziel, die Erhebung, den Erwerb, die Aggregation, Verarbeitung, Qualitätskontrolle, Wiederverwendung und Verteilung von Meeresdaten und -wissen durch die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und/oder den betroffenen internationalen Einrichtungen zu erleichtern,
- Sekretariats- oder Unterstützungsdienste,
- Studien, die europaweit und für einzelne Meeresräume Wachstumsbarrieren, neue Optionen sowie die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Meeresumwelt untersuchen.

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 61** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1). insbesondere Artikel 5 Buchstabe b.

11 06 62 ***Begleitmaßnahmen zur Gemeinsamen Fischereipolitik und zur Integrierten Meerespolitik***

11 06 62 02 Kontrolle und Durchsetzung

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
15 510 967	32 700 000	- 5 000 000	- 15 595 000	10 510 967	17 105 000

Erläuterungen

Diese Mittel sind veranschlagt für die Finanzierung von Maßnahmen im Zeitraum 2007-2013, die mit folgenden Ausgaben der Mitgliedstaaten im Rahmen der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der Gemeinsamen Fischereipolitik im Zusammenhang stehen:

- Investitionen, die mit Kontrolltätigkeiten von Verwaltungsdienststellen oder dem Privatsektor zusammenhängen, auch mit dem Einsatz neuer Kontrolltechnologien wie elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystemen, Schiffüberwachungssystemen und automatischen Schiffsidentifizierungssystemen in Verbindung mit Schiffsortungssystemen sowie dem Erwerb und der Modernisierung von Kontrollmitteln;
- Schulungs- und Austauschprogramme für die mit Aufgaben der Fischereiüberwachung und -kontrolle beauftragten Beamten;
- Durchführung von Pilotkontroll- und -beobachterprogrammen;
- Kosten-Nutzen-Analysen, Ausgabenkontrollen und Audits der zuständigen Behörden hinsichtlich der Durchführung von Beobachtungs-, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen;
- Initiativen, auch in Form von Seminaren und mit Hilfe von Medienwerkzeugen, zur Sensibilisierung sowohl von Fischern als auch anderen Akteuren, wie Inspektoren, Staatsanwälten und Richtern, ebenso wie der breiten Öffentlichkeit für die Notwendigkeit, unverantwortliche und illegale Fischerei zu bekämpfen und die Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik durchzusetzen;

KOMMISSION

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 02 (Fortsetzung)

- Systeme und Verfahren der Rückverfolgbarkeit und Instrumente zur Steuerung der Flottenkapazität mittels Überwachung der Maschinenleistung;
- Pilotprojekte wie CCTV (closed circuit television — Überwachungskameras).

Diese Mittel dienen außerdem zur Finanzierung von Kontrollmaßnahmen unter direkter Mittelverwaltung im Rahmen des EMFF:

- gemeinsamer Erwerb und/oder gemeinsames Chartern von Patrouillenschiffen, -flugzeugen und -hubschraubern durch verschiedene Mitgliedstaaten desselben geografischen Gebiets, sofern diese Ausrüstungen mindestens 60 % ihrer auf Jahresbasis berechneten gesamten Einsatzzeit für die Überwachung der Fischerei genutzt werden;
- Ausgaben für die Bewertung und Entwicklung von neuen Kontrolltechnologien sowie Verfahren zum Datenaustausch,
- operative Ausgaben im Zusammenhang mit der von der Kommission vorgenommenen Überwachung und Bewertung der Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik, insbesondere für Überprüfungs-, Inspektions- und Auditreisen, Ausrüstung und Schulung der Kommissionsbeamten, Organisation von oder Teilnahme an Sitzungen einschließlich des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten, Studien, IT-Dienstleistungen und -Dienstleister und das Chartern oder der Erwerb von Inspektionsmitteln durch die Kommission gemäß Titel X der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009,
- Unterstützung für die Durchführung von transnationalen Projekten zur Einrichtung und Erprobung von zwischenstaatlichen Systemen zur Kontrolle, Inspektion und Durchführung gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009,
- internationale Programme zur Schulung des für die Begleitung, Kontrolle und Überwachung von Fangtätigkeiten zuständigen Personals,
- Initiativen, auch in Form von Seminaren und Medieninstrumenten, zur Vereinheitlichung der Auslegung von Rechtsvorschriften und der sich daraus ergebenden Kontrollen innerhalb der Union.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 358 vom 31.12.2002, S. 59).

Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates vom 29. September 2008 über ein Gemeinschaftssystem zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (ABl. L 286 vom 29.10.2008, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1).

KAPITEL 11 06 — EUROPÄISCHER MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF) (Fortsetzung)**11 06 62** (Fortsetzung)

11 06 62 02 (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22).

Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1), insbesondere Artikel 86.

Verweise

Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission vom 11. April 2007 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 861/2006 des Rates in Bezug auf die Ausgaben, die den Mitgliedstaaten bei der Durchführung der Überwachungs- und Kontrollregelungen der gemeinsamen Fischereipolitik entstehen (ABl. L 97 vom 12.4.2007, S. 30).

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1).

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNG- SAUSGABEN IM POLITIK- BEREICH „REGIONAL- POLITIK UND STADTENT- WICKLUNG“	89 264 976	89 264 976			89 264 976	89 264 976
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONAL- POLITISCHE TÄTIGKEITEN	27 001 568 669	29 056 491 090		- 5 111 000 000	27 001 568 669	23 945 491 090
13 04	KOHÄSIONSFONDS	8 764 484 012	6 636 678 932			8 764 484 012	6 636 678 932
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRI- TORIALE ZUSAMMEN- ARBEIT	50 101 004	529 881 989			50 101 004	529 881 989
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	50 000 000	50 000 000			50 000 000	50 000 000
13 07	UNTERSTÜTZUNGSVE- RORDNUNG	33 212 000	23 782 000			33 212 000	23 782 000
	Titel 13 — Total	35 988 630 661	36 386 098 987		- 5 111 000 000	35 988 630 661	31 275 098 987

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN							
13 03 01	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (2000-2006)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 02	<i>Abschluss des Sonderprogramms zur Förderung von Frieden und Versöhnung in Nordirland und im Grenzgebiet Irlands (2000-2006)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 03	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 1 (aus der Zeit vor 2000)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 04	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (2000-2006)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 05	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Ziel 2 (aus der Zeit vor 2000)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 06	<i>Abschluss von URBAN (2000-2006)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 07	<i>Abschluss früherer Programme — Initiativen der Union (aus der Zeit vor 2000)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 08	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (2000-2006)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 09	<i>Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Technische Unterstützung und innovative Maßnahmen (aus der Zeit vor 2000)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 12	Beitrag der Union zum Internationalen Fonds für Irland	1,1	p.m.	3 000 000			p.m.	3 000 000
13 03 13	Abschluss der Initiative der Union Interreg III (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 14	Unterstützung der an Beitrittsländer angrenzenden Regionen — Abschluss früherer Programme (2000-2006)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 16	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz	1,2	p.m.	11 630 610 000		- 1 072 000 000	p.m.	10 558 610 000
13 03 17	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — PEACE	1,2	p.m.	20 000 000			p.m.	20 000 000
13 03 18	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	1,2	p.m.	2 302 998 509		- 1 097 000 000	p.m.	1 205 998 509
13 03 19	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2	p.m.	504 208 000		- 227 000 000	p.m.	277 208 000
13 03 20	Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Unterstützung	1,2	p.m.	4 770 484			p.m.	4 770 484
13 03 31	Abschluss der technischen Hilfe und Verbreitung von Informationen über die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum und Verbesserung des Wissens über Strategien für Makroregionen (2007-2013)	1,2	p.m.	558 015			p.m.	558 015
13 03 40	Abschluss der aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 41	<i>Abschluss der aus EFRE-Mitteln für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ finanzierten Risikoteilungsinstrumente (2007-2013)</i>	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 60	<i>Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“</i>	1,2	17 862 662 517	9 467 650 000		- 1 069 000 000	17 862 662 517	8 398 650 000
13 03 61	<i>Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“</i>	1,2	3 396 891 363	1 860 036 800		- 636 000 000	3 396 891 363	1 224 036 800
13 03 62	<i>Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“</i>	1,2	4 426 018 219	2 750 605 336		- 1 000 000 000	4 426 018 219	1 750 605 336
13 03 63	<i>Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“</i>	1,2	217 673 091	108 017 000		- 10 000 000	217 673 091	98 017 000
13 03 64	<i>Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit</i>							
13 03 64 01	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit	1,2	958 188 214	284 930 000			958 188 214	284 930 000
13 03 64 02	Beteiligung von Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern an EFRE/ETZ — Beitrag aus Rubrik 4 (IPA II)	4	5 171 292	1 500 000			5 171 292	1 500 000
13 03 64 03	Beteiligung der Länder der Europäischen Nachbarschaftspolitik am EFRE/ETZ — Beitrag aus Rubrik 4 (ENI)	4	1 414 450	264 000			1 414 450	264 000
	<i>Artikel 13 03 64 — Subtotal</i>		964 773 956	286 694 000			964 773 956	286 694 000

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 65	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe							
13 03 65 01	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Operative technische Hilfe	1,2	74 000 000	57 415 941			74 000 000	57 415 941
13 03 65 02	Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE) — Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats von der Kommission verwaltete operative technische Hilfe	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 13 03 65 — Subtotal		74 000 000	57 415 941			74 000 000	57 415 941
13 03 66	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung	1,2	52 049 523	48 649 262			52 049 523	48 649 262
13 03 67	Makroregionale Strategien 2014-2020 — Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum — Technische Unterstützung	1,2	p.m.	1 420 620			p.m.	1 420 620
13 03 68	Makroregionale Strategien 2014-2020 — Strategie der Europäischen Union für den Donaauraum — Technische Unterstützung	1,2	p.m.	750 000			p.m.	750 000
13 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
13 03 77 01	Pilotprojekt — Europaweite Koordinierung der Verfahren zur Eingliederung der Roma	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 02	Pilotprojekt — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Förderung eines günstigeren Umfelds für Kleinstkredite in Europa	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 04	Pilotprojekt — Nachhaltige Wiederbelebung von Vorstädten	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 05	Vorbereitende Maßnahme — RURBAN — Partnerschaft für eine nachhaltige städtische und ländliche Entwicklung	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 77	(Fortsetzung)							
13 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Förderung der regionalen und lokalen Zusammenarbeit durch Information über die Regionalpolitik der Union auf globaler Ebene	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Festlegung eines Governance-Modells für den Donauraum — Bessere und effizientere Koordinierung	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 08	Pilotprojekt — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	p.m.	315 452			p.m.	315 452
13 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Atlantisches Forum für die Atlantikstrategie der Europäischen Union	1,2	p.m.	334 000			p.m.	334 000
13 03 77 10	Vorbereitende Maßnahme — Flankierung des Übergangs von Mayotte und allen anderen potenziell betroffenen Gebieten zum Status eines Gebiets in äußerster Randlage	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 12	Vorbereitende Maßnahme — Verwirklichung einer gemeinsamen regionalen Identität, der Aussöhnung der Nationen und der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit, unter anderem durch eine gesamteuropäische Plattform für Fachwissen und Exzellenz in der Makroregion des Donauraums	1,2	p.m.	1 857 671			p.m.	1 857 671
13 03 77 13	Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung: die „Stufenleiter zur Spitzenforschung“	1,2	p.m.	2 100 000			p.m.	2 100 000
13 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Eine regionale Strategie für den Nordseeraum	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
 (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 03 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Weltstädte: Zusammenarbeit der EU mit Drittändern zur Stadtent- wicklung	1,2	1 500 000	1 500 000			1 500 000	1 500 000
13 03 77 16	Vorbereitende Maßnahme — Derzeitige und wünschenswerte Lage des wirtschaftlichen Potenzials in Regionen außerhalb der griechischen Hauptstadt Athen	1,2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
13 03 77 17	Vorbereitende Maßnahme — Zusammenarbeit zwischen EU und CELAC im Bereich terri- torialer Zusammenhalt	1,2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
13 03 77 18	Pilotprojekt — Kohäsionspolitik und Synergien mit den Mitteln für Forschung und Entwicklung: die „Stufenleiter zur Spitzenfor- schung“ – nächste Schritte	1,2	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
13 03 77 19	Vorbereitende Maßnahme — Förderung von Wachstum und guter Regierungsführung in rück- ständigen Gebieten	1,2	1 000 000	500 000			1 000 000	500 000
13 03 77 20	Vorbereitende Maßnahme — wirtschaftliche Wettbe- wertsvorteile und das Potenzial intelligenter Spezialisierung auf regionaler Ebene in Rumänien	1,2	2 000 000	1 000 000			2 000 000	1 000 000
Artikel 13 03 77 — Subtotal			7 500 000	9 107 123			7 500 000	9 107 123
Kapitel 13 03 — Total			27 001 568 669	29 056 491 090		- 5 111 000 000	27 001 568 669	23 945 491 090

Erläuterungen

Gemäß Artikel 175 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterstützt die Union das in Artikel 174 dargelegte Ziel des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Maßnahmen der Strukturfonds, zu denen auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zählt. Gemäß Artikel 176 ist es Aufgabe des EFRE, zum Ausgleich der wichtigsten regionalen Ungleichgewichte in der Union beizutragen. Die Aufgaben, die vorrangigen Ziele und die Organisation der Strukturfonds werden gemäß Artikel 177 festgelegt.

Gemäß Artikel 80 der Haushaltsordnung können Finanzkorrekturen vorgenommen werden, wenn Ausgaben nicht gemäß dem anwendbaren Recht getätigt wurden.

Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 100 und 102 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 und Artikel 85, 144 und 145 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 über Kriterien für Finanzkorrekturen durch die Kommission enthalten spezielle Regeln für Finanzkorrekturen beim EFRE.

Sämtliche Einnahmen aus Finanzkorrekturen, die auf dieser Grundlage vorgenommen wurden, werden in Artikel 6 5 1, 6 5 2, 6 5 3 oder 6 5 4 des Einnahmenplans ausgewiesen und stellen zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung dar.

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

Artikel 177 der Haushaltsordnung legt die Bedingungen für die Erstattung des vollen Betrags oder eines Teils der im Rahmen einer Transaktion geleisteten Vorauszahlungen fest.

Artikel 82 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 enthält spezielle Regeln für die Rückzahlung des Vorschusses im Rahmen des EFRE.

Erstattete Vorauszahlungen stellen interne zweckgebundene Einnahmen im Sinne von Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung dar und sind in Posten 6 1 5 0 oder Posten 6 1 5 7 auszuweisen.

Die Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung werden aus Artikel 24 02 01 finanziert.

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere die Artikel 174, 175, 176 und 177.

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39.

Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 213 vom 13.8.1999, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere die Artikel 82, 83, 100 und 102.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 21 Absätze 3 und 4 und die Artikel 80 und 177.

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

Verweise

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Berlin vom 24. und 25. März 1999.

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Brüssel vom 15. und 16. Dezember 2005.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013.

13 03 16 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Konvergenz

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	11 630 610 000		- 1 072 000 000	p.m.	10 558 610 000

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln sollen die noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Konvergenziels im Programmzeitraum 2007-2013 finanziert werden. Dieses Ziel soll die Konvergenz der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen durch die Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen beschleunigen.

Ein Teil dieser Mittel soll zur Behebung intraregionaler Disparitäten dienen, damit durch die allgemeine Entwicklungslage einer Region nicht Enklaven der Armut und benachteiligte Territorialeinheiten verdeckt werden.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

13 03 18 Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	2 302 998 509		- 1 097 000 000	p.m.	1 205 998 509

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

13 03 18 (Fortsetzung)

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel, das außerhalb der Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand zur Anwendung kommt, besteht in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung, unter Berücksichtigung der Ziele der Strategie Europa 2020.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

13 03 19 **Abschluss des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Europäische territoriale Zusammenarbeit**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
p.m.	504 208 000		- 227 000 000	p.m.	277 208 000

Erläuterungen

Diese Mittel dienen der Finanzierung der noch abzuwickelnden Verpflichtungen für Programme im Rahmen des EFRE-Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ im Programmplanungszeitraum 2007-2013. Dieses Ziel soll dazu beitragen, die territoriale und makroregionale Zusammenarbeit sowie den Erfahrungsaustausch auf der jeweiligen territorialen Ebene zu stärken.

Gemäß Artikel 105a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, geändert durch Anhang III Nummer 7 des Vertrags über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union (ABl. L 112 vom 24.4.2012), werden Programme und Großprojekte, die am Tag des Beitritts Kroatiens nach der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genehmigt sind und deren Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen ist, als von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 genehmigt angesehen, mit Ausnahme von Programmen, die nach den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und e der Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 genannten Komponenten genehmigt wurden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

13 03 60 *Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — weniger entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 862 662 517	9 467 650 000		- 1 069 000 000	17 862 662 517	8 398 650 000

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in weniger entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Der Aufholprozess für diese wirtschaftlich und sozial benachteiligten Regionen erfordert langfristige nachhaltige Anstrengungen. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf von weniger als 75 % des durchschnittlichen BIP der Union.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 03 61 *Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Übergangsregionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 396 891 363	1 860 036 800		- 636 000 000	3 396 891 363	1 224 036 800

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ im Programmplanungszeitraum 2014-2020 in einer neuen Kategorie von Regionen — den „Übergangsregionen“ — finanziert werden, die das Phasing-in- und Phasing-out-System des Programmplanungszeitraums 2007-2013 ersetzen. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen BIP der Union.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)

13 03 61 (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 03 62 **Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — entwickelte Gebiete — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
4 426 018 219	2 750 605 336		- 1 000 000 000	4 426 018 219	1 750 605 336

Erläuterungen

Mit diesen Mitteln soll die EFRE-Unterstützung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ in stärker entwickelten Regionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Die Interventionen in weniger entwickelten Regionen haben in der Kohäsionspolitik weiterhin Priorität; diese Mittel sind dafür bestimmt, wichtige Herausforderungen zu decken, die alle Mitgliedstaaten betreffen, wie globaler Wettbewerb in der wissensbasierten Wirtschaft, Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß und Verschärfung der sozialen Polarisierung aufgrund des derzeitigen wirtschaftlichen Klimas. Zu dieser Kategorie von Regionen zählen Regionen mit einem BIP pro Kopf von mehr als 90 % des durchschnittlichen BIP der Union.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

13 03 63 **Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) — Zusatzmittel für Regionen in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen — Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
217 673 091	108 017 000		- 10 000 000	217 673 091	98 017 000

KOMMISSION

KAPITEL 13 03 — EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLITISCHE TÄTIGKEITEN
(Fortsetzung)**13 03 63** (Fortsetzung)*Erläuterungen*

Mit diesen Mitteln soll die spezielle zusätzliche EFRE-Unterstützung im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ für Gebiete in äußerster Randlage und dünn besiedelte Gebiete im Programmplanungszeitraum 2014-2020 finanziert werden. Diese zusätzlichen Mittel sind dazu bestimmt, die besonderen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen die in Artikel 349 des Vertrags genannten Gebiete in äußerster Randlage sowie die in Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union über den Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden genannten nördlichen dünn besiedelten Gebiete konfrontiert sind.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeiner Bestimmung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

TITEL 17
GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „GESUNDHEIT UND LEBENS- MITTELSICHERHEIT“	101 836 432	101 836 432			101 836 432	101 836 432
17 03	ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT	214 853 000	226 241 000	- 9 900 000	- 9 900 000	204 953 000	216 341 000
17 04	LEBENSMITTEL- UND FUTTER- MITTELSICHERHEIT, TIERGE- SUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT	253 935 628	243 249 628	- 2 870 000	- 2 870 000	251 065 628	240 379 628
	Titel 17 — Total	570 625 060	571 327 060	- 12 770 000	- 12 770 000	557 855 060	558 557 060

KOMMISSION

TITEL 17

GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03	ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT							
17 03 01	Drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2014-2020)	3	56 451 000	48 500 000			56 451 000	48 500 000
17 03 10	Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten	3	53 683 000	53 683 000			53 683 000	53 683 000
17 03 11	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	3	76 244 000	76 075 000			76 244 000	76 075 000
17 03 12	Europäische Arzneimittel-Agentur							
17 03 12 01	Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur	3	14 503 000	14 503 000	- 9 900 000	- 9 900 000	4 603 000	4 603 000
17 03 12 02	Spezieller Beitrag für Arzneimittel für seltene Leiden („orphan drugs“)	3	9 972 000	9 972 000			9 972 000	9 972 000
	Artikel 17 03 12 — Subtotal		24 475 000	24 475 000	- 9 900 000	- 9 900 000	14 575 000	14 575 000
17 03 13	Internationale Übereinkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens und der Bekämpfung des Tabakkonsums	4	200 000	200 000			200 000	200 000
17 03 51	Abschluss der Programme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens	3	p.m.	16 000 000			p.m.	16 000 000
17 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
17 03 77 01	Pilotprojekt — Neue Beschäftigungssituation im Gesundheitssektor: bewährte Verfahren zur Verbesserung der Berufsausbildung und der beruflichen Qualifikationen der Beschäftigten im Gesundheitsbereich einschließlich des Aspekts ihrer Gehälter	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 03 77 02	Pilotprojekt — Komplexe Forschungstätigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Klimawandel — Verbesserung der Qualität der Innen- und Außenluft	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 03 77 03	Pilotprojekt — Konsum von Obst und Gemüse	2	p.m.	350 000			p.m.	350 000
17 03 77 04	Pilotprojekt — Gesunde Ernährung: frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung	2	p.m.	300 000			p.m.	300 000

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03 77	(Fortsetzung)							
17 03 77 05	Pilotprojekt — Entwicklung und Einführung erfolgreicher Strategien zur Prävention von Diabetes Typ 2	2	p.m.	400 000			p.m.	400 000
17 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe (AMR): Forschung über die Ursachen eines starken und unsachgemäßen Einsatzes von Antibiotika	2	p.m.	320 000			p.m.	320 000
17 03 77 07	Vorbereitende Maßnahme — Einrichtung eines Unionsnetzes von Sachverständigen im Bereich der individuellen Betreuung von Jugendlichen mit psychischen Problemen	3	p.m.	400 000			p.m.	400 000
17 03 77 08	Pilotprojekt — Europäisches Prävalenzprotokoll zur Früherkennung der Autismusspektrums-Störung in Europa	3	p.m.	630 000			p.m.	630 000
17 03 77 09	Pilotprojekt — Förderung der Eigenfürsorge in der Union	3	p.m.	600 000			p.m.	600 000
17 03 77 10	Pilotprojekt — Geschlechtsspezifische Mechanismen bei der koronaren Herzkrankheit in Europa	3	p.m.	297 000			p.m.	297 000
17 03 77 11	Vorbereitende Maßnahme — Verzehr von Obst und Gemüse	2	p.m.	225 000			p.m.	225 000
17 03 77 12	Pilotprojekt — Abbau gesundheitlicher Ungleichheit: Aufbau von Fachwissen und Bewertung von Maßnahmen	2	p.m.	450 000			p.m.	450 000
17 03 77 13	Pilotprojekt — Entwicklung faktengestützter Strategien zur Verbesserung der Gesundheit isolierter und schutzbedürftiger Menschen	2	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 03 77 14	Vorbereitende Maßnahme — Gesunde Ernährung: Frühe Lebensjahre und alternde Bevölkerung	2	p.m.	100 000			p.m.	100 000
17 03 77 15	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Studie über die mit Epilepsie einhergehende Belastung und die Epilepsiefürsorge	3	p.m.	246 000			p.m.	246 000

KOMMISSION

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03 77 16	Pilotprojekt — Auswirkungen der unterschiedlichen Umstände bei der Behandlung von Nierenkrankheiten und bei den Verfahren der Organspende und -transplantation auf die Kosten im Gesundheitswesen und den Behandlungserfolg	3	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 03 77 17	Pilotprojekt — Plattform zur Erhöhung der Organspenden in der Europäischen Union und ihren Nachbarstaaten: EUDONORG 2015-2016	3	p.m.	180 000			p.m.	180 000
17 03 77 18	Pilotprojekt — Verringerung der Benachteiligung von LGBTI-Personen im Gesundheitswesen	3	p.m.	135 000			p.m.	135 000
17 03 77 19	Pilotprojekt — Zugang zu Gesundheitsversorgung für Menschen in ländlichen Gebieten	3	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 03 77 20	Pilotprojekt — Einrichtung eines Registers für seltene angeborene Fehlbildungen (im Rahmen des Registers für seltene Krankheiten) unter Orientierung am Aufbau, an der Organisation und an den Erfahrungen des polnischen Registers für angeborene Fehlbildungen (PRCM)	3	100 000	50 000			100 000	50 000
17 03 77 21	Pilotprojekt — Bereitstellung von Unterstützung für Frauen, die mit Alkoholproblemen kämpfen, um — insbesondere während der Schwangerschaft — Risiken zu reduzieren.	3	350 000	150 000			350 000	150 000
17 03 77 22	Pilotprojekt — MentALLY	3	400 000	200 000			400 000	200 000
17 03 77 23	Pilotprojekt — Schwere psychische Störungen und Gewalttrisiko: Wege durch Versorgungsleistungen und effektive Behandlungsstrategien	3	1 200 000	500 000			1 200 000	500 000
17 03 77 24	Pilotprojekt — Gerechtere und effektivere Bewertung der Gesundheitsversorgung in der gesamten EU zur Verbesserung der Zusammenarbeit und des Know-how-Transfers	3	250 000	125 000			250 000	125 000

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 03 77 25	Pilotprojekt — INTEGRATE: Entwicklung integrierter Strategien für die Beobachtung und Behandlung chronischer und rheumatischer Erkrankungen; die Rolle von Qualität- sindikatoren und Patientenberichten über Behandlungserfolge zusätzlich zur ärztlichen Bewertung der Krankheits- aktivität und der Schäden	3	500 000	250 000			500 000	250 000
17 03 77 26	Pilotprojekt — Basispräventionskurse für Mädchen in Gebieten mit erhöhtem Brustkrebsrisiko	3	500 000	250 000			500 000	250 000
17 03 77 27	Pilotprojekt — Umverteilung von Nahrungsmitteln	3	500 000	250 000			500 000	250 000
	<i>Artikel 17 03 77 — Subtotal</i>		3 800 000	7 308 000			3 800 000	7 308 000
	Kapitel 17 03 — Total		214 853 000	226 241 000	- 9 900 000	- 9 900 000	204 953 000	216 341 000

17 03 12 Europäische Arzneimittel-Agentur

17 03 12 01 Beitrag der Union zur Europäischen Arzneimittel-Agentur

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
14 503 000	14 503 000	- 9 900 000	- 9 900 000	4 603 000	4 603 000

Erläuterungen

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die Personal- und Verwaltungsausgaben (Titel 1 und 2) sowie die operativen Ausgaben (Titel 3) der Agentur zu decken, die sich aus der Durchführung der Aufgaben ergeben, die in Artikel 57 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 vorgesehen sind.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Zu den bei diesem Posten eingesetzten Mitteln kommen — in Anwendung des EWR-Abkommens, insbesondere des Artikels 82 und des Protokolls Nr. 32 — die Beiträge der EFTA-Staaten hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen des Anhangs „Europäischer Wirtschaftsraum“ zum Ausgabenplan dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

KOMMISSION

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)**17 03 12** (Fortsetzung)

17 03 12 01 (Fortsetzung)

Die gemäß Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1271/2013 der Kommission zurückgezahlten Beträge gelten als zweckgebundene Einnahmen (Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe c der Haushaltsordnung), die unter Posten 6 6 0 0 des Einnahmenplans zu verbuchen sind.

Der Stellenplan der Agentur ist in Anhang „Personalbestand“ zu diesem Einzelplan enthalten.

Der Beitrag der Union für 2016 beläuft sich auf insgesamt 26 424 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 24 475 000 EUR erhöht sich um 1 949 000 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 297/95 des Rates vom 10. Februar 1995 über die Gebühren der Europäischen Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln (ABl. L 35 vom 15.2.1995, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. L 18 vom 22.1.2000, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1); ersetzt die Verordnung (EWG) Nr. 2309/93 des Rates.

Verweise

Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Tierarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 1).

Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67).

Verordnung (EG) Nr. 2049/2005 der Kommission vom 15. Dezember 2005 zur Festlegung, aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, von Regeln für die Entrichtung von Gebühren an die Europäische Arzneimittel-Agentur durch Kleinstunternehmen und kleine und mittlere Unternehmen sowie für deren administrative Unterstützung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (ABl. L 329 vom 16.12.2005, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7).

KAPITEL 17 03 — ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT (Fortsetzung)**17 03 12** (Fortsetzung)

17 03 12 01 (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 470/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände pharmakologisch wirksamer Stoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs, zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2001/82/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 152 vom 16.6.2009, S. 11).

Verordnung (EU) Nr. 1235/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2010 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zur Festlegung von Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur hinsichtlich der Pharmakovigilanz von Humanarzneimitteln und der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 1).

KOMMISSION

KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGE-
SUNDHEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
17 04	LEBENSMITTEL- UND FUTTERMIT- TELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGE- SUNDHEIT							
17 04 01	<i>Beitrag zu einem besseren Tiergesund- heitszustand und einem hohen Niveau des Tierschutzes in der Union</i>	3	171 925 000	144 840 000			171 925 000	144 840 000
17 04 02	<i>Gewährleistung des frühzeitigen Nachweises von Schadorganismen der Pflanzen und deren Tilgung</i>	3	12 000 000	6 100 000			12 000 000	6 100 000
17 04 03	<i>Gewährleistung wirksamer, effizienter und verlässlicher Kontrollen</i>	3	47 401 000	55 250 000			47 401 000	55 250 000
17 04 04	<i>Fonds für Sofortmaßnahmen im Bereich Tier- und Pflanzengesundheit</i>	3	19 000 000	18 000 000			19 000 000	18 000 000
17 04 07	<i>Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid- Gesetzgebung</i>	2	3 319 628	3 319 628	- 2 870 000	- 2 870 000	449 628	449 628
17 04 10	<i>Beiträge zu Internationalen Übere- inkommen und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflan- zengesundheit</i>	4	290 000	290 000			290 000	290 000
17 04 51	<i>Kontrollen der Lebens- und Futtermit- telsicherheit, Tiergesundheit, Tier- schutz und Pflanzengesundheit</i>	3	p.m.	15 000 000			p.m.	15 000 000
17 04 77	<i>Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen</i>							
17 04 77 01	Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk für Tierschutz	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 04 77 02	Vorbereitende Maßnahme — Kontroll- stellen (Aufenthaltsorte) im Zusammenhang mit Tiertransporten	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
17 04 77 03	Pilotprojekt — Entwicklung bewährter Verfahren beim Tiertransport	2	p.m.	300 000			p.m.	300 000
17 04 77 04	Pilotprojekt — Europäisches Netzwerk der Hofkäseereien und handwerklichen Käseerzeuger — Erstellung eines „Euro- päischen Leitfadens für gute Hygiene- praxis“	2	p.m.	150 000			p.m.	150 000
	<i>Artikel 17 04 77 — Subtotal</i>		p.m.	450 000			p.m.	450 000
	Kapitel 17 04 — Total		253 935 628	243 249 628	- 2 870 000	- 2 870 000	251 065 628	240 379 628

KAPITEL 17 04 — LEBENSMITTEL- UND FUTTERMITTELSICHERHEIT, TIERGESUNDHEIT, TIERSCHUTZ UND PFLANZENGESUNDHEIT
(Fortsetzung)

17 04 07 Europäische Chemikalienagentur — Tätigkeiten im Bereich der Biozid-Gesetzgebung

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
3 319 628	3 319 628	- 2 870 000	- 2 870 000	449 628	449 628

Erläuterungen

Vormals Posten 07 02 05 01

Diese Mittel sind zur Finanzierung der Personal-, Verwaltungs- und operativen Ausgaben der Agentur für Tätigkeiten zur Umsetzung der Biozid-Gesetzgebung bestimmt.

Die Agentur muss das Europäische Parlament und den Rat über Mittelübertragungen zwischen operativen Ausgaben und Verwaltungsausgaben unterrichten.

Die Beiträge, die die EFTA-Staaten nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, insbesondere nach Artikel 82 und nach dem Protokoll Nr. 32, leisten, kommen zu den in diesem Posten eingesetzten Mitteln hinzu. Bei diesen informationshalber angegebenen Beträgen handelt es sich um die bei Artikel 6 3 0 des Einnahmenplans ausgewiesenen Beiträge der EFTA-Staaten, die gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstaben e bis g der Haushaltsordnung zweckgebundene Einnahmen sind. Die entsprechenden Mittel werden im Rahmen der Anlage „Europäischer Wirtschaftsraum“ dieses Teils des Ausgabenplans dieses Einzelplans, der Bestandteil des Gesamthaushaltsplans ist, bereitgestellt und ausgeführt.

Der Stellenplan der Europäischen Chemikalienagentur ist im Anhang „Stellenplan“ zu diesem Band enthalten.

Der Beitrag der Union für 2016 beläuft sich auf insgesamt 3 650 000 EUR. Der im Haushalt ausgewiesene Betrag von 3 319 628 EUR erhöht sich um 330 372 EUR aus der Einziehung von Überschüssen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 334/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten hinsichtlich bestimmter Bedingungen für den Zugang zum Markt (ABl. L 103 vom 5.4.2014, S. 22).

KOMMISSION

TITEL 18
MIGRATION UND INNERES

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MIGRATION UND INNERES“	53 847 598	53 847 598	500 000	500 000	54 347 598	54 347 598
18 02	INNERE SICHERHEIT	1 089 208 867	849 121 556	70 000 000		1 159 208 867	849 121 556
18 03	ASYL UND MIGRATION	1 806 730 094	1 066 910 600	130 000 000		1 936 730 094	1 066 910 600
18 04	FÖRDERUNG DER UNIONS- BÜRGERSCHAFT	22 977 000	21 450 000			22 977 000	21 450 000
18 05	HORIZONT2020—FORSCH- UNG ZU SICHERHEIT	136 092 171	235 589 343			136 092 171	235 589 343
18 06	ANTIDROGENPOLITIK	17 236 000	17 324 000			17 236 000	17 324 000
18 07	INSTRUMENT FÜR DIE BEREITSTELLUNG VON SOFORTHILFE INNERHALB DER UNION	99 000 000	79 200 000	49 500 000	9 500 000	148 500 000	88 700 000
	Titel 18 — Total	3 225 091 730	2 323 443 097	250 000 000	10 000 000	3 475 091 730	2 333 443 097

TITEL 18
MIGRATION UND INNERES

KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MIGRATION UND INNERES“

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
18 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MIGRATION UND INNERES“				
18 01 01	Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit im Politikbereich „Migration und Inneres“	5,2	35 334 794		35 334 794
18 01 02	Externes Personal und sonstige Verwaltungsausgaben zur Unterstützung des Politikbereichs „Migration und Inneres“				
18 01 02 01	Externes Personal	5,2	2 352 155		2 352 155
18 01 02 11	Sonstige Verwaltungsausgaben	5,2	2 502 512		2 502 512
	<i>Artikel 18 01 02 — Subtotal</i>		4 854 667		4 854 667
18 01 03	Ausgaben für IKT-Ausstattung und -Dienstleistungen im Politikbereich „Migration und Inneres“	5,2	2 255 104		2 255 104
18 01 04	Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Migration und Inneres“				
18 01 04 01	Unterstützungsausgaben für den Fonds für die innere Sicherheit	3	2 325 000		2 325 000
18 01 04 02	Unterstützungsausgaben für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds	3	2 325 000		2 325 000
18 01 04 03	Unterstützungsausgaben für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	3	160 000		160 000
18 01 04 04	Unterstützungsausgaben für das Programm „Justiz“ — Drogenbekämpfung	3	100 000		100 000
18 01 04 05	Unterstützungsausgaben für die Soforthilfe innerhalb der Union	3	1 000 000	500 000	1 500 000
	<i>Artikel 18 01 04 — Subtotal</i>		5 910 000	500 000	6 410 000
18 01 05	Unterstützungsausgaben für Forschungs- und Innovationsprogramme im Politikbereich „Migration und Inneres“				
18 01 05 01	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für Beamte und Bedienstete auf Zeit	1,1	2 229 533		2 229 533
18 01 05 02	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Ausgaben für externes Personal	1,1	576 000		576 000
18 01 05 03	Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (Horizont 2020): Sonstige Verwaltungsausgaben	1,1	484 500		484 500
	<i>Artikel 18 01 05 — Subtotal</i>		3 290 033		3 290 033
18 01 06	Exekutivagenturen				
18 01 06 01	Exekutivagentur „Bildung, Audiovisuelles und Kultur“ — Beitrag aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	3	2 203 000		2 203 000
	<i>Artikel 18 01 06 — Subtotal</i>		2 203 000		2 203 000
	Kapitel 18 01 — Total		53 847 598	500 000	54 347 598

KOMMISSION

KAPITEL 18 01 — VERWALTUNGS-AUSGABEN DES POLITIKBEREICHS „MIGRATION UND INNERES“ (Fortsetzung)**18 01 04 Unterstützungsausgaben für die operativen Tätigkeiten und Programme im Politikbereich „Migration und Inneres“**

18 01 04 05 Unterstützungsausgaben für die Soforthilfe innerhalb der Union

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017	Neuer Betrag
1 000 000	500 000	1 500 000

*Erläuterungen**Neuer Posten*

Diese Mittel sind dazu bestimmt, die unmittelbar mit der Verwirklichung der Ziele der Soforthilfe verbundenen Unterstützungsausgaben zu decken. Hierzu zählen unter anderem:

- Vorbereitungs-, Überwachungs-, Kontroll-, Rechnungsprüfungs- und Bewertungstätigkeiten,
- Entwicklung, Pflege, Betrieb und Unterstützung von Informationssystemen für den internen Gebrauch und zur Verbesserung der Koordinierung zwischen der Kommission und anderen Institutionen, den nationalen Verwaltungen, Agenturen, Nichtregierungsorganisationen, anderen Partnern im Bereich der Soforthilfe und den Sachverständigen vor Ort.
- Studien, Sachverständigensitzungen, Informationen und Veröffentlichungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwirklichung der Zielsetzung der Maßnahme stehen.
- allen weiteren Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, die keine hoheitlichen Aufgaben beinhalten und von der Kommission im Rahmen von Ad-hoc-Dienstleistungsverträgen vergeben werden.

Etwaige Einnahmen aus Finanzbeiträgen öffentlicher und privater Geber, die unter dem Posten 6 0 2 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Siehe Artikel 18 07 01.

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 02	INNERE SICHERHEIT							
18 02 01	Fonds für die innere Sicherheit							
18 02 01 01	Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumpolitik zur Erleichterung legaler Reisen	3	487 653 803	214 436 438	70 000 000		557 653 803	214 436 438
18 02 01 02	Verhinderung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und bessere Bewältigung sicherheitsrelevanter Risiken und Krisen	3	155 555 064	78 737 456			155 555 064	78 737 456
18 02 01 03	Aufbau neuer IT-Systeme zur Unterstützung der Steuerung der Migration über die Außengrenzen der Union	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 18 02 01 — Subtotal		643 208 867	293 173 894	70 000 000		713 208 867	293 173 894
18 02 02	Schengen-Fazilität für Kroatien	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
18 02 03	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex)	3	238 686 000	238 686 000			238 686 000	238 686 000
18 02 04	Europäisches Polizeiamt (Europol)	3	99 660 000	99 660 000			99 660 000	99 660 000
18 02 05	Europäische Polizeiakademie (CEPOL)	3	8 411 000	8 411 000			8 411 000	8 411 000
18 02 07	Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht (eu-LISA)	3	80 022 000	80 022 000			80 022 000	80 022 000
18 02 08	Schengener Informationssystem (SIS II)	3	9 610 500	13 398 000			9 610 500	13 398 000
18 02 09	Visa-Informationssystem (VIS)	3	9 610 500	16 285 000			9 610 500	16 285 000
18 02 51	Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Außengrenzen, Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte	3	p.m.	99 485 662			p.m.	99 485 662
18 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
18 02 77 01	Pilotprojekt — Abschluss der Terrorismusbekämpfung	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 02 77	(Fortsetzung)							
18 02 77 02	Pilotprojekt — Neue integrierte Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor zur Feststellung der Risiken von Sportwetten	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Artikel 18 02 77 — Subtotal		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Kapitel 18 02 — Total		1 089 208 867	849 121 556	70 000 000		1 159 208 867	849 121 556

18 02 01 Fonds für die innere Sicherheit

18 02 01 01 Unterstützung des Grenzmanagements und der gemeinsamen Visumpolitik zur Erleichterung legaler Reisen

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
487 653 803	214 436 438	70 000 000		557 653 803	214 436 438

Erläuterungen

Der Fonds für die innere Sicherheit trägt zur Verwirklichung folgender spezifischer Ziele bei:

- Unterstützung einer gemeinsamen Visumpolitik, um den legalen Reiseverkehr zu erleichtern, Visumantragstellern eine hohe Dienstleistungsqualität zu bieten, die Gleichbehandlung von Drittstaatsangehörigen sicherzustellen und die illegale Einwanderung zu unterbinden;
- Unterstützung des integrierten Grenzmanagements, auch durch Förderung einer weiteren Harmonisierung von Maßnahmen, die mit dem Grenzmanagement im Zusammenhang stehen, nach Maßgabe der gemeinsamen Unionsnormen und durch die Weitergabe von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und Frontex, damit einerseits ein einheitliches und hohes Maß an Kontrolle und Schutz der Außengrenzen, auch durch die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, und andererseits ein reibungsloses Überschreiten der Außengrenzen entsprechend dem Schengen-Besitzstand sichergestellt werden und gleichzeitig der Zugang zu internationalem Schutz für diejenigen, die ihn benötigen, im Einklang mit den durch die Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und unter gebührender Berücksichtigung der Besonderheiten der betroffenen Menschen und der Geschlechterperspektive, garantiert wird.

Die Mittel decken die Ausgaben für Maßnahmen in oder von Mitgliedstaaten, insbesondere für:

- Infrastrukturen sowie Gebäude und Systeme, die an Grenzübergangsstellen und zur Überwachung zwischen Grenzübergangsstellen erforderlich sind, um unbefugte Grenzübertritte, illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen und einen reibungslosen Reiseverkehr sicherzustellen;
- Geräte, Transportmittel und Kommunikationssysteme, die für wirksame und sichere Grenzkontrollen und das Aufspüren von Personen benötigt werden;
- IT- und Kommunikationssysteme für die effiziente Steuerung von Migrationsströmen über die Grenzen, einschließlich Investitionen in bestehende und künftige Systeme;

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01 (Fortsetzung)**

18 02 01 01 (Fortsetzung)

- Infrastrukturen, Gebäude, Kommunikations- und IT-Systeme sowie Geräte, die für die Bearbeitung von Visumanträgen und die konsularische Zusammenarbeit benötigt werden, sowie sonstige Maßnahmen, durch die die Qualität der Dienstleistungen für Visumantragsteller verbessert werden soll;
- Schulungen zum Einsatz der genannten Geräte und Systeme und Förderung der Qualitätsmanagementstandards sowie Schulung des Grenzschutzpersonals, gegebenenfalls auch in Drittländern, im Hinblick auf die Wahrnehmung ihrer Überwachungs-, Beratungs- und Kontrollaufgaben, wozu auch die Ermittlung von Opfern von Menschenhandel und Schleusungskriminalität gehört, und zwar im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsgrundsätzen und unter Beachtung eines gleichstellungsorientierten Ansatzes;
- Entsendung von Verbindungsbeamten für Einwanderungsangelegenheiten und Dokumentenberatern in Drittländer sowie Austausch und Entsendung von Grenzschutzpersonal zwischen den Mitgliedstaaten oder zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittland;
- Studien, Schulungen, Pilotprojekte und andere Maßnahmen, durch die ein integriertes Außengrenzenmanagement gemäß Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 schrittweise eingeführt wird, einschließlich Maßnahmen, die auf eine verstärkte behördliche Zusammenarbeit innerhalb der und zwischen den Mitgliedstaaten abzielen, sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit der Interoperabilität und Harmonisierung von Grenzmanagementsystemen;
- Studien, Pilotprojekte und Maßnahmen, die der Umsetzung von Empfehlungen, operativen Normen und bewährten Verfahren dienen, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union zurückgehen.

Die Mittel decken auch die Ausgaben für Maßnahmen mit Bezug zu und in Drittländern, insbesondere:

- Informationssysteme, Instrumente oder Geräte für den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern;
- Maßnahmen, die auf eine verstärkte operative Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten und Drittländern abzielen, einschließlich gemeinsamer Aktionen;
- Projekte in Drittländern, durch die Überwachungssysteme verbessert werden sollen, um eine Zusammenarbeit mit Eurosur zu ermöglichen;
- Studien, Seminare, Workshops, Konferenzen, Schulungen, Vorrichtungen und Pilotprojekte, um Drittländern ad hoc technisches und operatives Know-how zur Verfügung zu stellen;
- Studien, Seminare, Workshops, Konferenzen, Schulungen, Vorrichtungen und Pilotprojekte zur Umsetzung spezifischer Empfehlungen, operativer Normen und bewährter Verfahren, die auf die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Einrichtungen der Union in Drittländern zurückgehen.

Diese Mittel decken auch entgangene Gebühren für Transitvisa und zusätzliche Kosten infolge der Durchführung der Regelung über das Dokument für den erleichterten Transit (FTD) und das Dokument für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates 14. April 2003 zur Einführung eines Dokuments für den erleichterten Transit (FTD) und eines Dokuments für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) sowie zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion und des Gemeinsamen Handbuchs (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 8) und der Verordnung (EG) Nr. 694/2003 des Rates vom 14. April 2003 über einheitliche Formate von Dokumenten für den erleichterten Transit (FTD) und Dokumenten für den erleichterten Transit im Eisenbahnverkehr (FRTD) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 693/2003 (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 15).

KOMMISSION

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01** (Fortsetzung)

18 02 01 01 (Fortsetzung)

Auf Initiative der Kommission können diese Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Um förderfähig zu sein, müssen diese Maßnahmen insbesondere die nachstehenden Ziele verfolgen:

- Beitrag zu Vorbereitungs-, Monitoring-, Verwaltungs- und technischen Maßnahmen, die für die Durchführung der Außengrenzen- und Visapolitik erforderlich sind, auch zur Stärkung der Governance des Schengenraums durch Ausarbeitung und Durchführung des Evaluierungsmechanismus aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutivausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27), sowie Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und des Schengener Grenzkodex, insbesondere Reisekosten für Sachverständige der Kommission und der Mitgliedstaaten, die an Besuchen vor Ort teilnehmen;
- Verbesserung des Wissensstands und der Kenntnis der Lage in den Mitgliedstaaten und in Drittländern mittels der Analysen, Evaluierungen und enger Überwachung der Maßnahmen;
- Förderung der Entwicklung statistischer Instrumente, einschließlich gemeinsamer statistischer Instrumente, Methoden und gemeinsamer Indikatoren mit nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten;
- Förderung und Überwachung der Umsetzung des Unionsrechts und der politischen Ziele der Union in den Mitgliedstaaten sowie Bewertung ihres Erfolgs und ihrer Wirkung, auch in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, soweit der Geltungsbereich des Instruments betroffen ist;
- Förderung der Vernetzung, des gegenseitigen Lernens sowie der Ermittlung und Weitergabe bewährter Verfahren und innovativer Ansätze unter verschiedenen Beteiligten auf europäischer Ebene;
- Förderung von Projekten, die auf die Harmonisierung und Interoperabilität von mit dem Grenzmanagement im Zusammenhang stehenden Maßnahmen nach Maßgabe der gemeinsamen Unionsnormen abzielen, um ein integriertes europäisches Grenzmanagementsystem aufzubauen;
- Sensibilisierung der Beteiligten und der Öffentlichkeit für die Strategien und Ziele der Union, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Union nach außen;
- Stärkung der Fähigkeit europäischer Netzwerke, die Strategien und Ziele der Union zu fördern, zu unterstützen und weiterzuentwickeln;
- Förderung besonders innovativer Projekte zur Entwicklung neuer Methoden und/oder Technologien, die sich möglicherweise auf andere Mitgliedstaaten übertragen lassen, vor allem Projekte zur Erprobung und Validierung von Forschungsprojekten;
- Unterstützung von Maßnahmen mit Bezug zu oder in Drittländern gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1053/2013;
- Sensibilisierungs-, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Prioritäten und Erfolgen der Unionspolitik im Bereich Inneres.

KAPITEL 18 02 — INNERE SICHERHEIT (Fortsetzung)**18 02 01** (Fortsetzung)

18 02 01 01 (Fortsetzung)

Diese Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage, d. h. einer von außergewöhnlichem, dringendem Druck geprägten Situation, in der eine große oder unverhältnismäßige Anzahl von Drittstaatsangehörigen die Außengrenzen eines Mitgliedstaats oder mehrerer Mitgliedstaaten überschreiten oder voraussichtlich überschreiten werden, dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Diese Mittel sind für die Erstattung von Kosten gedacht, die den Sachverständigen der Kommission und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Besuchen vor Ort entstehen (Reise- und Unterbringungskosten), bei denen die Anwendung des Schengen-Besitzstands bewertet wird. Hinzu kommen Kosten für Waren und Ausrüstungsgegenstände, die für die Evaluierungsbesuche vor Ort sowie deren Vorbereitung und Follow-up erforderlich sind.

Etwaige Einnahmen aus den Beiträgen Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins, die bei Posten 6 3 1 3 des Einnahmenplans eingesetzt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1053/2013 des Rates vom 7. Oktober 2013 zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands und zur Aufhebung des Beschlusses des Exekutiv Ausschusses vom 16. September 1998 bezüglich der Errichtung des Ständigen Ausschusses Schengener Durchführungsübereinkommen (ABl. L 295 vom 6.11.2013, S. 27).

Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 112).

Verordnung (EU) Nr. 515/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 574/2007/EG (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 143).

KOMMISSION

KAPITEL 18 03 — ASYL UND MIGRATION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 03	ASYL UND MIGRATION							
18 03 01	Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds							
18 03 01 01	Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Solidarität und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten	3	1 473 487 626	704 850 000	130 000 000		1 603 487 626	704 850 000
18 03 01 02	Unterstützung der legalen Einwanderung in die Union, Förderung der wirksamen Integration von Drittstaatsangehörigen und Ausbau fairer und wirksamer Rückführungsstrategien	3	314 476 868	216 910 000			314 476 868	216 910 000
	<i>Artikel 18 03 01 — Subtotal</i>		1 787 964 494	921 760 000	130 000 000		1 917 964 494	921 760 000
18 03 02	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen	3	18 665 600	18 665 600			18 665 600	18 665 600
18 03 03	Europäische Fingerabdruck-Datenbank (Eurodac)	3	100 000	100 000			100 000	100 000
18 03 51	Abschluss von Maßnahmen und Programmen im Bereich Rückkehr, Flüchtlinge und Migrationsströme	3	p.m.	125 000 000			p.m.	125 000 000
18 03 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
18 03 77 01	Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Organisation der Rückkehr im Bereich Migration	3	—	—			—	—
18 03 77 03	Vorbereitende Maßnahme — Abschluss der Integration von Drittstaatsangehörigen	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
18 03 77 04	Pilotprojekt — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen	3	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 18 03 — ASYL UND MIGRATION (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 03 77	(Fortsetzung)							
18 03 77 05	Pilotprojekt — Mittel für Folteropfer	3	p.m.	560 000			p.m.	560 000
18 03 77 06	Vorbereitende Maßnahme — Neuansiedlung von Flüchtlingen in Notsituationen	3	p.m.	300 000			p.m.	300 000
18 03 77 07	Pilotprojekt — Untersuchung von Aufnahme-, Schutz- und Integrationsstrategien für unbegleitete Minderjährige in der Union	3	p.m.	285 000			p.m.	285 000
18 03 77 08	Vorbereitende Maßnahme — Netzwerk für Kontakte und Diskussionen zwischen betroffenen Gemeinden und Gebietskörperschaften zum Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Bereich der Wiederansiedlung und Integration von Flüchtlingen	3	p.m.	150 000			p.m.	150 000
18 03 77 09	Vorbereitende Maßnahme — Finanzierung der Rehabilitation von Folteropfern	3	p.m.	90 000			p.m.	90 000
18 03 77 10	Pilotprojekt — Abschluss der Unterstützung für Folteropfer	4	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	<i>Artikel 18 03 77 — Subtotal</i>		p.m.	1 385 000			p.m.	1 385 000
	Kapitel 18 03 — Total		1 806 730 094	1 066 910 600	130 000 000		1 936 730 094	1 066 910 600

18 03 01 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

18 03 01 01 Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Solidarität und Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
1 473 487 626	704 850 000	130 000 000		1 603 487 626	704 850 000

Erläuterungen

Die Mittel sollen vor allem zur Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension, beitragen sowie zur Stärkung der Solidarität und der Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten, insbesondere gegenüber den von den Migrations- und Asylströmen am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten, auch im Wege der praktischen Zusammenarbeit

KOMMISSION

KAPITEL 18 03 — ASYL UND MIGRATION (Fortsetzung)**18 03 01** (Fortsetzung)

18 03 01 01 (Fortsetzung)

Bezüglich des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems decken die Mittel die Ausgaben für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Aufnahme- und Asylsystemen und für Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazität der Mitgliedstaaten zur Gestaltung, Überwachung und Evaluierung ihrer Asylpolitik.

Die Mittel decken auch die Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Neuansiedlung, Überstellung von Personen, die internationalen Schutz beantragt haben oder genießen, und sonstigen Ad-hoc-Aufnahmen aus humanitären Gründen.

Auf Initiative der Kommission können die Mittel verwendet werden, um länderübergreifende Maßnahmen oder Maßnahmen zu finanzieren, die für die Union von besonderem Interesse sind. Diese Maßnahmen zielen insbesondere ab auf:

- Förderung der Zusammenarbeit in der Union bei der Umsetzung des Unionsrechts und beim Austausch bewährter Vorgehensweisen im Asylbereich, insbesondere im Bereich der Neuansiedlung und der Überstellung von Personen, die internationalen Schutz beantragt haben und/oder genießen, von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat, einschließlich durch Vernetzung und Informationsaustausch, einschließlich Unterstützung bei der Ankunft und Koordinierungsmaßnahmen zur Förderung der Umsiedlung bei Gemeinschaften, die umgesiedelte Flüchtlinge aufnehmen sollen;
- Einrichtung von länderübergreifenden Kooperationsnetzen und von Pilotprojekten, einschließlich innovativer Projekte, auf der Grundlage von länderübergreifenden Partnerschaften zwischen Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten, die zur Stimulierung der Innovation sowie zur Erleichterung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen gebildet werden;
- Untersuchungen und Forschungsarbeiten zu möglichen neuen Formen der Zusammenarbeit in der Union im Bereich Asyl und einschlägigem Unionsrecht sowie die Verbreitung und der Austausch von Informationen über bewährte Verfahren und sämtliche übrigen Aspekte der Asylpolitik, einschließlich der Vermittlung der politischen Prioritäten der Europäischen Union nach außen;
- Entwicklung und Anwendung von gemeinsamen Statistikinstrumenten, -methoden und -indikatoren zur Messung politischer Entwicklungen im Bereich Asyl durch die Mitgliedstaaten;
- Vorbereitungs-, Monitoring-, Verwaltungs- und technische Maßnahmen sowie Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus, die zur Umsetzung der Asylpolitik erforderlich sind;
- Zusammenarbeit mit Drittländern auf der Grundlage des Gesamtansatzes der Union für Migration und Mobilität, insbesondere im Rahmen der Durchführung von Mobilitätspartnerschaften und regionalen Schutzprogrammen;
- Sensibilisierungs-, Informations- und Kommunikationsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Prioritäten und Erfolgen der Unionspolitik im Bereich Inneres.

Die Mittel decken auch die finanzielle Unterstützung, um in einer Notlage dringenden spezifischen Erfordernissen gerecht werden zu können.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 514/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und das Instrument für die finanzielle Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung und des Krisenmanagements (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 112).

KAPITEL 18 03 — ASYL UND MIGRATION (Fortsetzung)**18 03 01** (Fortsetzung)

18 03 01 01 (Fortsetzung)

Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Einrichtung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, zur Änderung der Entscheidung 2008/381/EG des Rates und zur Aufhebung der Entscheidungen Nr. 573/2007/EG und Nr. 575/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Entscheidung 2007/435/EG des Rates (ABl. L 150 vom 20.5.2014, S. 168).

Beschluss (EU) 2015/1523 des Rates vom 14. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland (ABl. L 239 vom 15.9.2015, S. 146).

Beschluss (EU) 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 80).

KOMMISSION

KAPITEL 18 07 — INSTRUMENT FÜR DIE BEREITSTELLUNG VON SOFORTHILFE INNERHALB DER UNION

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
18 07	INSTRUMENT FÜR DIE BEREITSTELLUNG VON SOFORTHILFE INNERHALB DER UNION							
18 07 01	Soforthilfe innerhalb der Union		99 000 000	79 200 000	49 500 000	9 500 000	148 500 000	88 700 000
	Kapitel 18 07 — Total		99 000 000	79 200 000	49 500 000	9 500 000	148 500 000	88 700 000

Erläuterungen

Neues Kapitel

18 07 01 Soforthilfe innerhalb der Union

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
99 000 000	79 200 000	49 500 000	9 500 000	148 500 000	88 700 000

Erläuterungen

Neuer Artikel

Aus diesen Mitteln sollen Soforthilfemaßnahmen finanziert werden, die zur Deckung eines dringenden und außergewöhnlichen Bedarfs in den Mitgliedstaaten infolge von Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Katastrophen wie einem plötzlichen und massiven Zustrom von Drittstaatsangehörigen (Flüchtlingen und Migranten) in ihr Hoheitsgebiet ergriffen werden.

Das kann in Form von bedarfsorientierten Sofortmaßnahmen in Ergänzung zu den Maßnahmen der betroffenen Mitgliedstaaten und mit dem Ziel der Rettung von Leben, der Vermeidung und Linderung menschlichen Leids und der Wahrung der Menschenwürde sichergestellt werden. Die Sofortmaßnahmen können Hilfs-, Unterstützungs- und bei Bedarf Schutzmaßnahmen zur Rettung und Erhaltung von Menschenleben in und unmittelbar nach Katastrophen umfassen. Diese Mittel sind auch für den Kauf und die Bereitstellung aller für die Durchführung dieser Soforthilfemaßnahmen erforderlichen Güter oder Materialien bestimmt, einschließlich des Baus von Wohnungen und Unterkünften für die betroffenen Menschen, für kurzfristige Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen, insbesondere von Anlagen, für die Lagerung, die Beförderung, die logistische Unterstützung und die Verteilung der Hilfe sowie für alle anderen Maßnahmen, die dazu dienen, den freien Zugang zu den Hilfeempfängern zu erleichtern.

Die Mittel können zur Finanzierung des Kaufs und der Bereitstellung von Lebensmitteln oder sonstigen Produkten oder Ausrüstungen verwendet werden, die zur Durchführung der Soforthilfemaßnahmen erforderlich sind.

Mit diesen Mitteln sollen zudem etwaige sonstige Kosten in direktem Zusammenhang mit der Durchführung der Soforthilfemaßnahmen sowie die Kosten für die frist- und bedarfsgerechte, möglichst transparente Abwicklung der dafür erforderlichen Maßnahmen finanziert werden, wobei eine optimale Kosten/Nutzen-Relation erzielt werden soll.

Etwaige Einnahmen aus Finanzbeiträgen öffentlicher und privater Geber, die unter dem Posten 6 0 2 1 des Einnahmenplans ausgewiesen werden, können als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) 2016/369 des Rates vom 15. März 2016 über die Bereitstellung von Soforthilfe innerhalb der Union (ABL L 70 vom 16.3.2016, S. 1).

TITEL 32**ENERGIE**

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „ENERGIE“	82 340 477	82 340 477			82 340 477	82 340 477
32 02	KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIE	641 188 400	374 741 196	- 73 908 000		567 280 400	374 741 196
32 03	KERNENERGIE	163 258 000	174 900 000			163 258 000	174 900 000
32 04	HORIZONT2020—FORSCH- UNG UND INNOVATION IM ENERGIESEKTOR	324 676 361	426 866 961			324 676 361	426 866 961
32 05	ITER	320 212 092	448 897 012			320 212 092	448 897 012
	Titel 32 — Total	1 531 675 330	1 507 745 646	- 73 908 000		1 457 767 330	1 507 745 646

KOMMISSION

TITEL 32**ENERGIE****KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN**

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 02	KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN							
32 02 01	Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“							
32 02 01 01	Förderung der weiteren Integration des Energiebinnenmarkts und der grenzübergreifenden Interoperabilität der Strom- und Gasnetze	1,1	182 235 000	43 223 000			182 235 000	43 223 000
32 02 01 02	Steigerung der Energieversorgungssicherheit der Union	1,1	182 235 000	43 223 000			182 235 000	43 223 000
32 02 01 03	Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des Umweltschutzes	1,1	182 235 818	43 223 000			182 235 818	43 223 000
32 02 01 04	Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte	1,1	73 908 000	31 201 614	- 73 908 000		p.m.	31 201 614
	<i>Artikel 32 02 01 — Subtotal</i>		620 613 818	160 870 614	- 73 908 000		546 705 818	160 870 614
32 02 02	Unterstützende Tätigkeiten für die Europäische Energiepolitik und den Energiebinnenmarkt	1,1	5 098 000	5 000 000			5 098 000	5 000 000
32 02 03	Sicherheit der Energieanlagen und -infrastrukturen	1,1	312 000	436 000			312 000	436 000
32 02 10	Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)	1,1	15 164 582	15 164 582			15 164 582	15 164 582
32 02 51	Abschluss der finanziellen Unterstützung von Projekten des trans-europäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind	1,1	p.m.	15 000 000			p.m.	15 000 000
32 02 52	Abschluss von Energievorhaben zur Konjunkturbelebung	1,1	p.m.	176 000 000			p.m.	176 000 000
32 02 77	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen							
32 02 77 01	Pilotprojekt zur Sicherheit der Energieversorgung — Schiefegas	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.

KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN (Fortsetzung)

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
32 02 77	(Fortsetzung)							
32 02 77 02	Vorbereitende Aktion — Mechanismen der Zusammenarbeit bei der Durchführung der Richtlinie 2009/28/EG über Energie aus erneuerbaren Quellen	2	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
32 02 77 05	Vorbereitende Maßnahme — Europäische Inseln für eine gemeinsame Energiepolitik	1,1	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
32 02 77 06	Pilotprojekt — Technisch-wirtschaftliche Modelle für Fernwärmenetze aus mehreren Quellen	2	p.m.	1 250 000			p.m.	1 250 000
32 02 77 07	Pilotprojekt — Machbarkeitsstudie zur Finanzierung von kostengünstigen Energieeffizienzmaßnahmen in einkommensschwachen Haushalten	1,1	p.m.	20 000			p.m.	20 000
32 02 77 08	Pilotprojekt — Brennstoff-/Energiearmut — Bewertung der Auswirkungen der Krise und Überprüfung bestehender und möglicher neuer Maßnahmen in den Mitgliedstaaten	1,1	p.m.	1 000 000			p.m.	1 000 000
	<i>Artikel 32 02 77 — Subtotal</i>		p.m.	2 270 000			p.m.	2 270 000
	Kapitel 32 02 — Total		641 188 400	374 741 196	- 73 908 000		567 280 400	374 741 196

32 02 01 **Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“**

32 02 01 04 Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen in Energieprojekte

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
73 908 000	31 201 614	- 73 908 000		p.m.	31 201 614

Erläuterungen

Diese Mittel sind zur Deckung von Ausgaben für den Beitrag der Union zu Finanzierungsinstrumenten bestimmt, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ geschaffen wurden und mit denen der Zugang zu langfristigen Finanzierungen oder Ressourcen privater Investoren ermöglicht und erleichtert und somit die Finanzierung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39) förderfähig sind, beschleunigt oder ermöglicht werden soll. Die Finanzierungsinstrumente werden nach einer Ex-ante-Bewertung gemäß Artikel 224 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1) als Kreditinstrument oder Eigenkapitalinstrument eingerichtet. Sie sollen im Sinne der Haushaltsordnung im Rahmen der direkten Verwaltung von den betrauten Einrichtungen oder gemeinsam mit den betrauten Einrichtungen umgesetzt werden.

KOMMISSION

KAPITEL 32 02 — KONVENTIONELLE UND ERNEUERBARE ENERGIEN (Fortsetzung)**32 02 01** (Fortsetzung)

32 02 01 04 (Fortsetzung)

Rückzahlungen im Rahmen von Finanzierungsinstrumenten gemäß Artikel 140 Absatz 6 der Haushaltsordnung, einschließlich Rückflüsse, freigegebene Garantien und Erstattungen auf den Darlehensbetrag, die der Kommission erstattet werden und in Posten 6 3 4 1 des Einnahmenplans veranschlagt werden, können gemäß Artikel 21 Absatz 3 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 913/2010 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 680/2007 und (EG) Nr. 67/2010 (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 129).

TITEL 40
RESERVEN

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 01	RESERVE FÜR VERWALTUNG- SAUSGABEN	3 426 739	3 426 739			3 426 739	3 426 739
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTER- VENTIONEN	557 957 750	392 345 750	- 3 830 000	- 176 735 000	554 127 750	215 610 750
40 03	NEGATIVRESERVE	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
	Titel 40 — Total	561 384 489	395 772 489	- 3 830 000	- 176 735 000	557 554 489	219 037 489

KOMMISSION

TITEL 40
RESERVEN

KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/ 2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
40 02	RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN							
40 02 40	Nichtgetrennte Mittel		p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
40 02 41	Getrennte Mittel		83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750
40 02 42	Soforthilfereserve	9	309 000 000	309 000 000		- 170 000 000	309 000 000	139 000 000
40 02 43	Reserve für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung	9	165 612 000	p.m.			165 612 000	p.m.
	Kapitel 40 02 — Total		557 957 750	392 345 750	- 3 830 000	- 176 735 000	554 127 750	215 610 750

40 02 41 **Getrennte Mittel**

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
83 345 750	83 345 750	- 3 830 000	- 6 735 000	79 515 750	76 610 750

Erläuterungen

Die Mittel des Titels „Reserven“ sind ausschließlich für die folgenden beiden Situationen bestimmt: a) wenn zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans für die betreffende Maßnahme noch kein Basisrechtsakt existiert; b) wenn ernsthafte Zweifel daran bestehen, ob die bei einer Haushaltslinie eingesetzten Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs ausreichen bzw. ob sie ordnungsgemäß und nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung in Anspruch genommen werden können. Die Mittel dieses Artikels dürfen nur nach Übertragung gemäß dem Verfahren des Artikels 27 der Haushaltsordnung verwendet werden.

Der Gesamtbetrag der Mittel schlüsselt sich auf wie folgt (Verpflichtungsermächtigungen, Zahlungsermächtigungen):

1.	Artikel	11 03 01	Schaffung der rechtlichen Basis für Fangtätigkeiten von Fischereifahrzeugen der Union in Drittlandgewässern durch nachhaltige Fischereiabkommen	79 515 750	76 610 750
			Insgesamt	79 515 750	76 610 750

KAPITEL 40 02 — RESERVE FÜR FINANZINTERVENTIONEN (Fortsetzung)**40 02 41** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1).

40 02 42 *Soforthilfereserve*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
309 000 000	309 000 000		- 170 000 000	309 000 000	139 000 000

Erläuterungen

Mit der Soforthilfereserve (EAR) soll im Fall von Ereignissen, die bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht vorhersehbar waren, rasch ein punktueller Bedarf an Hilfeleistungen für Drittländer gedeckt werden; sie ist vorrangig für humanitäre Zwecke bestimmt, sofern die Umstände es erfordern, aber auch für Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements und des Katastrophenschutzes sowie für besondere Belastungssituationen, die durch den Zustrom von Migranten an den Außengrenzen der Union entstehen.

Für die Mittelausstattung dieser Reserve wird ein jährlicher Betrag von 280 000 000 EUR (zu Preisen von 2011) zur Verfügung gestellt, der gemäß der Haushaltsordnung bis zum Jahr n+1 verwendet werden kann. Diese Mittel werden als vorläufig eingesetzte Mittel in den Gesamthaushaltsplan der Union eingestellt. Der Teil der jährlichen Mittelausstattung, der bereits im vorangegangenen Haushaltsplan ausgewiesen war, wird zunächst in Anspruch genommen. Der Teil der Mittelausstattung des Jahres n, der im Jahr n+1 nicht in Anspruch genommen wird, verfällt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884).

KOMMISSION

STELLENPLAN

Von der Europäischen Union geschaffene Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit

Dezentrale Agenturen

Dezentrale Agenturen — Inneres

Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)

Funktions- und Besoldungsgruppe	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)						
	Planstellen						
	2016			2016			
	Im Haushaltsplan der Union bewilligte			Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016		Geänderter Haushaltsplan 2016	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit		Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AD 16							
AD 15		1				1	
AD 14		1				1	
AD 13		4				4	
AD 12		11		1		12	
AD 11		8		1		9	
AD 10		6		2		8	
AD 9		8		2		10	
AD 8		55		11		66	
AD 7		29		15		44	
AD 6		21		5		26	
AD 5		13		1		14	
AD insgesamt		157		38		195	
AST 11							
AST 10							
AST 9							
AST 8		5				5	
AST 7		11				11	
AST 6		14				14	
AST 5		20				20	
AST 4		14		12		26	
AST 3		4				4	
AST 2							
AST 1							
AST insgesamt		68		12		80	

Funktions- und Besol- dungsgruppe	Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)					
	Planstellen					
	2016			2016		
	Im Haushaltsplan der Union bewilligte		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 4/2016		Geänderter Haushaltsplan 2016	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
AST/SC 6						
AST/SC 5						
AST/SC 4						
AST/SC 3						
AST/SC 2						
AST/SC 1						
AST/SC insgesamt						
AD, AST und AST/ SC insgesamt		225		50		275
Planstellen insgesamt	225		50		275	

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2017/304**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf den Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union ⁽¹⁾, gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 ⁽³⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016, der am 25. November 2015 endgültig erlassen wurde ⁽⁵⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 7. Oktober 2016 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2016, der vom Rat am 8. November 2016 festgelegt und dem Europäischen Parlament am gleichen Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 1. Dezember 2016,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments —

STELLT FEST:

Einziges Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Brüssel am 1. Dezember 2016.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105.

⁽²⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽⁴⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 48 vom 24.2.2016.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 5 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2017

INHALT

	Seite
GESAMTEINNAHMEN	
A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	118
B. Einnahmen nach Haushaltslinien	131
— Titel 1: Eigene Mittel	132
— Titel 3: Überschüsse, Salden und Anpassungen	156
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbussen	174
EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN	
Einzelplan III: Kommission	177
— Einnahmen	178
— Titel 7: Verzugszinsen und Geldbußen	179

A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2016, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das System der Eigenmittel der Europäischen Union zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	59 290 697 648	66 853 308 910	- 11,31
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	54 972 403 654	55 978 784 039	- 1,80
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	3 022 387 739	1 926 965 795	+ 56,85
4. Europa in der Welt	10 155 590 403	7 478 225 907	+ 35,80
5. Verwaltung	8 950 916 040	8 658 632 705	+ 3,38
6. Ausgleichszahlungen	p.m.	p.m.	—
Besondere Instrumente	219 000 000	384 505 583	- 43,04
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	136 610 995 484	141 280 422 939	- 3,31
<p>⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (Abl. L 48 vom 24.2.2016) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 5/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (Abl. L 69 vom 13.3.2015), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	1 616 701 373	3 045 497 557	- 46,92
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	1 349 116 814	1 434 557 708	- 5,96
Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	p.m.	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	7 133 244 000	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	2 965 818 187	11 613 299 265	- 74,46
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	20 247 900 000	18 759 400 000	+ 7,93
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	16 279 317 150	18 023 353 946	- 9,68
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	97 117 960 147	92 884 369 728	+ 4,56
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom zu deckende Mittelsätze ⁽³⁾	133 645 177 297	129 667 123 674	+ 3,07
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	136 610 995 484	141 280 422 939	- 3,31
<p>⁽¹⁾ Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (ABl. L 48 vom 24.2.2016) zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 5/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (ABl. L 69 vom 13.3.2015), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2016 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 166. Sitzung am 18. Mai 2016 angenommen hat.</p> <p>⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 721 991 000	4 238 385 000	50	2 119 192 500	1 721 991 000	
Bulgarien	207 858 000	436 223 000	50	218 111 500	207 858 000	
Tschechische Republik	680 378 000	1 582 293 000	50	791 146 500	680 378 000	
Dänemark	1 022 373 000	2 804 139 000	50	1 402 069 500	1 022 373 000	
Deutschland	12 984 422 000	32 010 557 000	50	16 005 278 500	12 984 422 000	
Estland	102 808 000	207 919 000	50	103 959 500	102 808 000	
Irland	809 088 000	1 948 180 000	50	974 090 000	809 088 000	
Griechenland	759 264 000	1 760 083 000	50	880 041 500	759 264 000	
Spanien	4 723 052 000	11 193 707 000	50	5 596 853 500	4 723 052 000	
Frankreich	9 712 577 000	22 713 643 000	50	11 356 821 500	9 712 577 000	
Kroatien	256 144 000	438 499 000	50	219 249 500	219 249 500	Kroatien
Italien	6 088 296 000	16 687 221 000	50	8 343 610 500	6 088 296 000	
Zypern	116 299 000	172 542 000	50	86 271 000	86 271 000	Zypern
Lettland	98 291 000	258 792 000	50	129 396 000	98 291 000	
Litauen	151 049 000	376 190 000	50	188 095 000	151 049 000	
Luxemburg	275 478 000	350 152 000	50	175 076 000	175 076 000	Luxemburg
Ungarn	433 908 000	1 073 674 000	50	536 837 000	433 908 000	
Malta	63 326 000	91 306 000	50	45 653 000	45 653 000	Malta
Niederlande	2 787 039 000	7 030 893 000	50	3 515 446 500	2 787 039 000	
Österreich	1 556 782 000	3 461 805 000	50	1 730 902 500	1 556 782 000	
Polen	1 833 156 000	4 236 962 000	50	2 118 481 000	1 833 156 000	
Portugal	871 109 000	1 817 370 000	50	908 685 000	871 109 000	
Rumänien	550 855 000	1 643 024 000	50	821 512 000	550 855 000	
Slowenien	178 550 000	391 715 000	50	195 857 500	178 550 000	
Slowakei	266 343 000	776 122 000	50	388 061 000	266 343 000	
Finnland	915 357 000	2 127 774 000	50	1 063 887 000	915 357 000	
Schweden	2 034 845 000	4 900 449 000	50	2 450 224 500	2 034 845 000	
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	25 888 719 000	50	12 944 359 500	12 151 903 000	
Insgesamt	63 352 541 000	150 618 338 000		75 309 169 000	63 167 543 500	

(¹) Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Eigenmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 721 991 000	0,30	516 597 300
Bulgarien	207 858 000	0,30	62 357 400
Tschechische Republik	680 378 000	0,30	204 113 400
Dänemark	1 022 373 000	0,30	306 711 900
Deutschland	12 984 422 000	0,15	1 947 663 300
Estland	102 808 000	0,30	30 842 400
Irland	809 088 000	0,30	242 726 400
Griechenland	759 264 000	0,30	227 779 200
Spanien	4 723 052 000	0,30	1 416 915 600
Frankreich	9 712 577 000	0,30	2 913 773 100
Kroatien	219 249 500	0,30	65 774 850
Italien	6 088 296 000	0,30	1 826 488 800
Zypern	86 271 000	0,30	25 881 300
Lettland	98 291 000	0,30	29 487 300
Litauen	151 049 000	0,30	45 314 700
Luxemburg	175 076 000	0,30	52 522 800
Ungarn	433 908 000	0,30	130 172 400
Malta	45 653 000	0,30	13 695 900
Niederlande	2 787 039 000	0,15	418 055 850
Österreich	1 556 782 000	0,30	467 034 600
Polen	1 833 156 000	0,30	549 946 800
Portugal	871 109 000	0,30	261 332 700
Rumänien	550 855 000	0,30	165 256 500
Slowenien	178 550 000	0,30	53 565 000
Slowakei	266 343 000	0,30	79 902 900
Finnland	915 357 000	0,30	274 607 100
Schweden	2 034 845 000	0,15	305 226 750
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	0,30	3 645 570 900
Insgesamt	63 167 543 500		16 279 317 150

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonationaleinkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	4 238 385 000		2 732 889 706
Bulgarien	436 223 000		281 274 435
Tschechische Republik	1 582 293 000		1 020 254 708
Dänemark	2 804 139 000		1 808 094 972
Deutschland	32 010 557 000		20 640 248 993
Estland	207 919 000		134 065 144
Irland	1 948 180 000		1 256 176 838
Griechenland	1 760 083 000		1 134 892 822
Spanien	11 193 707 000		7 217 646 966
Frankreich	22 713 643 000		14 645 644 780
Kroatien	438 499 000		282 741 989
Italien	16 687 221 000		10 759 837 650
Zypern	172 542 000		111 254 229
Lettland	258 792 000	0,6 447 951 ⁽¹⁾	166 867 803
Litauen	376 190 000		242 565 453
Luxemburg	350 152 000		225 776 280
Ungarn	1 073 674 000		692 299 690
Malta	91 306 000		58 873 658
Niederlande	7 030 893 000		4 533 485 067
Österreich	3 461 805 000		2 232 154 759
Polen	4 236 962 000		2 731 972 163
Portugal	1 817 370 000		1 171 831 196
Rumänien	1 643 024 000		1 059 413 757
Slowenien	391 715 000		252 575 897
Slowakei	776 122 000		500 439 631
Finnland	2 127 774 000		1 371 978 162
Schweden	4 900 449 000		3 159 785 302
Vereinigtes Königreich	25 888 719 000		16 692 918 097
Insgesamt	150 618 338 000		97 117 960 147

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (97 117 960 147) / (150 618 338 000) = 0,644795059065119.

TABELLE 4

Berechnung der Bruttokürzung des BNE-Beitrags Dänemarks, der Niederlande, Österreichs und Schwedens und deren Finanzierung gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 6)

Mitgliedstaat	Bruttokürzung	Anteile an den BNE-Grundlagen	BNE-Schlüssel für Bruttokürzung	Finanzierung der Kürzung
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (3)
Belgien		2,81	31 449 227	31 449 227
Bulgarien		0,29	3 236 817	3 236 817
Tschechische Republik		1,05	11 740 767	11 740 767
Dänemark	- 142 439 555	1,86	20 806 983	- 121 632 572
Deutschland		21,25	237 521 435	237 521 435
Estland		0,14	1 542 779	1 542 779
Irland		1,29	14 455 684	14 455 684
Griechenland		1,17	13 059 986	13 059 986
Spanien		7,43	83 058 391	83 058 391
Frankreich		15,08	168 537 432	168 537 432
Kroatien		0,29	3 253 705	3 253 705
Italien		11,08	123 820 797	123 820 797
Zypern		0,11	1 280 278	1 280 278
Lettland		0,17	1 920 262	1 920 262
Litauen		0,25	2 791 366	2 791 366
Luxemburg		0,23	2 598 162	2 598 162
Ungarn		0,71	7 966 765	7 966 765
Malta		0,06	677 499	677 499
Niederlande	- 761 503 777	4,67	52 169 910	- 709 333 867
Österreich	- 10 956 889	2,30	25 686 929	14 730 040
Polen		2,81	31 438 669	31 438 669
Portugal		1,21	13 485 062	13 485 062
Rumänien		1,09	12 191 397	12 191 397
Slowenien		0,26	2 906 563	2 906 563
Slowakei		0,52	5 758 900	5 758 900
Finnland		1,41	15 788 289	15 788 289
Schweden	- 202 702 444	3,25	36 361 807	- 166 340 637
Vereinigtes Königreich		17,19	192 096 804	192 096 804
Insgesamt	- 1 117 602 665	100,00	1 117 602 665	0

TABELLE 5.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2015) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	19,2145	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,5910	
3. (1) – (2)	11,6235	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		129 194 773 448
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 733 179 803
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		97 461 593 645
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		7 476 753 663
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 496 521 393
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 980 232 270
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 76 109 576
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		6 056 341 847
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um den Nettobetrag der Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 20 % ab dem 1. Januar 2014).		

TABELLE 5.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2014) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	17,4319	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,4180	
3. (1) – (2)	10,0139	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		128 669 838 650
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		33 342 488 843
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 327 349 807
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 300 352 079
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 162 878 038
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 137 474 040
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 28 189 034
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		5 165 663 075
<p>⁽¹⁾ Gerundet.</p> <p>⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden.</p> <p>⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.</p> <p>⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um den Nettobetrag der Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 20 % ab dem 1. Januar 2014).</p> <p>⁽⁵⁾ Anmerkung: Die Differenz von -315 819 810 EUR zwischen dem vorläufigen VK-Korrekturbetrag für 2014 (5 165 663 075 EUR, Berechnung siehe oben) und dem in diesem BH zur Durchführung des Eigenmittelbeschlusses im Jahr 2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2014 (4 849 843 265 EUR) wird mit dem BH Nr. 5/2016 bei Kapitel 3 6 eingestellt.</p>		

TABELLE 5.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2012) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EU, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	16,1200	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,2358	
3. (1) – (2)	8,8842	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		126 017 496 941
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		30 151 594 002
5a. Heranführungsausgaben		3 084 519 964
5b. Ausgaben im Zusammenhang mit Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		27 067 074 038
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 865 902 938
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		5 621 164 211
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		331 907 397
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 289 256 814
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		12 810 520
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		5 276 446 294
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht Folgendem: i) den an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2011 angepasst wurden, sowie den an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2011 angepasst wurden (5a), und ii) dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001). ⁽⁵⁾ Anmerkung: Die Differenz von -132 837 911 EUR zwischen dem endgültigen VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 276 446 294 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 6/2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 143 608 383 EUR) wird mit dem BH Nr. 4/2016 bei Kapitel 3 5 eingestellt.		

TABELLE 6.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 6 056 341 847 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,81	3,40	5,48		1,56	4,96	300 419 482
Bulgarien	0,29	0,35	0,56		0,16	0,51	30 919 770
Tschechische Republik	1,05	1,27	2,05		0,58	1,85	112 153 956
Dänemark	1,86	2,25	3,63		1,03	3,28	198 759 194
Deutschland	21,25	25,66	0,00	– 19,25	0,00	6,42	388 574 256
Estland	0,14	0,17	0,27		0,08	0,24	14 737 434
Irland	1,29	1,56	2,52		0,72	2,28	138 088 264
Griechenland	1,17	1,41	2,28		0,65	2,06	124 755 826
Spanien	7,43	8,97	14,48		4,13	13,10	793 417 224
Frankreich	15,08	18,21	29,37		8,37	26,58	1 609 957 772
Kroatien	0,29	0,35	0,57		0,16	0,51	31 081 094
Italien	11,08	13,38	21,58		6,15	19,53	1 182 801 065
Zypern	0,11	0,14	0,22		0,06	0,20	12 229 889
Lettland	0,17	0,21	0,33		0,10	0,30	18 343 345
Litauen	0,25	0,30	0,49		0,14	0,44	26 664 592
Luxemburg	0,23	0,28	0,45		0,13	0,41	24 819 001
Ungarn	0,71	0,86	1,39		0,40	1,26	76 102 711
Malta	0,06	0,07	0,12		0,03	0,11	6 471 829
Niederlande	4,67	5,64	0,00	– 4,23	0,00	1,41	85 347 594
Österreich	2,30	2,78	0,00	– 2,08	0,00	0,69	42 022 646
Polen	2,81	3,40	5,48		1,56	4,96	300 318 619
Portugal	1,21	1,46	2,35		0,67	2,13	128 816 366
Rumänien	1,09	1,32	2,12		0,61	1,92	116 458 609
Slowenien	0,26	0,31	0,51		0,14	0,46	27 765 014
Slowakei	0,52	0,62	1,00		0,29	0,91	55 012 032
Finnland	1,41	1,71	2,75		0,78	2,49	150 818 003
Schweden	3,25	3,93	0,00	– 2,95	0,00	0,98	59 486 260
Vereinigtes Königreich	17,19	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	– 28,50	28,50	100,00	6 056 341 847

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 6.2

Aktualisierung der Finanzierung des VK-Korrekturbetrags für 2014 (Kapitel 3 6)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	13 297 611
Bulgarien	2 322 802
Tschechische Republik	6 423 102
Dänemark	10 254 706
Deutschland	19 889 796
Estland	870 740
Irland	13 998 232
Griechenland	5 098 964
Spanien	34 026 198
Frankreich	77 369 366
Kroatien	2 743 129
Italien	59 231 069
Zypern	851 288
Lettland	1 033 546
Litauen	869 479
Luxemburg	3 575 795
Ungarn	3 913 949
Malta	643 682
Niederlande	4 823 050
Österreich	2 127 855
Polen	19 937 548
Portugal	6 712 478
Rumänien	8 464 009
Slowenien	1 770 672
Slowakei	3 026 145
Finnland	9 102 902
Schweden	3 441 697
Vereinigtes Königreich	– 315 819 810
Insgesamt	0

TABELLE 6.3

Finanzierung des endgültigen VK-Korrekturbetrags für 2012 (Kapitel 35)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	12 108 628
Bulgarien	1 275 199
Tschechische Republik	3 342 634
Dänemark	4 686 427
Deutschland	7 934 870
Estland	568 776
Irland	5 094 409
Griechenland	1 773 357
Spanien	7 537 051
Frankreich	38 002 662
Kroatien	382 317
Italien	19 830 215
Zypern	241 390
Lettland	102 976
Litauen	646 364
Luxemburg	1 741 166
Ungarn	2 179 154
Malta	101 561
Niederlande	4 101 900
Österreich	1 068 284
Polen	7 063 680
Portugal	3 441 569
Rumänien	2 351 280
Slowenien	554 253
Slowakei	1 502 129
Finnland	4 198 567
Schweden	1 007 093
Vereinigtes Königreich	– 132 837 911
Insgesamt	0

TABELLE 7

Überblick über die Finanzierung ⁽¹⁾ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen						ORD 2014	Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (80 %)	Zölle netto (80 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (80 %)	Erhebungskosten (20 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	Kürzung zugunsten Dänemarks, der Niederlande, Österreichs und Schwedens	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten (in %)	Angleichung für die Haushaltsjahre 2014 und 2015	
	(1)	(2)	(3) = (1) + (2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9) = (5) + (6) + (7) + (8)	(10)	(11)	(12) = (3) + (9) + (11)
Belgien	7 000 000	1 984 800 000	1 991 800 000	497 950 000	516 597 300	2 732 889 706	31 449 227	325 825 721	3 606 761 954	3,18	380 157 383	5 978 719 337
Bulgarien	400 000	65 100 000	65 500 000	16 375 000	62 357 400	281 274 435	3 236 817	34 517 771	381 386 423	0,34	12 976 885	459 863 308
Tschechische Republik	3 600 000	250 600 000	254 200 000	63 550 000	204 113 400	1 020 254 708	11 740 767	121 919 692	1 358 028 567	1,20	120 908 594	1 733 137 161
Dänemark	3 600 000	381 200 000	384 800 000	96 200 000	306 711 900	1 808 094 972	- 121 632 572	213 700 327	2 206 874 627	1,95	- 147 742 832	2 443 931 795
Deutschland	28 100 000	4 124 900 000	4 153 000 000	1 038 250 000	1 947 663 300	20 640 248 993	237 521 435	416 398 922	23 241 832 650	20,50	- 1 996 696 973	25 398 135 677
Estland	0	27 800 000	27 800 000	6 950 000	30 842 400	134 065 144	1 542 779	16 176 950	182 627 273	0,16	7 533 435	217 960 708
Irland	0	314 600 000	314 600 000	78 650 000	242 726 400	1 256 176 838	14 455 684	157 180 905	1 670 539 827	1,47	170 564 976	2 155 704 803
Griechenland	1 500 000	151 000 000	152 500 000	38 125 000	227 779 200	1 134 892 822	13 059 986	131 628 147	1 507 360 155	1,33	60 999 683	1 720 859 838
Spanien	5 000 000	1 429 900 000	1 434 900 000	358 725 000	1 416 915 600	7 217 646 966	83 058 391	834 980 473	9 552 601 430	8,42	444 555 900	11 432 057 330
Frankreich	33 000 000	1 676 800 000	1 709 800 000	427 450 000	2 913 773 100	14 645 644 780	168 537 432	1 725 329 800	19 453 285 112	17,15	1 063 986 397	22 227 071 509
Kroatien	1 900 000	44 000 000	45 900 000	11 475 000	65 774 850	282 741 989	3 253 705	34 206 540	385 977 084	0,34	13 236 646	445 113 730
Italien	5 000 000	1 829 400 000	1 834 400 000	458 600 000	1 826 488 800	10 759 837 650	123 820 797	1 261 862 349	13 972 009 596	12,32	887 769 484	16 694 179 080
Zypern	0	19 600 000	19 600 000	4 900 000	25 881 300	111 254 229	1 280 278	13 322 567	151 738 374	0,13	9 862 666	181 201 040
Lettland	0	32 400 000	32 400 000	8 100 000	29 487 300	166 867 803	1 920 262	19 479 867	217 755 232	0,19	6 740 740	256 895 972
Litauen	900 000	80 300 000	81 200 000	20 300 000	45 314 700	242 565 453	2 791 366	28 180 435	318 851 954	0,28	12 047 755	412 099 709
Luxemburg	0	18 300 000	18 300 000	4 575 000	52 522 800	225 776 280	2 598 162	30 135 962	311 033 204	0,27	4 601 725	333 934 929
Ungarn	2 200 000	141 600 000	143 800 000	35 950 000	130 172 400	692 299 690	7 966 765	82 195 814	912 634 669	0,80	45 076 397	1 101 511 066
Malta	0	12 600 000	12 600 000	3 150 000	13 695 900	58 873 658	677 499	7 217 072	80 464 129	0,07	2 539 423	95 603 552
Niederlande	7 700 000	2 411 000 000	2 418 700 000	604 675 000	418 055 850	4 533 485 067	- 709 333 867	94 272 544	4 336 479 594	3,82	- 1 798 837 531	4 956 342 063
Österreich	3 400 000	214 500 000	217 900 000	54 475 000	467 034 600	2 232 154 759	14 730 040	45 218 785	2 759 138 184	2,43	180 218 679	3 157 256 863
Polen	13 700 000	550 400 000	564 100 000	141 025 000	549 946 800	2 731 972 163	31 438 669	327 319 847	3 640 677 479	3,21	155 777 950	4 360 555 429
Portugal	200 000	136 800 000	137 000 000	34 250 000	261 332 700	1 171 831 196	13 485 062	138 970 413	1 585 619 371	1,40	77 069 484	1 799 688 855
Rumänien	1 000 000	137 500 000	138 500 000	34 625 000	165 256 500	1 059 413 757	12 191 397	127 273 898	1 364 135 552	1,20	32 865 560	1 535 501 112
Slowenien	0	69 500 000	69 500 000	17 375 000	53 565 000	252 575 897	2 906 563	30 089 939	339 137 399	0,30	22 119 731	430 757 130
Slowakei	1 400 000	96 900 000	98 300 000	24 575 000	79 902 900	500 439 631	5 758 900	59 540 306	645 641 737	0,57	33 257 802	777 199 539
Finnland	800 000	126 300 000	127 100 000	31 775 000	274 607 100	1 371 978 162	15 788 289	164 119 472	1 826 493 023	1,61	132 868 521	2 086 461 544
Schweden	2 800 000	549 400 000	552 200 000	138 050 000	305 226 750	3 159 785 302	- 166 340 637	63 935 050	3 362 606 465	2,97	- 635 351 204	3 279 455 261
Vereinigtes Königreich	10 100 000	3 237 400 000	3 247 500 000	811 875 000	3 645 570 900	16 692 918 097	192 096 804	- 6 504 999 568	14 025 586 233	12,37	700 892 724	17 973 978 957
Insgesamt	133 300 000	20 114 600 000	20 247 900 000	5 061 975 000	16 279 317 150	97 117 960 147	0	0	113 397 277 297	100,00	0	133 645 177 297

⁽¹⁾ p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (133 645 177 297 + 2 965 818 187 = 136 610 995 484 = 136 610 995 484).⁽²⁾ Eigenmittel insgesamt als Prozentsatz des BNE: (133 645 177 297) / (15 061 833 800 000) = 0,89 %.

B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
1	EIGENE MITTEL	133 645 177 297	0,—	133 645 177 297
3	ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN	1 349 116 814	0,—	1 349 116 814
4	EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION	1 348 027 707		1 348 027 707
5	EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE	55 455 129		55 455 129
6	BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION	60 000 000		60 000 000
7	VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN	123 000 000		123 000 000
8	ANLEIHEN UND DARLEHEN	5 217 537		5 217 537
9	SONSTIGE EINNAHMEN	25 001 000		25 001 000
	GESAMTBETRAG	136 610 995 484	0,—	136 610 995 484

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EG, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	<i>Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren</i>	p.m.		p.m.
1 1 1	<i>Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker</i>	p.m.		p.m.
1 1 3	<i>Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge</i>	p.m.		p.m.
1 1 7	<i>Produktionsabgabe</i>	124 700 000	8 600 000	133 300 000
1 1 8	<i>Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote</i>	p.m.		p.m.
1 1 9	<i>Überschussbetrag</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	124 700 000	8 600 000	133 300 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	<i>Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom</i>	18 857 400 000	1 257 200 000	20 114 600 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	18 857 400 000	1 257 200 000	20 114 600 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	<i>Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom</i>	18 949 564 800	- 2 670 247 650	16 279 317 150
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	18 949 564 800	- 2 670 247 650	16 279 317 150
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom</i>	95 713 512 497	1 404 447 650	97 117 960 147
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	95 713 512 497	1 404 447 650	97 117 960 147

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE**KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE BESTIMMTER MITGLIEDSTAATEN**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
1 5 0	KAPITEL 1 5 <i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6 <i>Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge bestimmter Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom</i>	p.m.	0,—	0,—
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	p.m.	0,—	0,—
Titel 1 — Total		133 645 177 297	0,—	133 645 177 297

TITEL 1**EIGENE MITTEL****KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM)****1 1 0 Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren**

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Gemäß der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker mussten die Zucker-, Isoglucose- und Inulinsiruperzeuger Grundproduktionsabgaben und B-Produktions-Abgaben zahlen. Diese Abgaben sollten die Ausgaben für die Stützung des Marktes decken. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei diesem Artikel eingesetzten Mittel sind auf die Anpassung der in der Vergangenheit festgesetzten Abgaben zurückzuführen. Abgaben für die Wirtschaftsjahre 2007/2008 und Folgejahre werden bei Artikel 117 dieses Kapitels als „Produktionsabgabe“ eingesetzt.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EU) Nr. 1360/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festsetzung der Produktionsabgaben im Zuckersektor für die Wirtschaftsjahre 2001/2002, 2002/2003, 2003/2004, 2004/2005 und 2005/2006, des Koeffizienten für die Berechnung der Ergänzungsabgabe für die Wirtschaftsjahre 2001/2002 und 2004/2005 und der Beträge, die die Zuckerhersteller den Zuckerrübenverkäufern für die Differenz zwischen dem Höchstbetrag der Abgaben und dem Betrag dieser für die Wirtschaftsjahre 2002/2003, 2003/2004 und 2005/2006 zu erhebenden Abgaben zu zahlen haben (ABl. L 343 vom 19.12.2013, S. 2).

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)

1 1 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Haushalt 2015	Ausführung 2014
Belgien	p.m.	p.m.	- 13 407 918,37
Bulgarien	—	—	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	- 615 887,57
Dänemark	p.m.	p.m.	- 8 435 300,68
Deutschland	p.m.	p.m.	- 66 326 085,22
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	- 1 629 765,17
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	- 3 104 371,25
Frankreich	p.m.	p.m.	- 67 344 987,65
Kroatien	—	—	0,—
Italien	p.m.	p.m.	- 5 424 004,14
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	- 37 347,10
Litauen	p.m.	p.m.	- 52 491,31
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	- 15 999 527,09
Österreich	p.m.	p.m.	- 6 408 204,35
Polen	p.m.	p.m.	- 3 938 707,93
Portugal	p.m.	p.m.	- 552 030,26
Rumänien	—	—	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	- 4 159,31
Slowakei	p.m.	p.m.	- 999 645,34
Finnland	p.m.	p.m.	- 1 324 320,10
Schweden	p.m.	p.m.	3 232 826,45
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	- 8 065 850,48
<i>Artikel 1 1 0 insgesamt</i>	p.m.	p.m.	- 200 437 776,87

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)

1 1 1 Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Dieser Artikel dient dazu, die Erträge zu erfassen, die von den neuen Mitgliedsstaaten für den Fall berechnet werden, dass der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 60/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor infolge des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas, Polens, Sloweniens, der Slowakei, Ungarns und Zyperns (ABl. L 9 vom 15.1.2004, S. 8) als Überschussmenge geltende Zucker nicht vom Markt genommen wird.

Bei diesem Artikel werden die restlichen Einnahmen aus den Lagerkostenabgaben für Zucker erfasst, nachdem mit der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1) diese Abgaben abgeschafft wurden.

Dieser Artikel dient außerdem zur Erfassung der ausstehenden Beträge, die gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 der Kommission vom 13. Januar 1982 mit Durchführungsbestimmungen zur Übertragung von Zucker auf das folgende Wirtschaftsjahr (ABl. L 9 vom 14.1.1982, S. 14) im Fall der Nichteinhaltung der Lagerverpflichtung zu zahlen sind, sowie die bei Nichtbeachtung der allgemeinen Vorschriften für Mindestlagerbestände im Zuckersektor geschuldeten Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1789/81 des Rates vom 30. Juni 1981 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Mindestlagermengen von Zucker (ABl. L 177 vom 1.7.1981, S. 39).

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 1 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	—	p.m.
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	—	p.m.
Dänemark	p.m.	—	p.m.
Deutschland	p.m.	—	p.m.
Estland	p.m.	—	p.m.
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	p.m.	—	p.m.
Spanien	p.m.	—	p.m.
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	—	p.m.
Italien	p.m.	—	p.m.
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	p.m.	—	p.m.
Luxemburg	—	—	—
Ungarn	p.m.	—	p.m.
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	—	p.m.
Österreich	p.m.	—	p.m.
Polen	p.m.	—	p.m.
Portugal	p.m.	—	p.m.
Rumänien	p.m.	—	p.m.
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	—	p.m.
Finnland	p.m.	—	p.m.
Schweden	p.m.	—	p.m.
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
<i>Artikel 1 1 1 insgesamt</i>	p.m.	—	p.m.

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 3 Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen erhobene Beträge. Sie beinhalten auch die auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobenen Beträge.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb der Quoten im Zuckersektor (ABl. L 262 vom 16.9.1981, S. 14).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)

1 1 3 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Haushalt 2015	Ausführung 2014
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	—	—	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Kroatien	—	—	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	—	—	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
<i>Artikel 1 1 3 insgesamt</i>	p.m.	p.m.	0,—

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**1 1 7 Produktionsabgabe**

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
124 700 000	8 600 000	133 300 000

Erläuterungen

Die derzeitige gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, dass die Zucker, Isoglucose und Inulinsirup erzeugenden Unternehmen eine Produktionsabgabe zahlen müssen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 16.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1), insbesondere Artikel 51.

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671), insbesondere Artikel 128.

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 7 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	6 600 000	400 000	7 000 000
Bulgarien	400 000		400 000
Tschechische Republik	3 400 000	200 000	3 600 000
Dänemark	3 400 000	200 000	3 600 000
Deutschland	26 300 000	1 800 000	28 100 000
Estland	—	—	—
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	1 400 000	100 000	1 500 000
Spanien	4 700 000	300 000	5 000 000
Frankreich	30 900 000	2 100 000	33 000 000
Kroatien	1 700 000	200 000	1 900 000
Italien	4 700 000	300 000	5 000 000
Zypern	—	—	—
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	800 000	100 000	900 000
Luxemburg	—	—	,—
Ungarn	2 100 000	100 000	2 200 000
Malta	—	—	,—
Niederlande	7 200 000	500 000	7 700 000
Österreich	3 200 000	200 000	3 400 000
Polen	12 800 000	900 000	13 700 000
Portugal	100 000	100 000	200 000
Rumänien	900 000	100 000	1 000 000
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	1 300 000	100 000	1 400 000
Finnland	700 000	100 000	800 000
Schweden	2 600 000	200 000	2 800 000
Vereinigtes Königreich	9 500 000	600 000	10 100 000
<i>Artikel 1 1 7 insgesamt</i>	124 700 000	8 600 000	133 300 000

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 8 Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Auf die zusätzlichen Zuckerquoten und die ergänzenden Isoglucosequoten, die den Unternehmen gemäß Artikel 58 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 zugeteilt werden, wird ein einmaliger Betrag erhoben.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 8 und Artikel 9 Absätze 2 und 3.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)

1 1 8 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Haushalt 2015	Ausführung 2014
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Kroatien	—	—	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
<i>Artikel 1 1 8 insgesamt</i>	p.m.	p.m.	0,—

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 9 *Überschussbetrag*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Gemäß Artikel 142 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 erheben die Mitgliedstaaten bei den betreffenden, auf ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen einen Überschussbetrag.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 15.

Verordnung (EG) Nr. 967/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 176 vom 30.6.2006, S. 22).

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1), insbesondere Artikel 64.

Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671).

**KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND
(ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM) (Fortsetzung)**

1 1 9 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	—	p.m.
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	—	p.m.
Dänemark	p.m.	—	p.m.
Deutschland	p.m.	—	p.m.
Estland	—	—	—
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	p.m.	—	p.m.
Spanien	p.m.	—	p.m.
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	—	p.m.
Italien	p.m.	—	p.m.
Zypern	—	—	—
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	p.m.	—	p.m.
Luxemburg	—	—	—
Ungarn	p.m.	—	p.m.
Malta	—	—	—
Niederlande	p.m.	—	p.m.
Österreich	p.m.	—	p.m.
Polen	p.m.	—	p.m.
Portugal	p.m.	—	p.m.
Rumänien	p.m.	—	p.m.
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	—	p.m.
Finnland	p.m.	—	p.m.
Schweden	p.m.	—	p.m.
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
<i>Artikel 1 1 9 insgesamt</i>	p.m.	—	p.m.

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM**1 2 0 Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom**

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
18 857 400 000	1 257 200 000	20 114 600 000

Erläuterungen

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM (Fortsetzung)

1 2 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	1 860 800 000	124 000 000	1 984 800 000
Bulgarien	61 000 000	4 100 000	65 100 000
Tschechische Republik	235 000 000	15 600 000	250 600 000
Dänemark	357 400 000	23 800 000	381 200 000
Deutschland	3 867 100 000	257 800 000	4 124 900 000
Estland	26 100 000	1 700 000	27 800 000
Irland	295 000 000	19 600 000	314 600 000
Griechenland	141 600 000	9 400 000	151 000 000
Spanien	1 340 500 000	89 400 000	1 429 900 000
Frankreich	1 572 000 000	104 800 000	1 676 800 000
Kroatien	41 200 000	2 800 000	44 000 000
Italien	1 715 100 000	114 300 000	1 829 400 000
Zypern	18 300 000	1 300 000	19 600 000
Lettland	30 400 000	2 000 000	32 400 000
Litauen	75 200 000	5 100 000	80 300 000
Luxemburg	17 100 000	1 200 000	18 300 000
Ungarn	132 700 000	8 900 000	141 600 000
Malta	11 800 000	800 000	12 600 000
Niederlande	2 260 300 000	150 700 000	2 411 000 000
Österreich	201 100 000	13 400 000	214 500 000
Polen	516 000 000	34 400 000	550 400 000
Portugal	128 300 000	8 500 000	136 800 000
Rumänien	128 900 000	8 600 000	137 500 000
Slowenien	65 100 000	4 400 000	69 500 000
Slowakei	90 900 000	6 000 000	96 900 000
Finnland	118 400 000	7 900 000	126 300 000
Schweden	515 000 000	34 400 000	549 400 000
Vereinigtes Königreich	3 035 100 000	202 300 000	3 237 400 000
<i>Artikel 1 2 0 insgesamt</i>	18 857 400 000	1 257 200 000	20 114 600 000

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM**1 3 0 *Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom***

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
18 949 564 800	– 2 670 247 650	16 279 317 150

Erläuterungen

Für alle Mitgliedstaaten wurde ein einheitlicher Satz von 0,30 % auf die nach Maßgabe der Vorschriften der Union ermittelten einheitlichen MwSt-Bemessungsgrundlagen festgelegt. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des BNE eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten. Ausschließlich für den Zeitraum 2014-2020 wird der Abrufsatz der MwSt-Eigenmittel für Deutschland, die Niederlande und Schweden auf 0,15 % festgesetzt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4.

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM (Fortsetzung)
1 3 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	516 597 300	—	516 597 300
Bulgarien	62 357 400	—	62 357 400
Tschechische Republik	204 113 400	—	204 113 400
Dänemark	306 711 900	—	306 711 900
Deutschland	3 895 326 600	- 1 947 663 300	1 947 663 300
Estland	30 682 950	159 450	30 842 400
Irland	242 726 400	—	242 726 400
Griechenland	227 779 200	—	227 779 200
Spanien	1 416 915 600	—	1 416 915 600
Frankreich	2 913 773 100	—	2 913 773 100
Kroatien	65 326 200	448 650	65 774 850
Italien	1 826 488 800	—	1 826 488 800
Zypern	26 080 350	- 199 050	25 881 300
Lettland	29 487 300	—	29 487 300
Litauen	45 314 700	—	45 314 700
Luxemburg	52 312 500	210 300	52 522 800
Ungarn	130 172 400	—	130 172 400
Malta	13 617 000	78 900	13 695 900
Niederlande	836 111 700	- 418 055 850	418 055 850
Österreich	467 034 600	—	467 034 600
Polen	549 946 800	—	549 946 800
Portugal	261 332 700	—	261 332 700
Rumänien	165 256 500	—	165 256 500
Slowenien	53 565 000	—	53 565 000
Slowakei	79 902 900	—	79 902 900
Finnland	274 607 100	—	274 607 100
Schweden	610 453 500	- 305 226 750	305 226 750
Vereinigtes Königreich	3 645 570 900	—	3 645 570 900
<i>Artikel 1 3 0 insgesamt</i>	18 949 564 800	- 2 670 247 650	16 279 317 150

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EG, EURATOM**1 4 0 *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom***

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
95 713 512 497	1 404 447 650	97 117 960 147

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten anzuwendende Satz beträgt für dieses Haushaltsjahr 0,6448 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EG, EURATOM (Fortsetzung)

1 4 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	2 690 027 944	42 861 762	2 732 889 706
Bulgarien	281 742 922	– 468 487	281 274 435
Tschechische Republik	992 815 125	27 439 583	1 020 254 708
Dänemark	1 774 560 502	33 534 470	1 808 094 972
Deutschland	20 267 616 595	372 632 398	20 640 248 993
Estland	133 251 083	814 061	134 065 144
Irland	1 136 486 414	119 690 424	1 256 176 838
Griechenland	1 130 107 002	4 785 820	1 134 892 822
Spanien	7 163 914 189	53 732 777	7 217 646 966
Frankreich	14 484 738 592	160 906 188	14 645 644 780
Kroatien	283 701 108	– 959 119	282 741 989
Italien	10 687 231 570	72 606 080	10 759 837 650
Zypern	113 262 737	– 2 008 508	111 254 229
Lettland	164 234 193	2 633 610	166 867 803
Litauen	245 798 555	– 3 233 102	242 565 453
Luxemburg	227 184 716	– 1 408 436	225 776 280
Ungarn	685 851 604	6 448 086	692 299 690
Malta	59 136 426	– 262 768	58 873 658
Niederlande	4 488 502 935	44 982 132	4 533 485 067
Österreich	2 143 955 360	88 199 399	2 232 154 759
Polen	2 726 922 742	5 049 421	2 731 972 163
Portugal	1 158 709 802	13 121 394	1 171 831 196
Rumänien	1 052 978 849	6 434 908	1 059 413 757
Slowenien	249 696 035	2 879 862	252 575 897
Slowakei	495 743 434	4 696 197	500 439 631
Finnland	1 321 298 493	50 679 669	1 371 978 162
Schweden	3 055 171 597	104 613 705	3 159 785 302
Vereinigtes Königreich	16 498 871 973	194 046 124	16 692 918 097
<i>Artikel 1 4 0 insgesamt</i>	95 713 512 497	1 404 447 650	97 117 960 147

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

1 5 0 *Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
0,—		0,—

Erläuterungen

Der Mechanismus zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) wurde vom Europäischen Rat in Fontainebleau (Juni 1984) beschlossen und mit dem anschließenden Eigenmittelbeschluss von 1985 eingeführt. Ziel dieses Mechanismus war es, das Haushaltsungleichgewicht des Vereinigten Königreichs mithilfe einer Reduzierung seiner Zahlungen an die EU zu verringern.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE (Fortsetzung)

1 5 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	279 071 850	21 347 632	300 419 482
Bulgarien	29 228 885	1 690 885	30 919 770
Tschechische Republik	102 997 723	9 156 233	112 153 956
Dänemark	184 098 416	14 660 778	198 759 194
Deutschland	361 006 829	27 567 427	388 574 256
Estland	13 823 881	913 553	14 737 434
Irland	117 902 629	20 185 635	138 088 264
Griechenland	117 240 809	7 515 017	124 755 826
Spanien	743 206 698	50 210 526	793 417 224
Frankreich	1 502 691 749	107 266 023	1 609 957 772
Kroatien	29 432 034	1 649 060	31 081 094
Italien	1 108 726 582	74 074 483	1 182 801 065
Zypern	11 750 228	479 661	12 229 889
Lettland	17 038 165	1 305 180	18 343 345
Litauen	25 499 905	1 164 687	26 664 592
Luxemburg	23 568 848	1 250 153	24 819 001
Ungarn	71 152 375	4 950 336	76 102 711
Malta	6 134 996	336 833	6 471 829
Niederlande	79 949 224	5 398 370	85 347 594
Österreich	38 188 137	3 834 509	42 022 646
Polen	282 899 431	17 419 188	300 318 619
Portugal	120 208 152	8 608 214	128 816 366
Rumänien	109 239 295	7 219 314	116 458 609
Slowenien	25 904 242	1 860 772	27 765 014
Slowakei	51 429 963	3 582 069	55 012 032
Finnland	137 075 608	13 742 395	150 818 003
Schweden	54 418 723	5 067 537	59 486 260
Vereinigtes Königreich	- 5 643 885 377	- 412 456 470	- 6 056 341 847
<i>Artikel 1 5 0 insgesamt</i>	0	0	0

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE BESTIMMTER MITGLIEDSTAATEN**1 6 0 *Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge bestimmter Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom***

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.	0,—	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Bruttokürzungen der jährlichen BNE-Beiträge bestimmter Mitgliedstaaten gemäß dem Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates verbucht.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 10a Absatz 6.

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 5.

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE BESTIMMTER MITGLIEDSTAATEN (Fortsetzung)

1 6 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	31 449 227	31 449 227
Bulgarien	p.m.	3 236 817	3 236 817
Tschechische Republik	p.m.	11 740 767	11 740 767
Dänemark	p.m.	- 121 632 572	- 121 632 572
Deutschland	p.m.	237 521 435	237 521 435
Estland	p.m.	1 542 779	1 542 779
Irland	p.m.	14 455 684	14 455 684
Griechenland	p.m.	13 059 986	13 059 986
Spanien	p.m.	83 058 391	83 058 391
Frankreich	p.m.	168 537 432	168 537 432
Kroatien	p.m.	3 253 705	3 253 705
Italien	p.m.	123 820 797	123 820 797
Zypern	p.m.	1 280 278	1 280 278
Lettland	p.m.	1 920 262	1 920 262
Litauen	p.m.	2 791 366	2 791 366
Luxemburg	p.m.	2 598 162	2 598 162
Ungarn	p.m.	7 966 765	7 966 765
Malta	p.m.	677 499	677 499
Niederlande	p.m.	- 709 333 867	- 709 333 867
Österreich	p.m.	14 730 040	14 730 040
Polen	p.m.	31 438 669	31 438 669
Portugal	p.m.	13 485 062	13 485 062
Rumänien	p.m.	12 191 397	12 191 397
Slowenien	p.m.	2 906 563	2 906 563
Slowakei	p.m.	5 758 900	5 758 900
Finnland	p.m.	15 788 289	15 788 289
Schweden	p.m.	- 166 340 637	- 166 340 637
Vereinigtes Königreich	p.m.	192 096 804	192 096 804
Artikel 1 6 0 insgesamt	p.m.	0	0

TITEL 3
ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

KAPITEL 3 3 — VERRECHNUNG DER ANGLEICHUNGEN DER MWST- UND BNE-EIGENMITTEL VORANGEGANGENER HAUSHALTSJAHRE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 3 0			
3 0 0	<i>Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr</i>	1 349 116 814		1 349 116 814
3 0 2	<i>Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen an den Haushalt</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 0 — TOTAL	1 349 116 814		1 349 116 814
	KAPITEL 3 1			
3 1 0	<i>Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 1 0 3	Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 1 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 1 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2			
3 2 0	<i>Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995</i>			
3 2 0 3	Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.		p.m.
	Artikel 3 2 0 — Total	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 3			
3 3 0	<i>Verrechnung der Angleichungen der MWST- und BNE-Eigenmittel vorangegangener Haushaltsjahre</i>		p.m.	p.m.
	KAPITEL 3 3 — TOTAL		p.m.	p.m.

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

KAPITEL 3 7 — ANPASSUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER EIGENMITTELBESCHLÜSSE

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
3 4 0	KAPITEL 3 4 Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht	p.m.		p.m.
	KAPITEL 3 4 — TOTAL	p.m.		p.m.
3 5 0	KAPITEL 3 5 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs			
3 5 0 4	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	0,—	0,—	0,—
	<i>Artikel 3 5 0 — Total</i>	0,—	0,—	0,—
	KAPITEL 3 5 — TOTAL	0,—	0,—	0,—
3 6 0	KAPITEL 3 6 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs			
3 6 0 4	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	0,—	0,—	0,—
	<i>Artikel 3 6 0 — Total</i>	0,—	0,—	0,—
	KAPITEL 3 6 — TOTAL	0,—	0,—	0,—
3 7 0	KAPITEL 3 7 Anpassungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Eigenmittelbeschlüsse	—	0,—	0,—
	KAPITEL 3 7 — TOTAL	—	0,—	0,—
	Titel 3 — Total	1 349 116 814	0,—	1 349 116 814

TITEL 3

ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

3 0 0 *Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
1 349 116 814		1 349 116 814

Erläuterungen

Nach Artikel 18 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres verbucht.

Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtungsschreibens gemäß Artikel 39 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Grundsätzen in Artikel 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 608/2014 vorgenommen.

Nach Abschluss der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtungshaushaltsplans, der von der Kommission innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der vorläufigen Rechnungen vorgelegt werden muss, in den Haushaltsplan des darauf folgenden Jahres eingesetzt.

Ein Fehlbetrag wird bei Artikel 27 02 01 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 608/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen für das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 29).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39).

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 7.

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 18.

3 0 2 *Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen an den Haushalt*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung — gemäß den Artikeln 3 und 4 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 — der nach Erreichen des Zielbetrags des Garantiefonds eventuell anfallenden Überschüsse.

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR (Fortsetzung)**3 0 2** (Fortsetzung)*Rechtsgrundlagen*

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 10).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 7 Absatz 2.

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

3 1 0 Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995

3 1 0 3 Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission vor dem 31. Juli eine Übersicht, aus der der Gesamtbetrag der für das vorhergehende Kalenderjahr berechneten Grundlage der MwSt.-Eigenmittel hervorgeht.

Entsprechend den Unionsvorschriften werden jedem Mitgliedstaat der Betrag, der sich aus dieser Übersicht ergibt, angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres tatsächlich erfolgten 12 Gutschriften angerechnet.

Die im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 aufgrund von Kommissionsskontrollen erfolgten Berichtigungen der genannten Übersichten oder/und die an dem BNE der vorhergehenden Haushaltsjahre vorgenommenen Änderungen, die sich auf die Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage auswirken, können Anpassungen der MwSt.-Eigenmittelsalden nach sich ziehen.

Die Kommission teilt den Mitgliedstaaten die auf diese Weise berechneten Beträge vor dem 1. Februar des Jahres mit, das auf das Jahr der Übermittlung der Angleichungsdaten folgt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates vom 29. Mai 1989 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (ABl. L 155 vom 7.6.1989 S. 9).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 10b.

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTE MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL (Fortsetzung)

3 1 0 (Fortsetzung)

3 1 0 3 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	—	p.m.
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	—	p.m.
Dänemark	p.m.	—	p.m.
Deutschland	p.m.	—	p.m.
Estland	p.m.	—	p.m.
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	p.m.	—	p.m.
Spanien	p.m.	—	p.m.
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	—	p.m.
Italien	p.m.	—	p.m.
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	p.m.	—	p.m.
Luxemburg	p.m.	—	p.m.
Ungarn	p.m.	—	p.m.
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	—	p.m.
Österreich	p.m.	—	p.m.
Polen	p.m.	—	p.m.
Portugal	p.m.	—	p.m.
Rumänien	p.m.	—	p.m.
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	—	p.m.
Finnland	p.m.	—	p.m.
Schweden	p.m.	—	p.m.
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
Posten 3 1 0 3 insgesamt	p.m.	—	p.m.

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL

3 2 0 Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995

3 2 0 3 Anwendung von Artikel 10b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 609/2014 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 übermittelten Zahlen für das Aggregat BNE des vorhergehenden Haushaltsjahres und seine Bestandteile werden jedem Mitgliedstaat ein entsprechend den Unionsvorschriften festgesetzter Betrag angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet.

Etwaige Änderungen am Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen vorhergehender Haushaltsjahre gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates, vorbehaltlich Artikel 4 und 5 dieser Verordnung, führen für jeden betroffenen Mitgliedstaat zu einer Angleichung des nach Artikel 10b Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 festgesetzten Saldos.

Die Kommission teilt den Mitgliedstaaten die auf diese Weise berechneten Beträge vor dem 1. Februar des Jahres mit, das auf das Jahr der Übermittlung der Angleichungsdaten folgt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 10b.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1).

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10B DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 609/2014 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTEN EIGENMITTEL (Fortsetzung)

3 2 0 (Fortsetzung)

3 2 0 3 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	—	p.m.
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	—	p.m.
Dänemark	p.m.	—	p.m.
Deutschland	p.m.	—	p.m.
Estland	p.m.	—	p.m.
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	p.m.	—	p.m.
Spanien	p.m.	—	p.m.
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	—	p.m.
Italien	p.m.	—	p.m.
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	p.m.	—	p.m.
Luxemburg	p.m.	—	p.m.
Ungarn	p.m.	—	p.m.
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	—	p.m.
Österreich	p.m.	—	p.m.
Polen	p.m.	—	p.m.
Portugal	p.m.	—	p.m.
Rumänien	p.m.	—	p.m.
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	—	p.m.
Finnland	p.m.	—	p.m.
Schweden	p.m.	—	p.m.
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
Posten 3 2 0 3 insgesamt	p.m.	—	p.m.

KAPITEL 3 3 — VERRECHNUNG DER ANGLEICHUNGEN DER MWST- UND BNE-EIGENMITTEL VORANGEGANGENER HAUSHALTSJAHRE

Erläuterungen

Neues Kapitel

3 3 0

Verrechnung der Angleichungen der MWST- und BNE-Eigenmittel vorangegangener Haushaltsjahre

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
	p.m.	p.m.

Erläuterungen

Neuer Artikel

Ergebnis der Berechnung zur Verrechnung von Angleichungen der MwSt- und BNE-Eigenmittel früherer Haushaltsjahre.

Diese Berechnung ist das Ergebnis der Multiplikation der Gesamtbeträge der in Artikel 10b Absätze 1 bis 4 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates genannten Angleichungen mit Ausnahme der besonderen Angleichungen nach Absatz 2 Buchstaben b und c mit dem prozentualen Anteil des BNE dieses Mitgliedstaats am Gesamt-BNE aller Mitgliedstaaten, der zum 15. Januar auf den für das Jahr, das auf das Jahr der Übermittlung der Angleichungsdaten folgt, geltenden Haushaltsplan angewendet wird.

Die Kommission teilt den Mitgliedstaaten die auf diese Weise berechneten Beträge vor dem 1. Februar des Jahres mit, das auf das Jahr der Übermittlung der Angleichungsdaten folgt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 10b Absatz 5.

KAPITEL 3 3 — VERRECHNUNG DER ANGLEICHUNGEN DER MWST- UND BNE-EIGENMITTEL VORANGEGANGENER HAUSHALTSJAHRE (Fortsetzung)

3 3 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaat	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	—	p.m.	p.m.
Bulgarien	—	p.m.	p.m.
Tschechische Republik	—	p.m.	p.m.
Dänemark	—	p.m.	p.m.
Deutschland	—	p.m.	p.m.
Estland	—	p.m.	p.m.
Irland	—	p.m.	p.m.
Griechenland	—	p.m.	p.m.
Spanien	—	p.m.	p.m.
Frankreich	—	p.m.	p.m.
Kroatien	—	p.m.	p.m.
Italien	—	p.m.	p.m.
Zypern	—	p.m.	p.m.
Lettland	—	p.m.	p.m.
Litauen	—	p.m.	p.m.
Luxemburg	—	p.m.	p.m.
Ungarn	—	p.m.	p.m.
Malta	—	p.m.	p.m.
Niederlande	—	p.m.	p.m.
Österreich	—	p.m.	p.m.
Polen	—	p.m.	p.m.
Portugal	—	p.m.	p.m.
Rumänien	—	p.m.	p.m.
Slowenien	—	p.m.	p.m.
Slowakei	—	p.m.	p.m.
Finnland	—	p.m.	p.m.
Schweden	—	p.m.	p.m.
Vereinigtes Königreich	—	p.m.	p.m.
<i>Artikel 3 3 0 insgesamt</i>	—	p.m.	p.m.

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

3 4 0 *Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
p.m.		p.m.

Erläuterungen

Artikel 3 des Protokolls über die Position Dänemarks und Artikel 5 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sehen vor, dass diese Länder keine finanziellen Folgen bestimmter Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zu tragen haben, mit Ausnahme der sich ergebenden Verwaltungskosten. Es kann daher eine Anpassung der gezahlten Eigenmittel für jedes Jahr ihrer Nichtbeteiligung vorgenommen werden.

Der Beitrag jedes Mitgliedstaats zum Anpassungsmechanismus wird berechnet, indem die für diese Maßnahme oder Politik getätigten Ausgaben entsprechend dem Verhältnis des BNE-Gesamttaggregats und seiner Bestandteile — wie von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1) für das Vorjahr vorgelegt — umgelegt wird.

Die Kommission stellt den Saldo für jeden Mitgliedstaat fest und teilt ihn dem betreffenden Mitgliedstaat so rechtzeitig mit, dass dieser den Saldo am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gemäß Artikel 11 dieser Verordnung gutschreiben kann.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 11.

Protokoll über die Position Dänemarks im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 3, und Protokoll über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands über die Politik in den Bereichen Justiz und Inneres im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 5.

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT (Fortsetzung)

3 4 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	p.m.	—	p.m.
Bulgarien	p.m.	—	p.m.
Tschechische Republik	p.m.	—	p.m.
Dänemark	p.m.	—	p.m.
Deutschland	p.m.	—	p.m.
Estland	p.m.	—	p.m.
Irland	p.m.	—	p.m.
Griechenland	p.m.	—	p.m.
Spanien	p.m.	—	p.m.
Frankreich	p.m.	—	p.m.
Kroatien	p.m.	—	p.m.
Italien	p.m.	—	p.m.
Zypern	p.m.	—	p.m.
Lettland	p.m.	—	p.m.
Litauen	p.m.	—	p.m.
Luxemburg	p.m.	—	p.m.
Ungarn	p.m.	—	p.m.
Malta	p.m.	—	p.m.
Niederlande	p.m.	—	p.m.
Österreich	p.m.	—	p.m.
Polen	p.m.	—	p.m.
Portugal	p.m.	—	p.m.
Rumänien	p.m.	—	p.m.
Slowenien	p.m.	—	p.m.
Slowakei	p.m.	—	p.m.
Finnland	p.m.	—	p.m.
Schweden	p.m.	—	p.m.
Vereinigtes Königreich	p.m.	—	p.m.
<i>Artikel 3 4 0 insgesamt</i>	p.m.	—	p.m.

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**3 5 0 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs**

3 5 0 4 Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
0,—	0,—	0,—

Erläuterungen

Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2012.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS (Fortsetzung)

3 5 0 (Fortsetzung)

3 5 0 4 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	12 108 628	—	12 108 628
Bulgarien	1 275 199	—	1 275 199
Tschechische Republik	3 342 634	—	3 342 634
Dänemark	4 686 427	—	4 686 427
Deutschland	7 934 870	—	7 934 870
Estland	568 776	—	568 776
Irland	5 094 409	—	5 094 409
Griechenland	1 773 357	—	1 773 357
Spanien	7 537 051	—	7 537 051
Frankreich	38 002 662	—	38 002 662
Kroatien	382 317	—	382 317
Italien	19 830 215	—	19 830 215
Zypern	241 390	—	241 390
Lettland	102 976	—	102 976
Litauen	646 364	—	646 364
Luxemburg	1 741 166	—	1 741 166
Ungarn	2 179 154	—	2 179 154
Malta	101 561	—	101 561
Niederlande	4 101 900	—	4 101 900
Österreich	1 068 284	—	1 068 284
Polen	7 063 680	—	7 063 680
Portugal	3 441 569	—	3 441 569
Rumänien	2 351 280	—	2 351 280
Slowenien	554 253	—	554 253
Slowakei	1 502 129	—	1 502 129
Finnland	4 198 567	—	4 198 567
Schweden	1 007 093	—	1 007 093
Vereinigtes Königreich	- 132 837 911	—	- 132 837 911
Posten 3 5 0 4 insgesamt	0	—	0

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**3 6 0 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs**

3 6 0 4 Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
0,—	0,—	0,—

Erläuterungen

Dieser Posten dient der Verbuchung des Differenzbetrags zwischen der vorläufigen Schätzung und der zuletzt vorgenommenen Aktualisierung des VK-Korrekturbetrags, bevor der endgültige Betrag berechnet wird.

Die Zahlenangaben entsprechen dem Ergebnis der vorläufigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Haushaltsjahr 2014.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 4 und 5.

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS (Fortsetzung)
3 6 0 (Fortsetzung)

3 6 0 4 (Fortsetzung)

Mitgliedstaat	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	9 808 723	3 488 888	13 297 611
Bulgarien	1 857 845	464 957	2 322 802
Tschechische Republik	5 618 512	804 590	6 423 102
Dänemark	5 183 926	5 070 780	10 254 706
Deutschland	15 098 382	4 791 414	19 889 796
Estland	615 754	254 986	870 740
Irland	6 055 723	7 942 509	13 998 232
Griechenland	3 882 091	1 216 873	5 098 964
Spanien	23 452 091	10 574 107	34 026 198
Frankreich	62 183 471	15 185 895	77 369 366
Kroatien	2 392 016	351 113	2 743 129
Italien	60 923 232	- 1 692 163	59 231 069
Zypern	1 058 836	- 207 548	851 288
Lettland	517 980	515 566	1 033 546
Litauen	493 224	376 255	869 479
Luxemburg	3 153 754	422 041	3 575 795
Ungarn	2 775 751	1 138 198	3 913 949
Malta	557 582	86 100	643 682
Niederlande	3 797 278	1 025 772	4 823 050
Österreich	1 572 870	554 985	2 127 855
Polen	16 987 381	2 950 167	19 937 548
Portugal	5 315 559	1 396 919	6 712 478
Rumänien	6 012 749	2 451 260	8 464 009
Slowenien	1 449 464	321 208	1 770 672
Slowakei	2 207 088	819 057	3 026 145
Finnland	5 796 891	3 306 011	9 102 902
Schweden	2 634 984	806 713	3 441 697
Vereinigtes Königreich	- 251 403 157	- 64 416 653	- 315 819 810
Posten 3 6 0 4 insgesamt	0	0	0

KAPITEL 3 7 — ANPASSUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER EIGENMITTELBESCHLÜSSE

Erläuterungen

Neues Kapitel

3 7 0

Anpassungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Eigenmittelbeschlüsse

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
—	0,—	0,—

Erläuterungen

Neuer Artikel

Ergebnis der Berechnung der rückwirkenden Durchführung des Eigenmittelbeschlusses 2014/335/EU, Euratom in den Jahren 2014 und 2015.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 11.

KAPITEL 3 7 — ANPASSUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER DURCHFÜHRUNG DER EIGENMITTELBESCHLÜSSE (Fortsetzung)

3 7 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaat	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2016	Neuer Betrag
Belgien	—	380 157 383	380 157 383
Bulgarien	—	12 976 885	12 976 885
Tschechische Republik	—	120 908 594	120 908 594
Dänemark	—	- 147 742 832	- 147 742 832
Deutschland	—	- 1 996 696 973	- 1 996 696 973
Estland	—	7 533 435	7 533 435
Irland	—	170 564 976	170 564 976
Griechenland	—	60 999 683	60 999 683
Spanien	—	444 555 900	444 555 900
Frankreich	—	1 063 986 397	1 063 986 397
Kroatien	—	13 236 646	13 236 646
Italien	—	887 769 484	887 769 484
Zypern	—	9 862 666	9 862 666
Lettland	—	6 740 740	6 740 740
Litauen	—	12 047 755	12 047 755
Luxemburg	—	4 601 725	4 601 725
Ungarn	—	45 076 397	45 076 397
Malta	—	2 539 423	2 539 423
Niederlande	—	- 1 798 837 531	- 1 798 837 531
Österreich	—	180 218 679	180 218 679
Polen	—	155 777 950	155 777 950
Portugal	—	77 069 484	77 069 484
Rumänien	—	32 865 560	32 865 560
Slowenien	—	22 119 731	22 119 731
Slowakei	—	33 257 802	33 257 802
Finnland	—	132 868 521	132 868 521
Schweden	—	- 635 351 204	- 635 351 204
Vereinigtes Königreich	—	700 892 724	700 892 724
Artikel 3 7 0 insgesamt	—	0	0

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	<i>Artikel 7 0 0 — Total</i>	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	15 000 000		15 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	23 000 000		23 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	100 000 000		100 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	100 000 000		100 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 7 2 0 — Total</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	123 000 000		123 000 000

TITEL 7
VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN**7 0 0 *Verzugszinsen***

7 0 0 0 Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
5 000 000		5 000 000

Erläuterungen

Jede Verzögerung der Gutschrift durch einen Mitgliedstaat auf dem für die Kommission gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 eingerichteten Konto führt zu Verzugszinsen für den betreffenden Mitgliedstaat. Auf die Einziehung von Verzugszinsbeträgen von unter 500 EUR wird jedoch verzichtet.

Für die MwSt- und BNE-Eigenmittel sind Verzugszinsen nur bei verspäteter Gutschrift von Beträgen gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 zu zahlen.

Für die an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten entspricht der Zinssatz dem im Amtsblatt der Europäischen Union, Reihe C, veröffentlichten Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von der Europäischen Zentralbank bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte.

Für die nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten entspricht der Zinssatz dem Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von den Zentralbanken bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Für die Mitgliedstaaten, für die der Zentralbanksatz nicht vorliegt, entspricht der Zinssatz dem am ehesten entsprechenden Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats auf dem Geldmarkt des jeweiligen Mitgliedstaats angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte.

Die Erhöhung überschreitet insgesamt 16 Prozentpunkte nicht. Der erhöhte Satz findet auf die gesamte Dauer des Verzugs Anwendung.

Rat	p.m.
Kommission	5 000 000
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	5 000 000

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39), insbesondere Artikel 12.

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN *(Fortsetzung)***7 0 0** *(Fortsetzung)***7 0 0 0** *(Fortsetzung)*

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

BAND III
KOMMISSION

KOMMISSION

EINNAHMEN

TITEL 7
VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN**KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN****KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 7 0			
7 0 0	Verzugszinsen			
7 0 0 0	Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten	5 000 000		5 000 000
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000		3 000 000
	<i>Artikel 7 0 0 — Total</i>	8 000 000		8 000 000
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	15 000 000		15 000 000
	KAPITEL 7 0 — TOTAL	23 000 000		23 000 000
	KAPITEL 7 1			
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	100 000 000		100 000 000
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.		p.m.
7 1 2	Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 1 — TOTAL	100 000 000		100 000 000
	KAPITEL 7 2			
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen			
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.		p.m.
	<i>Artikel 7 2 0 — Total</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 7 2 — TOTAL	p.m.		p.m.
	Titel 7 — Total	123 000 000		123 000 000

KOMMISSION

TITEL 7

VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

7 0 0 **Verzugszinsen**

7 0 0 0 Zinsen infolge verspäteter Gutschrift auf den Konten bei den Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2017	Neuer Betrag
5 000 000		5 000 000

Erläuterungen

Jede Verzögerung der Gutschrift durch einen Mitgliedstaat auf dem für die Kommission gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 eingerichteten Konto führt zu Verzugszinsen für den betreffenden Mitgliedstaat. Auf die Einziehung von Verzugszinsbeträgen von unter 500 EUR wird jedoch verzichtet.

Für die MwSt- und BNE-Eigenmittel sind Verzugszinsen nur bei verspäteter Gutschrift von Beträgen gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 zu zahlen.

Für die an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten entspricht der Zinssatz dem im Amtsblatt der Europäischen Union, Reihe C, veröffentlichten Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von der Europäischen Zentralbank bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte.

Für die nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten entspricht der Zinssatz dem Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von den Zentralbanken bei ihren Hauptrefinanzierungsgeschäften angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Für die Mitgliedstaaten, für die der Zentralbanksatz nicht vorliegt, entspricht der Zinssatz dem am ehesten entsprechenden Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats auf dem Geldmarkt des jeweiligen Mitgliedstaats angewandt wird, oder einem Zinssatz von 0 Prozent, je nachdem, welcher Satz höher ist, zuzüglich 2,5 Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich für jeden Verzugsmonat um 0,25 Prozentpunkte.

Die Erhöhung überschreitet insgesamt 16 Prozentpunkte nicht. Der erhöhte Satz findet auf die gesamte Dauer des Verzugs Anwendung.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 609/2014 des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung der Methoden und Verfahren für die Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie der Maßnahmen zur Bereitstellung der erforderlichen Kassenmittel (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 39, insbesondere Artikel 12).

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates (ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1), insbesondere Artikel 78 Absatz 4.

ENDGÜLTIGER ERLASS (EU, Euratom) 2017/305**des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016**

DER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 314 Absatz 4 Buchstabe a und Absatz 9, gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 106a,

gestützt auf den Beschluss des Rates 2014/335/EU, Euratom vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union ⁽¹⁾, gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014–2020 ⁽³⁾,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung ⁽⁴⁾,

unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016, der am 25. November 2015 endgültig erlassen wurde ⁽⁵⁾,

unter Hinweis auf den von der Kommission am 19. Oktober 2016 angenommenen Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016,

unter Hinweis auf den Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2016, der vom Rat am 15. November 2016 festgelegt und dem Europäischen Parlament am selben Tag zugeleitet wurde,

unter Hinweis auf die Billigung des Standpunkts des Rates durch das Europäische Parlament am 1. Dezember 2016,

gestützt auf die Artikel 88 und 91 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments,

STELLT FEST:

Einziges Artikel

Das Verfahren gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist abgeschlossen, und der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016 ist endgültig erlassen.

Geschehen zu Brüssel am 1. Dezember 2016.

Der Präsident
M. SCHULZ

⁽¹⁾ ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105.

⁽²⁾ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884.

⁽⁴⁾ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 48 vom 24.2.2016.

BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN Nr. 6 FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2017

INHALT

Seite

GESAMTEINNAHMEN

A. Einleitung und Finanzierung des Gesamthaushaltsplans	183
Einnahmen nach Haushaltslinien	197
— Titel 1: Eigene Mittel	198

EINNAHMEN UND AUSGABEN NACH EINZELPLÄNEN

Einzelplan III: Kommission	202
— Ausgaben	203
— Titel 13: Regionalpolitik und Stadtentwicklung	205

A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

Mittelsätze für das Haushaltsjahr 2016, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2014/436/EG, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
1. Intelligentes und integratives Wachstum	59 290 697 648	66 853 308 910	- 11,31
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	54 972 403 654	55 978 784 039	- 1,80
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	3 022 387 739	1 926 965 795	+ 56,85
4. Europa in der Welt	10 155 590 403	7 478 225 907	+ 35,80
5. Verwaltung	8 950 916 040	8 658 632 705	+ 3,38
6. Ausgleichszahlungen	p.m.	p.m.	—
Besondere Instrumente	250 475 125	384 505 583	- 34,86
Gesamtbetrag der Ausgaben ⁽³⁾	136 642 470 609	141 280 422 939	- 3,28
<p>⁽¹⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (ABl. L 48 vom 24.2.2006), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 6/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (ABl. L 69 vom 13.3.2015), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushalt 2016 ⁽¹⁾	Haushalt 2015 ⁽²⁾	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	1 616 701 373	3 045 497 557	- 46,92
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	1 349 116 814	1 434 557 708	- 5,96
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	p.m.	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	7 133 244 000	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	2 965 818 187	11 613 299 265	- 74,46
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	20 247 900 000	18 759 400 000	+ 7,93
MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	16 279 317 150	18 023 353 946	- 9,68
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	97 149 435 272	92 884 369 728	+ 4,59
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom zu deckende Mittelsätze ⁽³⁾	133 676 652 422	129 667 123 674	+ 3,09
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁽⁴⁾	136 642 470 609	141 280 422 939	- 3,28
<p>⁽¹⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2016 (Abl. L 48 vom 24.2.2006), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2016 bis Nr. 6/2016.</p> <p>⁽²⁾ Die Zahlenangaben in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2015 (Abl. L 69 vom 13.3.2015), zuzüglich der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 1/2015 bis Nr. 8/2015.</p> <p>⁽³⁾ Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2016 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 166. Sitzung am 18. Mai 2016 angenommen hat.</p> <p>⁽⁴⁾ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“</p>			

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage ⁽¹⁾	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt-Bemessungsgrundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Belgien	1 721 991 000	4 238 385 000	50	2 119 192 500	1 721 991 000	
Bulgarien	207 858 000	436 223 000	50	218 111 500	207 858 000	
Tschechische Republik	680 378 000	1 582 293 000	50	791 146 500	680 378 000	
Dänemark	1 022 373 000	2 804 139 000	50	1 402 069 500	1 022 373 000	
Deutschland	12 984 422 000	32 010 557 000	50	16 005 278 500	12 984 422 000	
Estland	102 808 000	207 919 000	50	103 959 500	102 808 000	
Irland	809 088 000	1 948 180 000	50	974 090 000	809 088 000	
Griechenland	759 264 000	1 760 083 000	50	880 041 500	759 264 000	
Spanien	4 723 052 000	11 193 707 000	50	5 596 853 500	4 723 052 000	
Frankreich	9 712 577 000	22 713 643 000	50	11 356 821 500	9 712 577 000	
Kroatien	256 144 000	438 499 000	50	219 249 500	219 249 500	Kroatien
Italien	6 088 296 000	16 687 221 000	50	8 343 610 500	6 088 296 000	
Zypern	116 299 000	172 542 000	50	86 271 000	86 271 000	Zypern
Lettland	98 291 000	258 792 000	50	129 396 000	98 291 000	
Litauen	151 049 000	376 190 000	50	188 095 000	151 049 000	
Luxemburg	275 478 000	350 152 000	50	175 076 000	175 076 000	Luxemburg
Ungarn	433 908 000	1 073 674 000	50	536 837 000	433 908 000	
Malta	63 326 000	91 306 000	50	45 653 000	45 653 000	Malta
Niederlande	2 787 039 000	7 030 893 000	50	3 515 446 500	2 787 039 000	
Österreich	1 556 782 000	3 461 805 000	50	1 730 902 500	1 556 782 000	
Polen	1 833 156 000	4 236 962 000	50	2 118 481 000	1 833 156 000	
Portugal	871 109 000	1 817 370 000	50	908 685 000	871 109 000	
Rumänien	550 855 000	1 643 024 000	50	821 512 000	550 855 000	
Slowenien	178 550 000	391 715 000	50	195 857 500	178 550 000	
Slowakei	266 343 000	776 122 000	50	388 061 000	266 343 000	
Finnland	915 357 000	2 127 774 000	50	1 063 887 000	915 357 000	
Schweden	2 034 845 000	4 900 449 000	50	2 450 224 500	2 034 845 000	
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	25 888 719 000	50	12 944 359 500	12 151 903 000	
Insgesamt	63 352 541 000	150 618 338 000		75 309 169 000	63 167 543 500	

(¹) Die Bemessungsgrundlage wird auf 50 % des Bruttonationaleinkommens begrenzt.

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt-Eigenmittel (in %)	MwSt-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 721 991 000	0,30	516 597 300
Bulgarien	207 858 000	0,30	62 357 400
Tschechische Republik	680 378 000	0,30	204 113 400
Dänemark	1 022 373 000	0,30	306 711 900
Deutschland	12 984 422 000	0,15	1 947 663 300
Estland	102 808 000	0,30	30 842 400
Irland	809 088 000	0,30	242 726 400
Griechenland	759 264 000	0,30	227 779 200
Spanien	4 723 052 000	0,30	1 416 915 600
Frankreich	9 712 577 000	0,30	2 913 773 100
Kroatien	219 249 500	0,30	65 774 850
Italien	6 088 296 000	0,30	1 826 488 800
Zypern	86 271 000	0,30	25 881 300
Lettland	98 291 000	0,30	29 487 300
Litauen	151 049 000	0,30	45 314 700
Luxemburg	175 076 000	0,30	52 522 800
Ungarn	433 908 000	0,30	130 172 400
Malta	45 653 000	0,30	13 695 900
Niederlande	2 787 039 000	0,15	418 055 850
Österreich	1 556 782 000	0,30	467 034 600
Polen	1 833 156 000	0,30	549 946 800
Portugal	871 109 000	0,30	261 332 700
Rumänien	550 855 000	0,30	165 256 500
Slowenien	178 550 000	0,30	53 565 000
Slowakei	266 343 000	0,30	79 902 900
Finnland	915 357 000	0,30	274 607 100
Schweden	2 034 845 000	0,15	305 226 750
Vereinigtes Königreich	12 151 903 000	0,30	3 645 570 900
Insgesamt	63 167 543 500		16 279 317 150

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonationaleinkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	4 238 385 000		2 733 775 413
Bulgarien	436 223 000		281 365 594
Tschechische Republik	1 582 293 000		1 020 585 364
Dänemark	2 804 139 000		1 808 680 961
Deutschland	32 010 557 000		20 646 938 325
Estland	207 919 000		134 108 593
Irland	1 948 180 000		1 256 583 955
Griechenland	1 760 083 000		1 135 260 631
Spanien	11 193 707 000		7 219 986 146
Frankreich	22 713 643 000		14 650 391 312
Kroatien	438 499 000		282 833 623
Italien	16 687 221 000		10 763 324 824
Zypern	172 542 000		111 290 286
Lettland	258 792 000	0,6 450 040 ⁽¹⁾	166 921 883
Litauen	376 190 000		242 644 067
Luxemburg	350 152 000		225 849 452
Ungarn	1 073 674 000		692 524 059
Malta	91 306 000		58 892 738
Niederlande	7 030 893 000		4 534 954 332
Österreich	3 461 805 000		2 232 878 182
Polen	4 236 962 000		2 732 857 573
Portugal	1 817 370 000		1 172 210 977
Rumänien	1 643 024 000		1 059 757 104
Slowenien	391 715 000		252 657 754
Slowakei	776 122 000		500 601 819
Finnland	2 127 774 000		1 372 422 809
Schweden	4 900 449 000		3 160 809 363
Vereinigtes Königreich	25 888 719 000		16 698 328 133
Insgesamt	150 618 338 000		97 149 435 272

⁽¹⁾ Berechnung des Satzes: (97 149 435 272) / (150 618 338 000) = 0,64500403179326.

TABELLE 4

Berechnung der Bruttokürzung des BNE-Beitrags Dänemarks, der Niederlande, Österreichs und Schwedens und deren Finanzierung gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 6)

Mitgliedstaat	Bruttokürzung	Anteile an den BNE-Grundlagen	BNE-Schlüssel für Bruttokürzung	Finanzierung der Kürzung
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1) + (3)
Belgien		2,81	31 449 227	31 449 227
Bulgarien		0,29	3 236 817	3 236 817
Tschechische Republik		1,05	11 740 767	11 740 767
Dänemark	- 142 439 555	1,86	20 806 983	- 121 632 572
Deutschland		21,25	237 521 435	237 521 435
Estland		0,14	1 542 779	1 542 779
Irland		1,29	14 455 684	14 455 684
Griechenland		1,17	13 059 986	13 059 986
Spanien		7,43	83 058 391	83 058 391
Frankreich		15,08	168 537 432	168 537 432
Kroatien		0,29	3 253 705	3 253 705
Italien		11,08	123 820 797	123 820 797
Zypern		0,11	1 280 278	1 280 278
Lettland		0,17	1 920 262	1 920 262
Litauen		0,25	2 791 366	2 791 366
Luxemburg		0,23	2 598 162	2 598 162
Ungarn		0,71	7 966 765	7 966 765
Malta		0,06	677 499	677 499
Niederlande	- 761 503 777	4,67	52 169 910	- 709 333 867
Österreich	- 10 956 889	2,30	25 686 929	14 730 040
Polen		2,81	31 438 669	31 438 669
Portugal		1,21	13 485 062	13 485 062
Rumänien		1,09	12 191 397	12 191 397
Slowenien		0,26	2 906 563	2 906 563
Slowakei		0,52	5 758 900	5 758 900
Finnland		1,41	15 788 289	15 788 289
Schweden	- 202 702 444	3,25	36 361 807	- 166 340 637
Vereinigtes Königreich		17,19	192 096 804	192 096 804
Insgesamt	- 1 117 602 665	100,00	1 117 602 665	0

TABELLE 5.1

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2015) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	19,2145	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,5910	
3. (1) – (2)	11,6235	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		129 194 773 448
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		31 733 179 803
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		97 461 593 645
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		7 476 753 663
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 496 521 393
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 980 232 270
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 76 109 576
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		6 056 341 847
⁽¹⁾ Gerundet. ⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden. ⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst. ⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um den Nettobetrag der Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 20 % ab dem 1. Januar 2014).		

TABELLE 5.2

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2014) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom (Kapitel 3 6)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	17,4319	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,4180	
3. (1) – (2)	10,0139	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		128 669 838 650
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		33 342 488 843
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 327 349 807
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		6 300 352 079
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		1 162 878 038
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 137 474 040
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		– 28 189 034
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		5 165 663 075
<p>⁽¹⁾ Gerundet.</p> <p>⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in 13 Mitgliedstaaten (die der EU nach dem 30. April 2004 beigetreten sind), mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden.</p> <p>⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.</p> <p>⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um den Nettobetrag der Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 20 % ab dem 1. Januar 2014).</p> <p>⁽⁵⁾ Anmerkung: Die Differenz von -315 819 810 EUR zwischen dem vorläufigen VK-Korrekturbetrag für 2014 (5 165 663 075 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH 5/2016 zur Durchführung des Eigenmittelbeschlusses im Jahr 2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2014 (4 849 843 265 EUR) wird mit dem BH Nr. 5/2016 bei Kapitel 3 6 eingestellt.</p>		

TABELLE 5.3

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2012) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EU, Euratom (Kapitel 3 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁽¹⁾ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt-Bemessungsgrundlage	16,1200	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,2358	
3. (1) – (2)	8,8842	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		126 017 496 941
5. Erweiterungsbedingte Ausgaben ⁽²⁾		30 151 594 002
5a. Heranführungsausgaben		3 084 519 964
5b. Ausgaben im Zusammenhang mit Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		27 067 074 038
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		95 865 902 938
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		5 621 164 211
8. VK-Vorteil ⁽³⁾		331 907 397
9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		5 289 256 814
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ⁽⁴⁾		12 810 520
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs ⁽⁵⁾ = (9) – (10)		5 276 446 294

⁽¹⁾ Gerundet.

⁽²⁾ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht Folgendem: i) den an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen) Mitgliedstaaten geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2011 angepasst wurden, sowie den an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2011 angepasst wurden (5a), und ii) dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

⁽³⁾ Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt-Bemessungsgrundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

⁽⁴⁾ Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

⁽⁵⁾ Anmerkung: Die Differenz von -132 837 911 EUR zwischen dem endgültigen VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 276 446 294 EUR, Berechnung siehe oben) und dem im BH Nr. 6/2015 vorläufig veranschlagten VK-Korrekturbetrag für 2012 (5 143 608 383 EUR) wird mit dem BH Nr. 4/2016 bei Kapitel 3 5 eingestellt.

TABELLE 6.1

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs – 6 056 341 847 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE-Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungsschlüssel	Finanzierungsschlüssel, angewandt auf den Korrekturbetrag
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,81	3,40	5,48		1,56	4,96	300 419 482
Bulgarien	0,29	0,35	0,56		0,16	0,51	30 919 770
Tschechische Republik	1,05	1,27	2,05		0,58	1,85	112 153 956
Dänemark	1,86	2,25	3,63		1,03	3,28	198 759 194
Deutschland	21,25	25,66	0,00	- 19,25	0,00	6,42	388 574 256
Estland	0,14	0,17	0,27		0,08	0,24	14 737 434
Irland	1,29	1,56	2,52		0,72	2,28	138 088 264
Griechenland	1,17	1,41	2,28		0,65	2,06	124 755 826
Spanien	7,43	8,97	14,48		4,13	13,10	793 417 224
Frankreich	15,08	18,21	29,37		8,37	26,58	1 609 957 772
Kroatien	0,29	0,35	0,57		0,16	0,51	31 081 094
Italien	11,08	13,38	21,58		6,15	19,53	1 182 801 065
Zypern	0,11	0,14	0,22		0,06	0,20	12 229 889
Lettland	0,17	0,21	0,33		0,10	0,30	18 343 345
Litauen	0,25	0,30	0,49		0,14	0,44	26 664 592
Luxemburg	0,23	0,28	0,45		0,13	0,41	24 819 001
Ungarn	0,71	0,86	1,39		0,40	1,26	76 102 711
Malta	0,06	0,07	0,12		0,03	0,11	6 471 829
Niederlande	4,67	5,64	0,00	- 4,23	0,00	1,41	85 347 594
Österreich	2,30	2,78	0,00	- 2,08	0,00	0,69	42 022 646
Polen	2,81	3,40	5,48		1,56	4,96	300 318 619
Portugal	1,21	1,46	2,35		0,67	2,13	128 816 366
Rumänien	1,09	1,32	2,12		0,61	1,92	116 458 609
Slowenien	0,26	0,31	0,51		0,14	0,46	27 765 014
Slowakei	0,52	0,62	1,00		0,29	0,91	55 012 032
Finnland	1,41	1,71	2,75		0,78	2,49	150 818 003
Schweden	3,25	3,93	0,00	- 2,95	0,00	0,98	59 486 260
Vereinigtes Königreich	17,19	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	- 28,50	28,50	100,00	6 056 341 847

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 6.2

Aktualisierung der Finanzierung des VK-Korrekturbetrags für 2014 (Kapitel 3 6)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	13 297 611
Bulgarien	2 322 802
Tschechische Republik	6 423 102
Dänemark	10 254 706
Deutschland	19 889 796
Estland	870 740
Irland	13 998 232
Griechenland	5 098 964
Spanien	34 026 198
Frankreich	77 369 366
Kroatien	2 743 129
Italien	59 231 069
Zypern	851 288
Lettland	1 033 546
Litauen	869 479
Luxemburg	3 575 795
Ungarn	3 913 949
Malta	643 682
Niederlande	4 823 050
Österreich	2 127 855
Polen	19 937 548
Portugal	6 712 478
Rumänien	8 464 009
Slowenien	1 770 672
Slowakei	3 026 145
Finnland	9 102 902
Schweden	3 441 697
Vereinigtes Königreich	– 315 819 810
Insgesamt	0

TABELLE 6.3

Finanzierung des endgültigen VK-Korrekturbetrags für 2012 (Kapitel 35)

Mitgliedstaat	Betrag
	(1)
Belgien	12 108 628
Bulgarien	1 275 199
Tschechische Republik	3 342 634
Dänemark	4 686 427
Deutschland	7 934 870
Estland	568 776
Irland	5 094 409
Griechenland	1 773 357
Spanien	7 537 051
Frankreich	38 002 662
Kroatien	382 317
Italien	19 830 215
Zypern	241 390
Lettland	102 976
Litauen	646 364
Luxemburg	1 741 166
Ungarn	2 179 154
Malta	101 561
Niederlande	4 101 900
Österreich	1 068 284
Polen	7 063 680
Portugal	3 441 569
Rumänien	2 351 280
Slowenien	554 253
Slowakei	1 502 129
Finnland	4 198 567
Schweden	1 007 093
Vereinigtes Königreich	- 132 837 911
Insgesamt	0

TABELLE 7

Überblick über die Finanzierung ⁽¹⁾ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmittelarten und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen						ORD 2014	Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (80 %)	Zölle netto (80 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (80 %)	Erhebungskosten (20 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	Kürzung zugunsten Dänemarks, der Niederlande, Österreichs und Schwedens	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten (in %)	Angleichung für die Haushaltsjahre 2014 und 2015	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9) = (5) + (6) + (7) + (8)	(10)	(11)	(12) = (3) + (9) + (11)
Belgien	7 000 000	1 984 800 000	1 991 800 000	497 950 000	516 597 300	2 733 775 413	31 449 227	325 825 721	3 607 647 661	3,18	380 157 383	5 979 605 044
Bulgarien	400 000	65 100 000	65 500 000	16 375 000	62 357 400	281 365 594	3 236 817	34 517 771	381 477 582	0,34	12 976 885	459 954 467
Tschechische Republik	3 600 000	250 600 000	254 200 000	63 550 000	204 113 400	1 020 585 364	11 740 767	121 919 692	1 358 359 223	1,20	120 908 594	1 733 467 817
Dänemark	3 600 000	381 200 000	384 800 000	96 200 000	306 711 900	1 808 680 961	- 121 632 572	213 700 327	2 207 460 616	1,95	- 147 742 832	2 444 517 784
Deutschland	28 100 000	4 124 900 000	4 153 000 000	1 038 250 000	1 947 663 300	20 646 938 325	237 521 435	416 398 922	23 248 521 982	20,50	- 1 996 696 973	25 404 825 009
Estland	0	27 800 000	27 800 000	6 950 000	30 842 400	134 108 593	1 542 779	16 176 950	182 670 722	0,16	7 533 435	218 004 157
Irland	0	314 600 000	314 600 000	78 650 000	242 726 400	1 256 583 955	14 455 684	157 180 905	1 670 946 944	1,47	170 564 976	2 156 111 920
Griechenland	1 500 000	151 000 000	152 500 000	38 125 000	227 779 200	1 135 260 631	13 059 986	131 628 147	1 507 727 964	1,33	60 999 683	1 721 227 647
Spanien	5 000 000	1 429 900 000	1 434 900 000	358 725 000	1 416 915 600	7 219 986 146	83 058 391	834 980 473	9 554 940 610	8,42	444 555 900	11 434 396 510
Frankreich	33 000 000	1 676 800 000	1 709 800 000	427 450 000	2 913 773 100	14 650 391 312	168 537 432	1 725 329 800	19 458 031 644	17,15	1 063 986 397	22 231 818 041
Kroatien	1 900 000	44 000 000	45 900 000	11 475 000	65 774 850	282 833 623	3 253 705	34 206 540	386 068 718	0,34	13 236 646	445 205 364
Italien	5 000 000	1 829 400 000	1 834 400 000	458 600 000	1 826 488 800	10 763 324 824	123 820 797	1 261 862 349	13 975 496 770	12,32	887 769 484	16 697 666 254
Zypern	0	19 600 000	19 600 000	4 900 000	25 881 300	111 290 286	1 280 278	13 322 567	151 774 431	0,13	9 862 666	181 237 097
Lettland	0	32 400 000	32 400 000	8 100 000	29 487 300	166 921 883	1 920 262	19 479 867	217 809 312	0,19	6 740 740	256 950 052
Litauen	900 000	80 300 000	81 200 000	20 300 000	45 314 700	242 644 067	2 791 366	28 180 435	318 930 568	0,28	12 047 755	412 178 323
Luxemburg	0	18 300 000	18 300 000	4 575 000	52 522 800	225 849 452	2 598 162	30 135 962	311 106 376	0,27	4 601 725	334 008 101
Ungarn	2 200 000	141 600 000	143 800 000	35 950 000	130 172 400	692 524 059	7 966 765	82 195 814	912 859 038	0,80	45 076 397	1 101 735 435
Malta	0	12 600 000	12 600 000	3 150 000	13 695 900	58 892 738	677 499	7 217 072	80 483 209	0,07	2 539 423	95 622 632

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen						ORD 2014	Eigenmittel insgesamt ⁽²⁾
	Zuckerabgaben netto (80 %)	Zölle netto (80 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (80 %)	Erhebungskosten (20 % des TEM-Bruttobetrag) (p.m.)	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel	Kürzung zugunsten Dänemarks, der Niederlande, Österreichs und Schwedens	VK-Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten (in %)	Angleichung für die Haushaltsjahre 2014 und 2015	
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9) = (5) + (6) + (7) + (8)	(10)	(11)	(12) = (3) + (9) + (11)
Niederlande	7 700 000	2 411 000 000	2 418 700 000	604 675 000	418 055 850	4 534 954 332	- 709 333 867	94 272 544	4 337 948 859	3,82	- 1 798 837 531	4 957 811 328
Österreich	3 400 000	214 500 000	217 900 000	54 475 000	467 034 600	2 232 878 182	14 730 040	45 218 785	2 759 861 607	2,43	180 218 679	3 157 980 286
Polen	13 700 000	550 400 000	564 100 000	141 025 000	549 946 800	2 732 857 573	31 438 669	327 319 847	3 641 562 889	3,21	155 777 950	4 361 440 839
Portugal	200 000	136 800 000	137 000 000	34 250 000	261 332 700	1 172 210 977	13 485 062	138 970 413	1 585 999 152	1,40	77 069 484	1 800 068 636
Rumänien	1 000 000	137 500 000	138 500 000	34 625 000	165 256 500	1 059 757 104	12 191 397	127 273 898	1 364 478 899	1,20	32 865 560	1 535 844 459
Slowenien	0	69 500 000	69 500 000	17 375 000	53 565 000	252 657 754	2 906 563	30 089 939	339 219 256	0,30	22 119 731	430 838 987
Slowakei	1 400 000	96 900 000	98 300 000	24 575 000	79 902 900	500 601 819	5 758 900	59 540 306	645 803 925	0,57	33 257 802	777 361 727
Finnland	800 000	126 300 000	127 100 000	31 775 000	274 607 100	1 372 422 809	15 788 289	164 119 472	1 826 937 670	1,61	132 868 521	2 086 906 191
Schweden	2 800 000	549 400 000	552 200 000	138 050 000	305 226 750	3 160 809 363	- 166 340 637	63 935 050	3 363 630 526	2,97	- 635 351 204	3 280 479 322
Vereinigtes Königreich	10 100 000	3 237 400 000	3 247 500 000	811 875 000	3 645 570 900	16 698 328 133	192 096 804	- 6 504 999 568	14 030 996 269	12,37	700 892 724	17 979 388 993
Insgesamt	133 300 000	20 114 600 000	20 247 900 000	5 061 975 000	16 279 317 150	97 149 435 272	0	0	113 428 752 422	100,00	0	133 676 652 422

(¹) p.m. (Eigenmittel + sonstige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt; (133 676 652 422 + 2 965 818 187 = 136 642 470 609 = 136 642 470 609).

(²) Eigenmittel insgesamt als Prozentsatz des BNE: (133 645 177 297) / (15 061 833 800 000) = 0,89 %

B. EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017	Neuer Betrag
1	EIGENE MITTEL	133 645 177 297	31 475 125	133 676 652 422
3	ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN	1 349 116 814		1 349 116 814
4	EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION	1 348 027 707		1 348 027 707
5	EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE	55 455 129		55 455 129
6	BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION	60 000 000		60 000 000
7	VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN	123 000 000		123 000 000
8	ANLEIHEN UND DARLEHEN	5 217 537		5 217 537
9	SONSTIGE EINNAHMEN	25 001 000		25 001 000
	GESAMTBETRAG	136 610 995 484	31 475 125	136 642 470 609

TITEL 1

EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 1 — LEVIES AND OTHER DUTIES PROVIDED FOR UNDER THE COMMON ORGANISATION OF THE MARKETS IN SUGAR (ARTICLE 2(1)(A) OF DECISION 2014/335/EU, EURATOM)

KAPITEL 1 2 — CUSTOMS DUTIES AND OTHER DUTIES REFERRED TO IN ARTICLE 2(1)(A) OF DECISION 2014/335/EU, EURATOM

KAPITEL 1 3 — OWN RESOURCES ACCRUING FROM VALUE ADDED TAX PURSUANT TO ARTICLE 2(1)(B) OF DECISION 2014/335/EU, EURATOM

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaus- haltsplan Nr. 6/2017	Neuer Betrag
	KAPITEL 1 1			
1 1 0	<i>Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren</i>	p.m.		p.m.
1 1 1	<i>Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker</i>	p.m.		p.m.
1 1 3	<i>Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge</i>	p.m.		p.m.
1 1 7	<i>Produktionsabgabe</i>	133 300 000		133 300 000
1 1 8	<i>Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote</i>	p.m.		p.m.
1 1 9	<i>Überschussbetrag</i>	p.m.		p.m.
	KAPITEL 1 1 — TOTAL	133 300 000		133 300 000
	KAPITEL 1 2			
1 2 0	<i>Customs duties and other duties referred to in Article 2(1)(a) of Decision 2014/335/EU, Euratom</i>	20 114 600 000		20 114 600 000
	KAPITEL 1 2 — TOTAL	20 114 600 000		20 114 600 000
	KAPITEL 1 3			
1 3 0	<i>Own resources accruing from value added tax pursuant to Article 2(1)(b) of Decision 2014/335/EU, Euratom</i>	16 279 317 150		16 279 317 150
	KAPITEL 1 3 — TOTAL	16 279 317 150		16 279 317 150
	KAPITEL 1 4			
1 4 0	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom</i>	97 117 960 147	31 475 125	97 149 435 272
	KAPITEL 1 4 — TOTAL	97 117 960 147	31 475 125	97 149 435 272

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE**KAPITEL 1 6 — GROSS REDUCTION IN THE ANNUAL GNI-BASED CONTRIBUTION GRANTED TO CERTAIN MEMBER STATES**

Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017	Neuer Betrag
1 5 0	KAPITEL 1 5			
	<i>Correction of budgetary imbalances granted to the United Kingdom in accordance with Articles 4 and 5 of Decision 2014/335/EU, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 5 — TOTAL	0,—		0,—
1 6 0	KAPITEL 1 6			
	<i>Gross reduction in the annual GNI-based contribution granted to certain Member States pursuant to Article 2(5) of Decision 2014/335/EU, Euratom</i>	0,—		0,—
	KAPITEL 1 6 — TOTAL	0,—		0,—
Titel 1 — Total		133 645 177 297	31 475 125	133 676 652 422

TITEL 1
EIGENE MITTEL

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM

1 4 0 *Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2014/335/EU, Euratom*

Haushaltsplan 2017	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017	Neuer Betrag
97 117 960 147	31 475 125	97 149 435 272

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Unionshaushalt stets von vornherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten anzuwendende Satz beträgt für dieses Haushaltsjahr 0,6450 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2014/335/EU, Euratom des Rates vom 26. Mai 2014 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (ABl. L 168 vom 7.6.2014, S. 105), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2014/335/EU, EURATOM (Fortsetzung)

1 4 0 (Fortsetzung)

Mitgliedstaaten	Haushalt 2016	Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2016	Neuer Betrag
Belgien	2 732 889 706	885 707	2 733 775 413
Bulgarien	281 274 435	91 159	281 365 594
Tschechische Republik	1 020 254 708	330 656	1 020 585 364
Dänemark	1 808 094 972	585 989	1 808 680 961
Deutschland	20 640 248 993	6 689 332	20 646 938 325
Estland	134 065 144	43 449	134 108 593
Irland	1 256 176 838	407 117	1 256 583 955
Griechenland	1 134 892 822	367 809	1 135 260 631
Spanien	7 217 646 966	2 339 180	7 219 986 146
Frankreich	14 645 644 780	4 746 532	14 650 391 312
Kroatien	282 741 989	91 634	282 833 623
Italien	10 759 837 650	3 487 174	10 763 324 824
Zypern	111 254 229	36 057	111 290 286
Lettland	166 867 803	54 080	166 921 883
Litauen	242 565 453	78 614	242 644 067
Luxemburg	225 776 280	73 172	225 849 452
Ungarn	692 299 690	224 369	692 524 059
Malta	58 873 658	19 080	58 892 738
Niederlande	4 533 485 067	1 469 265	4 534 954 332
Österreich	2 232 154 759	723 423	2 232 878 182
Polen	2 731 972 163	885 410	2 732 857 573
Portugal	1 171 831 196	379 781	1 172 210 977
Rumänien	1 059 413 757	343 347	1 059 757 104
Slowenien	252 575 897	81 857	252 657 754
Slowakei	500 439 631	162 188	500 601 819
Finnland	1 371 978 162	444 647	1 372 422 809
Schweden	3 159 785 302	1 024 061	3 160 809 363
Vereinigtes Königreich	16 692 918 097	5 410 036	16 698 328 133
<i>Artikel 1 4 0 insgesamt</i>	97 117 960 147	31 475 125	97 149 435 272

BAND III
KOMMISSION

AUSGABEN

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
01	WIRTSCHAFT UND FINANZEN	2 606 581 157	1 097 025 157			2 606 581 157	1 097 025 157
02	BINNENMARKT, INDUSTRIE, UNTERNEHMERTUM UND KMU	2 285 812 989	1 894 487 636			2 285 812 989	1 894 487 636
03	WETTBEWERB	102 698 620	102 698 620			102 698 620	102 698 620
04	BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION	12 924 259 299	11 185 720 525			12 924 259 299	11 185 720 525
05	LANDWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS	61 380 834 429	54 625 119 708			61 380 834 429	54 625 119 708
06	MOBILITÄT UND VERKEHR	4 219 477 187	2 295 863 330			4 219 477 187	2 295 863 330
07	UMWELT	448 266 445	397 061 087			448 266 445	397 061 087
08	FORSCHUNG UND INNOVATION	5 853 238 306	5 402 950 507			5 853 238 306	5 402 950 507
09	KOMMUNIKATIONSNETZE, INHALTE UND TECHNOLOGIEN	1 803 314 364	2 373 056 657			1 803 314 364	2 373 056 657
10	DIREKTE FORSCHUNG	396 834 657	402 688 960			396 834 657	402 688 960
11	MARITIME ANGELEGENHEITEN UND FISCHEREI	994 490 215	536 326 774			994 490 215	536 326 774
	Reserven (40 02 41)	79 515 750	76 610 750			79 515 750	76 610 750
		1 074 005 965	612 937 524			1 074 005 965	612 937 524
12	FINANZSTABILITÄT, FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND KAPITALMARKTUNION	84 986 304	85 662 304			84 986 304	85 662 304
13	REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG	35 988 630 661	31 275 098 987	31 475 125	31 475 125	36 020 105 786	31 306 574 112
14	STEUERN UND ZOLLUNION	166 447 251	159 265 251			166 447 251	159 265 251
15	BILDUNG UND KULTUR	2 889 262 253	3 030 752 053			2 889 262 253	3 030 752 053
16	KOMMUNIKATION	203 694 896	196 759 396			203 694 896	196 759 396
17	GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT	557 855 060	558 557 060			557 855 060	558 557 060
18	MIGRATION UND INNERES	3 475 091 730	2 333 443 097			3 475 091 730	2 333 443 097

KOMMISSION

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
19	AUSSENPOLITISCHE INSTRUMENTE	782 603 058	677 343 652			782 603 058	677 343 652
20	HANDEL	107 216 392	105 566 392			107 216 392	105 566 392
21	INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG	3 161 973 792	3 345 883 780			3 161 973 792	3 345 883 780
22	NACHBARSCHAFTSPOLITIK UND ERWEITERUNGSVERHANDLUNGEN	3 835 177 683	3 565 517 946			3 835 177 683	3 565 517 946
23	HUMANITÄRE HILFE UND KATASTROPHENSCHUTZ	1 202 303 141	1 560 487 834			1 202 303 141	1 560 487 834
24	BETRUGSBEKÄMPFUNG	80 226 300	85 655 000			80 226 300	85 655 000
25	KOORDINIERUNG DER POLITIKEN UND RECHTLICHE BERATUNG DER KOMMISSION	206 099 587	205 749 587			206 099 587	205 749 587
26	VERWALTUNG DER KOMMISSION	1 021 829 325	1 021 284 705			1 021 829 325	1 021 284 705
	Reserven (40 01 40)	3 426 739	3 426 739			3 426 739	3 426 739
		1 025 256 064	1 024 711 444			1 025 256 064	1 024 711 444
27	HAUSHALT	72 184 538	72 184 538			72 184 538	72 184 538
28	AUDIT	18 774 034	18 774 034			18 774 034	18 774 034
29	STATISTIK	139 150 570	127 507 570			139 150 570	127 507 570
30	VERSORGUNGSBEZÜGE UND VERBUNDENE AUSGABEN	1 647 355 000	1 647 355 000			1 647 355 000	1 647 355 000
31	SPRACHENDIENSTE	398 824 459	398 824 459			398 824 459	398 824 459
32	ENERGIE	1 457 767 330	1 507 745 646			1 457 767 330	1 507 745 646
33	JUSTIZ UND VERBRAUCHER	258 626 977	239 160 105			258 626 977	239 160 105
34	KLIMASCHUTZ	137 514 278	81 944 278			137 514 278	81 944 278
40	RESERVEN	557 554 489	219 037 489			557 554 489	219 037 489
	Total	151 466 956 776	132 832 559 124	31 475 125	31 475 125	151 498 431 901	132 864 034 249
	Davon Reserven (40 01 40, 40 02 41)	82 942 489	80 037 489			82 942 489	80 037 489

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017		Neuer Betrag	
		Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 01	VERWALTUNGS-AUSGABEN IM POLITIKBEREICH „REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG“	89 264 976	89 264 976			89 264 976	89 264 976
13 03	EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG UND SONSTIGE REGIONALPOLI- TISCHE TÄTIGKEITEN	27 001 568 669	23 945 491 090			27 001 568 669	23 945 491 090
13 04	KOHÄSIONSFONDS	8 764 484 012	6 636 678 932			8 764 484 012	6 636 678 932
13 05	INSTRUMENT FÜR HERANFÜHRUNGSHILFE — REGIONALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE UND TERRI- TORIALE ZUSAMMEN- ARBEIT	50 101 004	529 881 989			50 101 004	529 881 989
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS	50 000 000	50 000 000	31 475 125	31 475 125	81 475 125	81 475 125
13 07	UNTERSTÜTZUNGSVE- RORDNUNG	33 212 000	23 782 000			33 212 000	23 782 000
	Titel 13 — Total	35 988 630 661	31 275 098 987	31 475 125	31 475 125	36 020 105 786	31 306 574 112

KOMMISSION

TITEL 13
REGIONALPOLITIK UND STADTENTWICKLUNG

KAPITEL 13 06 — SOLIDARITÄTSFONDS

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	FR	Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017		Neuer Betrag	
			Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
13 06	SOLIDARITÄTSFONDS							
13 06 01	<i>Unterstützung der Mitgliedstaaten im Falle einer großen Naturkatastrophe mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, die natürliche Umwelt oder die Wirtschaft</i>	9	50 000 000	50 000 000	31 475 125	31 475 125	81 475 125	81 475 125
13 06 02	<i>Unterstützung von Bewerberländern, über deren Beitritt verhandelt wird, im Falle einer großen Naturkatastrophe mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, die natürliche Umwelt oder die Wirtschaft</i>	9	p.m.	p.m.			p.m.	p.m.
Kapitel 13 06 — Total			50 000 000	50 000 000	31 475 125	31 475 125	81 475 125	81 475 125

13 06 01 *Unterstützung der Mitgliedstaaten im Falle einer großen Naturkatastrophe mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, die natürliche Umwelt oder die Wirtschaft*

Haushaltsplan 2017		Berichtigungshaushaltsplan Nr. 6/2017		Neuer Betrag	
Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen	Verpflichtungen	Zahlungen
50 000 000	50 000 000	31 475 125	31 475 125	81 475 125	81 475 125

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Mittel eingesetzt, die im Falle der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union bei großen Katastrophen in den Mitgliedstaaten erforderlich werden. Die Unterstützung sollte hauptsächlich im Zusammenhang mit Naturkatastrophen in Anspruch genommen werden; den betroffenen Mitgliedstaaten kann aber auch je nach Dringlichkeit der Lage Hilfe gewährt werden, wobei eine Frist für die Verwendung der gewährten Finanzhilfe festgelegt wird und die Empfängerstaaten belegen müssen, wie sie die erhaltene finanzielle Unterstützung verwendet haben. Finanzielle Hilfe, die später beispielsweise nach dem „Verursacherprinzip“ durch Zahlungen Dritter ausgeglichen wird oder die, gemessen an der abschließenden Schadensfeststellung, zu viel gezahlt wurde, ist wiedereinzuziehen.

Mit Ausnahme der Vorauszahlung wird über die Mittelzuweisung in einem Berichtigungshaushaltsplan entschieden, dessen alleiniger Zweck in der Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union besteht.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884), insbesondere Artikel 10.

Verordnung (EU) Nr. 661/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union (ABl. L 189 vom 27.6.2014, S. 143).

ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE